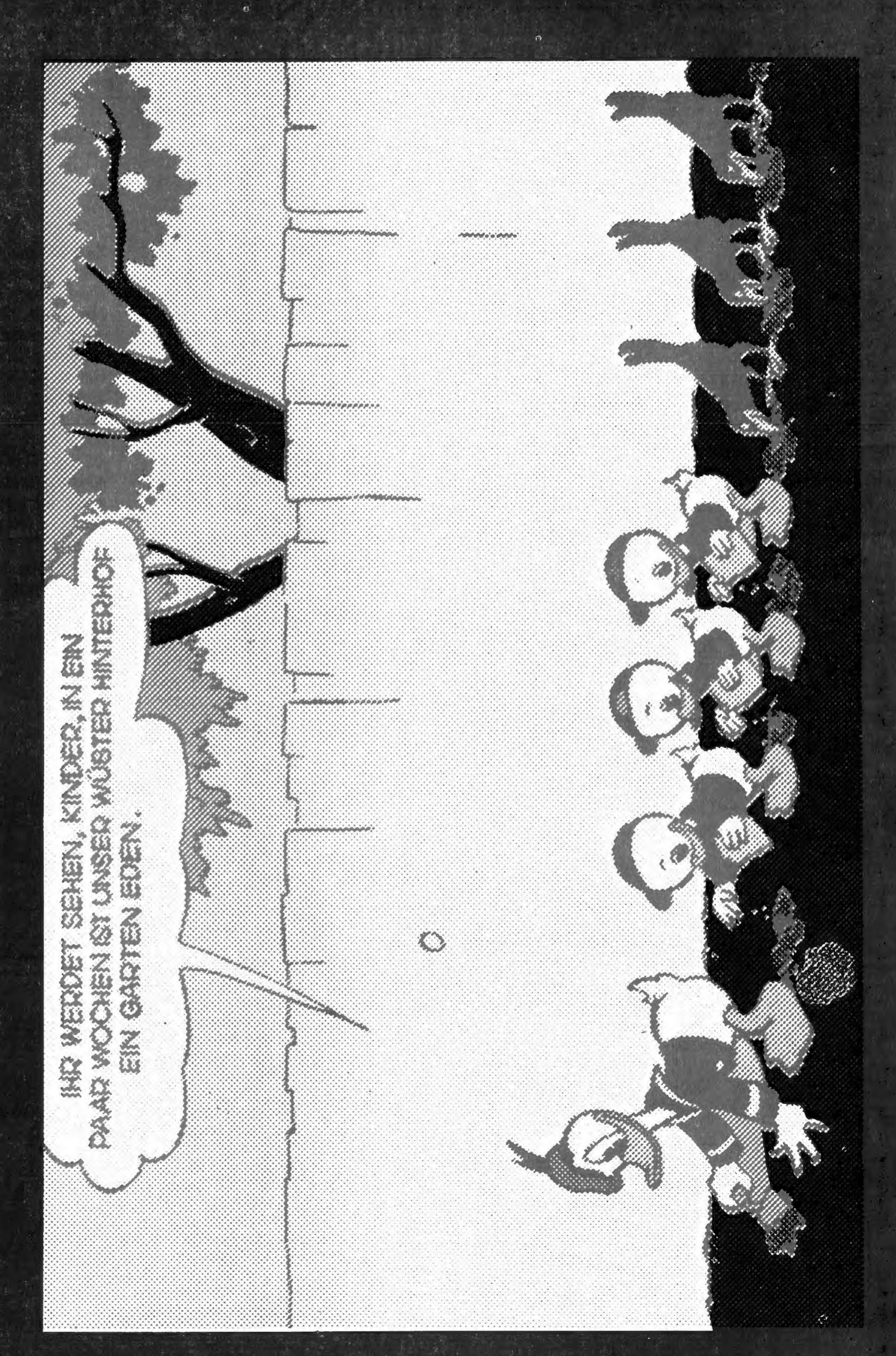
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

DONALD GRÜSST ALLE PESSIMISTINNEN



242

27.5.1993

Hallo!

Seit den Auseinandersetzungen im Vorfeld des 1.Mai scheint die Stalinismus/ML-Debatte wieder voll entbrannt zu sein. Überlegt wird wie die zukünftige Umgehensweise mit stalinistischen Parteien und Gruppierungen aussehen soll. Die Diskussion um diese und weitere Fragen werden wir in den nächsten Wochen mit einigen neuen aber auch älteren Texten zum Thema begleiten. Um die Debatte inhaltlich genauer führen zu können ist unsere "antistalinistische Serie" natürlich auch auf eure Zuschriften angewiesen. Den Anfang macht heute "eine autonome Würdigung" von Robert Kurz Buch "der Kollaps der Modernisierung" (S.16). Er ist nicht immer leicht zu verstehen, aber das Durchbeißen lohnt sich trotzdem. Wir versprechen auch, daß es in den nächsten Wochen wieder einfacher wird.

Im Ordner findet ihr einen Originalbericht zu den Kopenhagener Ereignissen nach der EG-Abstimmung. Leider ist er in englisch. Kann ihn eineR übersetzen?

Inhalt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Ordner

Faschos in Parlamenten
Bericht zu Dänemark (englisch)
zum antisex. Netzwerk
M.A. im Original
Gegendarstellung des KUB (tschuldigung!)
einige 1.Mai-TouristInnen
BP
UNO
zum X-B-Liebig
Abschiebunsabkommen mit Polen
Anti-A33-Camp
Dev-Sol
Eisenach(Gö Drucksache)

VOLXSPORT

Unter der Absage von Olympia 2000 darf der Volxsport nicht leiden! Rund um die Palisadenstraße in Friedrichshain haben wir deshalb am 18./19.5. ca. 13 Fahrzeuge des Olympiasponsors TELEKOM tiefergesetzt und mit antiolympischen Parolen besprüht.
Samaranch, wo du auch steckst, wir werden dich kriegen. Trotz deiner Abwesenheit, die besten Grüße zu Daumes 80.

Die GratulantInnen

Hallo!
Da die Olympiade bekanntlich viele Nachteile für einen Großteil der Bevölkerung mit sich bringt, bzw in diesem Fall speziell die Bewerbung Berlins völlig fehl am Platze ist, ist es schlecht eben diese Bewerbung zu unterstützen.
Telekom ist Gesellschafter der Olympia Gmbh. Logische Folge ist, daß ihnen andauernd Autos abgefackelt werden.
Zuletzt beobachtet am Halleschen Ufer in der Nacht auf Montag. (FUMP !)

nolymPIGcity

Volxsport gegen Olympia
Wir haben am 17.5. zwei Firmenautos von Siemens beschädigt.
Siemens ist Gesellschafter der Marketing GmbH.
Volxsport gegen Olympia - vor eurer Haustür, in eurer Straße, in eurem Kiez, in dieser Stadt - dabei sein ist alles !

wir haben in der nacht vom 17. auf den 18. mai 1993 die stader parteizentralen der cdu und der spd angegriffen.
anlaß der aktion ist die anstehende aenderung des artikels 16 des grundgesetzes, mit der das grundrecht auf asyl in der brd faktisch abgeschafft wird.
sowohl die regierungsparteien als auch die sogenannte oppositionspartei spd versuchen mit der debatte um den artikel 16 von ihrer verfehlten sozial- und wirtschaftspolitik abzulenken.
wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie asylsuchende, fluechtlinge und aus anderen gruenden hier lebende auslaender aufgrund rassistischer massenhysterie und undifferenzierter meinungsmache von seiten der medien aus deutschland vertrieben werden sollen.

der sogenannte asylkompromiß ist rassistisch und menschenfeindlich und darf unter keinen umstaenden zustande kommen.

brecht den voelkisch-rassistischen konsens!
die brandstifter sitzen in bonn!

bleiberecht fuer alle!!!!!!!

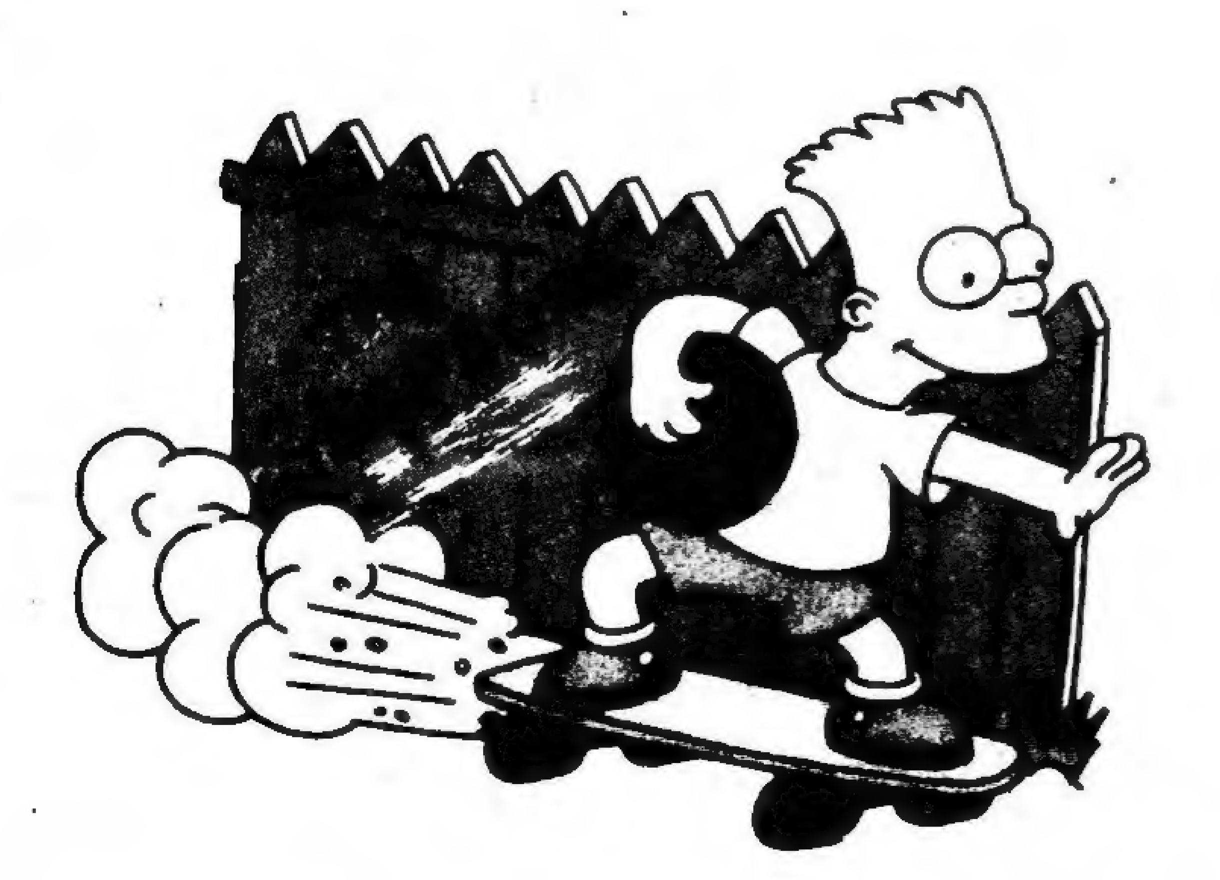
NOLYMPIA

Letztens auf dem kleinen Wannsee ...
Der Bankrotteur Willi Daume, der immer noch stolz darauf ist, an den Adolf-Hitler Spielen im Jahre 1936 teilgenommen zu haben, wollte am 24. Mai seinen 80. Geburtagstag im neu eingerichteten Deutschen Olympischen Institut (DOI) feiern.
Eine Erkundungsfahrt von findigen OlympiagegnerInnen an jenem Morgen der geplanten Feier ergab nun, daß der Strassenzugang zum DOI am "Kleinen Wannsee 6 A" mit diversen Wannen und auffällig unauffälligen Herren bestückt war. Was also tun, zumal die Daume-Geburtstagsparty im hinteren Bereich dieses weitläufigen Geländes stattfinden sollte ? Jeder von uns beabsichtigte Versuch diese Veranstaltung in eine "Olympia- und Willi-Daume-Beerdigungsparty" umzufunktionieren, hätte sich der großen Gefahr ausgesetzt, irgendwo im Strassenbereich von den schmierigen Griffeln ziviler Einsatzkräfte unbeachtet und stumm erwürgt zu werden.
Ungedopte Phantasie war also auf Seiten der OlympiagegnerInnen gefragt und wurde dann auch Trumpf ! Kurzentschlossen wurde von uns unter der Leitung des dafür eigens ernannten Konteradmirals Reichspietsch das "1. autonome Treetbootgeschwader" in Wannssee aufgestellt. Bewaffnet mit Transparenten, Knallkörpern und einem Megaphon machten wir uns dann bei zum Teil hohen Seegang schnurstracks auf den gefahrvollen Weg vom großen Wannsee zu jenem Gelände am "Kleinen Wannssee 6 A". Und siehe da: Direkt am Uferbereich war für die Bonzenparty ein hellhöriges Festzelt aufgebaut, aus dem wir schon aus größerer Erntfernung Klatschen, Grunzen und Trampeln vernehmen konnten. Unmittelbar am Uferbereich kam es dann zu einem ersten (intellektuellen) Zusammenstoß mit der Flotte der Wasserschutzpolizei, die ihreseits mit drei jeweils 15 Meter langen Booten vertreten war. Auf die von den, materiell durchaus besser ausgerüsteten, Wasserbullen an uns mißtrauisch gestellte Frage, ob wir denn weiterfahren wollten, erwiderten wir die Frage, "Was ist denn los, um was geht es denn?" Nach diesem listigen Täuschungsversuch entschlossen wir uns, trotz unserer zwischenzeitlich eingetretenen Umzingelung durch die Wasserbullenboote, kurzerhand zu einem militärtaktisch gezielten Vorstoß, entrollten ein Transparent (...7,8,9 .. knock out Olympia") und setzten in ca. 30 Meter Entfernung vom Bonzenpartyzelt die Knallkörperwurfanlagen und die Sirene des Megaphons in Betrieb. Nach diesem akustischen Überfall füllte sich der Uferbereich sofort mit einer Unzahl von Schlipsen, Bediensteten und Medienleuten. Diese wurden dann von uns mit Sprechchören und Megaphon-Kurzbeiträgen darüber informiert, daß Berlin Nolympicity bleibe, viele Menschen in der Stadt denken, daß Willy Daume ein Arschloch sei, wir es jedoch an dieser Stelle nicht sagen würden, und daß überhaupt sowohl Olympia als auch die ganzen verfressenen Bonzen überflüssig seien. Nach dieser grob fünf minütigen akustischen Attacke beendeten wir unsererseits die Kampfhandlungen und traten mit unserem Treetbootgeschwader den geordneten Rückzug an. Das wir dabei von zwei Booten der Wasserschutzpolizei bis zu dem Bootsverleih verfolgt wurden, ließ in uns erste Ahnungen aufkommen, daß seitens der staatlichen Macht dem "1.autonomen Treetbootgeschwader auf dem Wannsee keinerlei Legitimität zugebilligt werden würde. Und so kam es denn auch: Auf dem Gelände des Bootsverleihers Lüders wurden wir von 13 Wannen- und Kripobullen erwartet: Anstatt uns zu unserer gelungenen Aktion zu gratulieren und um sofortige Friedensverhandlungen nachzusuchen, beschränkten sie sich leider nicht darauf unsere Personalien zu notieren sondern ordneten auch noch eine Festnahme wg. "Verbringens von festen Stoffen ins Wasser"; "Gefährdung des Schiffverkehrs" und des Verdachtes des "Diebstahls" einer Olympiafahne sowie eine ED-Mißhandlung an. Zu allem Überdruß wurde von den Kripos der "Ermittlungsgruppe Olympia" auch noch bei einer Person von uns eine Hausdurchsuchung wegen des angeblichen Diebstahls durchgeführt. Das war schon ein dicker Wermutstropfen im Aktionsradius des "1. autonomen Treetbootgeschwaders".
Offensichtlich passen dem Senat unsere Aktion mal wieder nicht, was ein Grund mehr dafür ist, auch genau damit weiter zu machen.

Für den Aufbau von autonomen KampfschwimmerInnen-Staffeln !
Berlin bleibt Nolympic-City !

Die von der Doggerbank

Nolympische VerteilerInnen



Liebe Leute,

wie Ihr vielleicht schon mitgekriegt habt, gibt es seit einiger Zeit den Nolympia-Express, der unters Volk gebracht werden will. Wir haben mit dieser Massenzeitung versucht, die breite antiolympische Stimmung in dieser Stadt argumentativ zu bereichern, noch ein bißchen anzuheizen und darüber hinaus radikale Kritik an Olympia (und überhaupt) volxnah zu artikulieren. Wir denken, daß sich Olympia für Berlin trotz Samaranchs Absage und anderer erfreulicher Verlautbarungen noch nicht erledigt hat. Also bleibt weiterhin aktiv und verteilt - ganz nebenbei - das Blättchen: auf Arbeit, an der Uni, in der Schule, in Kneipen, in der S-Bahn und im Stau, bei Sportveranstaltungen, Straßenfesten usw.
Abholadressen: Infoladen Omega, Sparrstraße 21, Wedding
Infoladen Daneben, Rigaer Str.84, F'hain
El Loco, Kreuzbergstr. 43, Kreuzberg 61

Mit nolympischem Gruß, eure N.E.-Redaktion

ZUR SITUATION DER ROMA IN NEUENGAMME 24.5.1993



Dies ist ein kurzer Bericht über die aktuelle Situation in Neuengamme, den wir aus eigenen und Telefoninfos zusammensetzen. Wir waren letzte Woche zur Demo und die ersten zwei Tage der "Mahnwache", bzw. des Streiks (so bezeichnen die Roma ihre Aktion) in Neunengamme. Wir waren beeindruckt von der Ruhe und der Entschlossenheit der Roma in ihrem Kampf gegen Abschiebungen.

Zur Situation: Weil es so stark regnete, haben die Roma ihre Zelte auf der Straße aufgebaut. Es sind jetzt 600, die Tag und Nacht vor Ort sind und etwa 100 bis 150, die zwischen HH und Neuengamme pendeln. Trotz des Regens soll die Stimmung ganz gut sein und es ist klar, daß sie so lange bleiben wollen, bis die Bullen das Gelände des ehemaligen KZ verlassen haben und sie selbst ihren ermordeten Angehörigen gedenken konnten.

In Neuengamme selbst regt sich Unmut gegen die Roma. Schon letzte Woche war die Stimmung eher feindselig. In den letzen Tagen fand ein Autokonvoi mit 50 TeilnehmerInnen von Neuengamme nach HH-Bergedorf statt, um gegen die Anwesenheit der Roma zu protestieren. Außerdem gibt es die ungesicherte Meldung, daß die NF (Nationale Front) Flugblätter gegen die Roma verteilt (wir haben dieses Flugi nicht gesehen!). Die Bullen schüren diese schlechte Stimmung gegen die Roma durch ihre massive Präsenz überall. Sie schikanieren die Roma und ihre BesucherInnen und vermitteln immer das Gefühl, daß etwas ganz Bedrohliches passiert, das sie kontrollieren müssen. Trotzdem kommen manchmal Leute vorbei, die gucken und sich interessieren.

Mittlerweile gibt es wohl in HH ein UnterstützerInnen-Plenum. Am Mittwoch, 19.5. haben ca. 15 Leute das Büro der Kultursenatorin (verantwortlich für die Gedenkstätte Neuengamme) für 40 min. belagert/-besetzt, um gegen die Aussperrung der Roma zu protestieren. Der Roma Unesco-Vertreter hat sich der Aktion angeschlossen und ist in Neuengamme ständig anwesend.

Politisch hat sich in Hamburg nichts getan....

Neuste Meldungen: Am Sonntag, den 23.5. gab es einen Räumungstitel gegen die Roma. Die Bullen waren schon angerückt, aber die Räumung konnte noch rechtlich verhindert werden. In Oldenburg wurde am 24.5. das SPD-Büro besetzt, um die Roma in ihrem Kampf zu unterstützen.

Die Roma wollen nach dem Ende der Neuengamme-Aktion an die deutsch-ponische Grenze gehen, um diese mit polnischen Roma-Organisationen zu blokkieren. Dazu suchen sie unsere Unterstützung.

Wir laden Euch alle zu einer Infoveranstaltung am Donnerstag, den 27.5. in die Nostizstr.5 (Gemeindehaus) um 20 Uhr ein.

Wir zeigen den Film "*Gelem Gelem*" über den Widerstand der Roma, aktuelle Dias/Videos zu Neuengamme und wir erzählen was zur aktuellen Situation. Dort können wir darüber reden, wie wir uns eine Unterstützung der Grenzaktion vorstellen können.

RCU-Spendenkonto: Konto-Nr. 0010321016, Bankhaus Fischer & Co BLZ: 201 106 00

Roma suchen Zuflucht in der Versöhnungskirche

Kirche gewährt Zuflucht

Rund 40 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien haben am Sonntagnachmittag, ausgelöst durch den Hungerstreik der Schriftstellerin Anita Geigges, die Evangelische Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau um Zuflucht gebeten. Diese Menschen haben sehr konkrete Angst vor der Abschiebung und fürchten sich die Kirche zu verlassen.
Die Versöhnungskirche gewährt diesen Familien im Augenblick Zuflucht. Der Arbeitskreis Asyl in Dachau und das Münchener Bündnis gegen Rassismus unterstützen mit Lebensmitteln, Schlafsäcken und Spielzeug für die Kinder. Die Romagruppe bedankt sich bei der Kirche und den UnterstützerInnen.

Die Betroffenen erklären:

Bis heute schiebt die Bundesregierung Angehörige der am schlimmsten verfolgten Minderheit nach Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Restjugoslawien und Mazedonien ab, wo ethnische Massaker stattfinden oder drohen.

- es sich schon zu viele Roma von Kroaten und Serben ermordet worden.
- es sich schon zu viele Roma von allen Bürgerkriegsparteien zwangsrekrutiert und ins Feuer geschickt worden.
- es werden zu viele Roma nach Mazedonien abgeschoben, obwohl dort schon Pogrome stattgefunden haben, der nächste Bürgerkrieg droht und wieder die Roma die Hauptbetroffenen sein werden.

Die süddeutsche Roma-Union fordert von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes:

I - Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den überlebenden Roma und Sinti des Holocaust;

II - Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion;

III - Die Finanzierung der für Roma errichteten "townships" in den Ghettos osteuropäischer Staaten sofort einzustellen;

IV - Roma-Flüchtlinge entsprechend der Genfer Konvention von 1956 zu behandeln, und ihnen im Einklang mit der Genfer Konvention Flüchtlingspässe auszustellen;

V - Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen zu verpflichten;

VI - Die *Resolution 62* der Menschenrechtskommision der Vereinten Nationen vom 5. März 1992 mit dem Titel '*Schutz der Roma*' nachträglich zu unterzeichnen;

VII - Bei der Vergabe von deuten Hilfen, Staaten auszuschließen, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.

Die Seelen, der von den Nationalsozialisten in Dachau ermordeten Roma werden erst dann Ruhe finden, wenn ihre Nachkommen hier in Deutschland ihr Lebensrecht finden.

Dachau, den 17.05.93

"Ich stelle die Behauptung auf, daß die Kultur der Weißen in Südafrika eine organische Weiterentwicklung der 'westlichen Zivilisation' ist. Blickt man nach Südafrika hinein, so ist das, als blicke man um Mitternacht (..) fratzenschneidend in einen Spiegel - die Grimasse bleibt, erstarrt bis in alle Ewigkeit. Ein schreckliches Gesicht, aber es ist das eigene." (Breyten Breitenbach)

Das Gesicht der Zivilisation

SÜDAFRIKA-AUSSTELLUNG

EINE FOTOAUSSTELLUNG ALS FALLSTUDIE ÜBER DIE ORGANISATIONSPRINZIPIEN DER 'APARTHEID' IM ZEITALTER IHRER ÜBERTRAGUNG AUF ALLE WELT

19 großformatige A1 Tafeln mit Text. Für "ausgewiesene" Antirassismus- und Asylgruppen kostenlos. Versandkosten: 30 DM. Info-Blatt zurAusstellung anfordern.



Obermainanlage7 • 6000 FrankfurtM1 • Tel. 069-24438-0

UNTERSTÜTZUNG

Liebe FreundInnen !!!

Bitte sorgt in Euren Städten/Dörfern und in Euren Zusammenhängen für die größtmöglichste Unterstützung.
Egal ob Solidaritätsadressen von Gruppen und Einzelpersonen, Geldspenden, Demos, usw.
Die direkte Telefonleitung zur Versöhnungskirche ist 08131/13644 (gleichzeitig auch Faxanschluß)
Schickt dem Infoladen München auf jeden Fall Sachen über etwaige Aktionen von Euch, um einen Überblick darüber zu gewinnen.
Morgen und in den nächsten Zagen werden Flugblätter vor dem KZ-Eingang in Dachau verteilt. Außerdem werden am Volxtanz(samstag, 22.5., Kulturstation, Oberföhringer Str. 156) eine Infoveranstaltung eventuell mit Romaangehörigen gemacht. Der Infoladen München ist Dienstag von 19-23 Uhr und Donnerstag von 19-21 Uhr offen und telefonisch (089/4489638) erreichbar. Ansonsten Anrufbeantworter bzw. Fax (089/4489638)
Wir informieren Euch über den weiteren Verlauf der Aktionen zur Unterstützung der Roma.

Infoladen Munchen [17.5.93]

ROTE HILFE GEGEN EIN EUROPA DER BULLEN UND BONZEN

ROTE HILFE BONN
spuckies können über die c/o
buchladen le sabot
breite strasse 76
5300 bonn 1
bezogen werden (gegen spende)

Meldepflicht: Nürnberg rechnet mit Widerstand

Die monatlichen Meldeaufforderungen der Arbeitsämter, mit denen sich hunderttausende Arbeitslose derzeit konfrontiert sehen, stehen juristisch auf Sand. Trotzdem wird massenhaft zeitweise die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung eingestellt und Prüfungen der Verfügbarkeit eingeleitet. Meist finden die Kontrollen gruppenweise statt, die vorgeschriebene individuelle Beratung unterbleibt. Anwesenheitskontrolle, Fragebogen ausfüllen, Tschüss. Wir empfehlen allen Betroffenen, denen die Arbeitsämter zeitweise die Leistung entziehen wollen, auf jeden Fall Rechtsmittel einzulegen. Die Erfolgsaussichten sind günstig.

Die letzte Rundanweisung vom 23. März zur monatliche Meldepflicht von Arbeitslosen, die die Bundesanstalt für Arbeit an die Arbeitsämter verschickt hat, wurde von der Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit, Frau Dr. Engelen-Kefer unterzeichnet. Sie ist gleichzeitig Vizechefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der Rundanweisung heißt es unter anderem: „Der Zeitpunkt der jeweiligen Meldung ist auf eine bestimmte Uhrzeit festzulegen. Der Zweck der Meldung wird in der Regel nur erreicht, wenn sich der Aufgeforderte genau zu dieser Zeit meldet". In der Praxis wird das nach Berichten mehrerer Initiativen konsequent umgesetzt: Wer nur zwei Minuten zu spät kommt, wird mit dem zeitweisen Entzug der Leistung bedroht.

Aus dem gleichen Schreiben wird aber auch deutlich, daß die Bundesanstalt bei der Meldeaktion mit Widerstand von Betroffenen, aber auch Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung rechnet. Im Hintergrund steht, daß die gesamte Aktion, wie sie derzeit durchgeführt wird, keine ausreichende gesetzliche Grundlage hat. Zwei Textauszüge aus dem Rundschreiben, Abschnitt „Flankierende Maßnahmen":

„Die Führungskräfte der Abteilung Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung müssen den Mitarbeitern/MitarbeiterInnen in geeigneter Weise verdeutlichen, daß es bei den aktuellen Erfordernissen entscheidend darauf ankommt, die vorübergehende Akzentverlagerung (von gesetzlichen Aufgaben hin zur Kontrolle - Red.) inhaltlich mitzutragen. In umgehend durchzuführenden Dienstbesprechungen sind daher die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Abteilung Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung mit den Zielen und den Notwendigkeiten der angeordneten Maßnahmen vertraut zu machen und mögliche Defizite im Kenntnisstand bezüglich der anzuwendenden Vorschriften zu beheben."

Von gesetzlichen Grundlagen für die Meldeschikane ist hier überhaupt nicht die Rede. Auch wenn Betroffene Widerstand leisten, gibt das Schreiben Handlungshilfen:

„Die verstärkten Meldekontrollen werden eine Vielzahl von Beschwerden und Angriffen durch davon Betroffene zur Folge haben. Desgleichen werden Proteste von denen erhoben werden, die von der Zurückstellung anderer Aufgaben in der Abteilung Arbeitsvermittlung/Arbeitsberatung betroffen sind. Diesen Personenkreisen ist der finanz- und sozialpolitische Rang der angeordneten Maßnahmen zu verdeutlichen. Die Landesarbeitsämter, die Hauptstelle und die Selbstverwaltung werden die Arbeitsämter bei dieser Argumentation unterstützen."

Und weil auch diese „quer"-Ausgabe pünktlich zum 1. Mai erscheint, schreiben wir es nochmal: Unterzeichnet ist das Schreiben von einer DGB-Oberbonzin. Lediglich der IG Metall scheint zu dämmern, daß der aktuelle Generalangriff Gewerkschaften, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Arme gleichermaßen betrifft.

Treffen gegen die Meldepflicht bei Arbeitsämtern

am 2. Juni um 20 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof (1. Stck.)

Dabei wollen wir uns mit allen Betroffenen und Interessierten über die Meldepflicht und andere Praktiken bei Arbeitsämtern austauschen und überlegen, wie wir uns gemeinsam dgegen verhalten können.

Bonn plant Wegfall des Datenschutzes für Arbeitslose und Arme

"Abenteuerliche Bestimmungen" zum Datenschutz enthalten die dem Bundestag im Rahmen des "Solidarpaktes" zur Verabschiedung vorliegenden Änderungsentwürfe zum Arbeitsförderungs- und Bundessozialhilfegesetz. Diese Beurteilung stammt vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Alfred Einwag.

Gegen die gesetzlichen Regelungen, mit denen der "Mißbrauch von Sozialleistungen" gestoppt werden solle, habe er verfassungsrechtliche Bedenken. Die jetzt noch gültigen Datenschutzregelungen im Arbeitsförderungsgesetz würden durch die beabsichtigte Gesetzesänderung "ersatzlos gestrichen".

Einwag verurteilt die Regelung, die es zukünftig den Arbeitsämtern erlauben würde, "jedermann" zu verpflichten, über andere Personen - wie zum Beispiel Nachbarn - Auskunft zu erteilen (siehe auch "quer" 4/93: "Bonn will die totale soziale Kontrolle"). Der Datenschützer warnte davor, daß dann jedem, der die Auskunft über seinen Nachbarn verweigere, ein Zwangsgeld angedroht werden könne. Im neuen Paragraf 150a des Arbeitsförderungsgesetzes seien nicht einmal Zeugnisverweigerungsregelungen vorgesehen.

Auch den geplanten Änderungen im Bundessozialhilfegesetz könne er nicht zustimmen. Nach dem Änderungsentwurf wären den Sozialhilfeträgern keinerlei Einschränkungen mehr gesetzt beim Austausch von Daten mit anderen kommunalen Verwaltungen, mit eigenen Unternehmen. Auch bei anderen Gemeinden könnten Daten dann abgerufen werden. Unklar bliebe im Änderungsentwurf, wer welche Daten übermitteln dürfe.

Allerdings sollte man sich vom Datenschutzbeauftragten in dieser Sache nicht zu viel versprechen. Aussichtsreicher ist sicherlich die Überlegung des Arbeitslosenverbandes, gegen die Gesetzesvorhaben eine Verbandsklage vor dem Bundesverfassungsgericht anzuleiern.

Stoppt die Nazizeitungen

Im Rahmen dieser Kampagne **haben wir in der Nacht vom 18. auf den 19.5.93 17 Zeitschriftenläden in 8 Bezirken besucht**. Dabei wurden 33 Schlösser zugeklebt. **In all diesen Kiosken wurden mehr oder weniger öffentlich rechtsradikale Zeitungen, wie "Deutsche Wochenzeitung", die "Nationalzeitung", die "Junge Freiheit" usw. verkauft.** Einige dieser Läden sind in der vergangenen Zeit schon einmal aus dem selben Grund verklebt worden, scheinen aber bisher aus Schaden nicht klug geworden zu sein. Wir hoffen, daß diese erneute Warnung das ändert.

Um den Verkauf dieser Machwerke zu legitimieren, wird von den Herausgebern, den Zeitungsvertrieben, den KioskbesitzerInnen usw., immer wieder auf der Pressefreiheit herumgeritten. Auch die juristische Verfolgung und Kriminalisierung unseres Tuns wird mit dem Schutz dieser Pressefreiheit begründet. Wir sagen dagegen: Wer die Abschaffung eben dieser Pressefreiheit will, kann sich nicht als ihr Verteidiger aufspielen, und für wen Profit mehr zählt als alles andere, der sollte bei der Begründung für seine Gier vorsichtig sein. Reichlich unglaubwürdig ist auch, daß ein Staat, der sich in den letzten Jahren bei der Kriminalisierung von linken Publikationen hervorgetan hat, plötzlich so eifrig darauf bedacht ist, die Pressefreiheit zu schützen.
Die tatsächlichen Gründe für das Verhalten der staatlichen Organen liegen sicher an anderer Stelle; so ist ihnen jeder Antifaschismus, der weiter als zu den Lichterketten geht, ein Dorn im Auge. Denn konsequenter Antifaschismus heißt nicht, einmal im Jahr eine Kerze halten und über verirrte Jugendliche, die oft weit über 30 sind, zu diskutieren, sondern konsequenter **Antifaschismus heißt: Kampf gegen den rassistischen, sexistischen und kapitalistischen Alltag**. Der Kampf gegen die rechtsradikalen Zeitungen, oder gegen die Faschisten auf der Straße ist davon nur ein Teil, ein anderer ist z.B. der Widerstand gegen die schleichende Abschaffung des Asylrechts.

Beide Teile gehören dabei enger zusammen als es auf den ersten Blick scheinen mag:
So sind die rechtsradikalen Zeitungen Wegbereiter und Untermauerung für den Rechtsruck in diesem Land. Einerseits dienen sie den Herrschenden als Buhmänner, von denen sie sich, ganz demokratisch, abgrenzen, andererseits nutzen diese die Äußerungen der rechtsradikalen Presse, ähnlich, wie die Pogrome zur Legitimierung für die Verschärfung ihrer eigenen rassistischen Machenschaften. Anstatt der Hetze und dem Terror entgegenzutreten, wird ihm ehr entgegengekommen. Ein Beispiel dafür ist, wie jetzt nach und nach herauskommt, daß der Terror in Rostock von staatlicher Seite nicht nur nicht entschieden bekämpft, sondern sogar unterstützt wurde.
Es sei bei dieser Gelegenheit auch nochmal darauf hingewiesen, daß die faschistischen, nationalsozialistischen und rechtsextremen Hetzer und Schläger keine verirrte Jugendliche, sondern oft biedere Familienväter sind. Ihre Kontakte und die kontinuierliche Zusammenarbeit reichen dabei bis weit in die CDU hinein. **Diese Verbindungen zu knüpfen, aufrechtzuerhalten und zu pflegen, ist eine Aufgabe der rechtsradikalen Zeitungen und Zeitschriften.**
Während wir es kaum wagen, uns die LeserInnenschaft des "Deutschen Standpunkts" (s.u.) genauer vorzustellen, können wir bei der "Jungen Freiheit" davon ausgehen, daß viele bekannte Köpfe hinter ihr zu finden sind. Einer ist zum Beispiel Heinrich Lummer, der ihr auch öffentlich gratuliert hat. Manche mögen daraus den Schluß ziehen, daß das Blatt dann doch wohl kaum so schlimm sein kann. Leider müssen wir den Schluß umgekehrt ziehen, nämlich, daß Herr Lummer dann wohl doch nicht so harmlos sein kann. Obwohl die "Junge Freiheit" sich betont zurückhaltend gibt und sich selbst als konservativ bezeichnet, zeigt sich bereits beim zweiten Blick, auf welche Zeit sich dieses "konservativ" bezieht. Dabei ist es unwesentlich, ob der Artikel von Kriegsschuld, Abtreibungsgesetz oder den Krieg im ehemaligen Jugoslawien handelt. Auch ein Blick in die Kontaktanzeigenseite gibt Aufschluß darüber in welchem Umfeld sich dieses Blatt bewegt und welcher Leserkreis angesprochen wird. Wer sich dann noch die Mühe macht, die Autoren genauer zu beleuchten, wird auf interessante Namen und Verbindungen stoßen. Darüber ist aber an vielen anderen Stellen bereits ausführlich geschrieben worden.

Eine weiteres wichtiges Ziel, das alle diese Zeitungen verfolgen ist der Geschichtsrevisionismus. Trotz Unterschiedlichkeiten der taktischer Verpackung und im intelektuellen Niveau, ist die Stoßrichtung eine gemeinsame: Das Bewußtsein über die Verbrechen des Faschismus soll ausgemerzt werden um den Weg zu einer neuen diktatorischen und/oder faschistischen Machtübernahme freizumachen. In dem Film "Wahrheit macht frei" beschreibt Ewald Bela Althans (aus dem früheren Kühnenflügel der FAP) dies so, daß die Leute sagen würden, "dieser Althans und seine Ziele sind ja ganz nett, aber was war mit dem Massenmord an den Juden". Um diese Menschen zu ködern, um salonfähig zu werden, muß die Geschichte umge-

schrieben werden, mußte die angebliche "Auschwitzlüge" erfunden werden. Im oben genannten Film wird auch Thies Christopherson, ein Hauptpropagandist dieser "Auschwitzlüge", interviewt. Sinngemäß sagt er vor laufender Kamera, daß er sich zwar über die Unwahrheit seiner angeblichen Quellen und Fakten bewußt ist, diese Behauptung ihnen aber so gute Dienste leistet, daß er sie nicht widerrufen will. Von derartigen "Forschern und Wissenschaftlern" unterstützt, wird in jeder Ausgabe dieser Machwerke gehetzt und gelogen, daß sich die Balken biegen.

Zum Frauenbild dieser Leute und dieser Zeitungen muß nicht viel gesagt werden. Frauen kommen nicht vor, weder als handelnde Subjekte, noch als gesellschaftliche Gruppe oder bis, auf eine Ausnahme, als Autorinnen. Die seltenen Artikel, die sich im weitestens Sinne mit Frauen befassen, sind fast ausschließlich dümmlich-polemische Abhandlungen über Bemühungen zur Gleichstellung von Frauen oder Hetzartikel gegen Abtreibung.
Ansonsten ist diesen Herren der Platz, an dem Frauen sich aufzuhalten haben, so klar, daß sie es nicht einmal mehr für nötig halten, über dieses Thema Worte zu verlieren. Frauen gehören "naturgemäß" in die Familie, zu den Kindern und unter den Mann. Diese sexistische Propaganda ist so durchgängig und dabei so subtil, daß frau/mann sie fast übersehen könnte.

Dies sind nur einige Aspekte, von vielen, die wir im Kopf haben und wieso wir gegen die Kioske vorgegangen sind. Viele Themen haben wir hier noch nicht mal angerissen.

Jedenfalls werden wir den Vertrieb und Verkauf von faschistischen und rechtsradikalen Zeitungen auch in Zukunft nicht zulassen, sondern mit unterschiedlichen Mitteln so lange dagegen vorgehen, bis sie weder auf noch unter dem Ladentisch erhältlich sind. Kurz zusammengefaßt wollen wir damit klarstellen, daß rassistische Hetze, frauenfeindliche Propaganda und faschistischen Terror nicht unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu verkaufen sind.

Ganz liebe Grüße an alle MitstreiterInnen in und um Berlin und überall und an alle die es noch werden wollen

Berlin, 19.5.93

Außerdem gibt es noch:
1 Liste mit Kiosken die den Mist verkaufen
1 Auflistung der Zeitungen

Liste von Kiosken, die rechtsradikale Zeitungen vertreiben:

In manchen der nachfolgend aufgeführten Verkaufsstellen liegen die Zeitungen ganz dreist offen aus, in anderen sind sie nur noch für Stammkunden oder Personen mit einschlägigem Aussehen zu erwerben. Auch wenn der Hauptteil der Adressen aus Ostberlin stammt, gibt es die Nazizeitungen genauso - seit Jahren - in Westberlin zu kaufen. Im Ostteil fällt vor allem die Firma Postdienst Service GmbH auf. Diese besitzt in und um Berlin mehrere hundert (!) Zeitungskioske. Mehr als 20 dieser Kioske verkaufen, meist ganz offen, Nazizeitungen. Die PSG-Geschäftsführung sitzt in Westberlin, ihre Kioske werden von verschiedenen Ostberliner Agenturen betreut und beliefert.

Die meisten Adressen sind ganz aktuell, einige jedoch bereits von April bzw. März. Eine genaue Überprüfung ist auf jeden Fall erforderlich, auch wäre eine Vervollständigung der Adressen wünschenswert.

Bei U/S-Bahnhöfen geht die Angabe der Fahrtrichtung vom Alex aus.

Berlin 21, Tiergarten:
- Alt-Moabit 78

Berlin 31, Wilmersdorf:
- Wolff Kiosk am U-Bhf. Fehrbelliner Platz (BfA-Passage)
- BHG Kiosk am U-Bhf. Fehrbelliner Platz, Ausgang Bushaltestelle
- Schlangenbader Str.25

Berlin 44, Neukölln:
- Leinestr.6
- Werbellinstr.2/Ecke Karl-Marx-Str.
- Jonasstr.6a/Ecke Altenbrackerstr.
- Kienitzerstr.91

Berlin 61, Kreuzberg:
- Lindenstr 77

Berlin 65, Wedding:
- Lotto Laden, Gerichtsstr. 52a
- Armenische Str.12
- Kiosk im S-Bhf. Gesundbrunnen, oben hinten
- Müllerstr./Ecke Seestr. (Pavilion auf der Mittelinsel)

- PSG Presseshop, Friedrichstr./Unter den Linden (Pavilion vorm Hotel U. d. Linden)
- PSG Pressecenter, Leipziger Str 55

1017 Berlin, Friedrichshain:
- PSG Presseshop, Leninplatz 2
- HD Kiosk im Hauptbhf, Bhf-Halle (BGS!)

1034/35 Berlin, Friedrichshain:
- PSG Presseshop im U-Bhf. Rathaus Friedrichshain (BGS!)
- PSG Presseshop am S/U-Bhf. Frankfurter Allee, zwischen U- und S-Bhf. (BGS!)
- Lotto-Toto, Petersburgerstr.91

1055/1058 Berlin, Prenzlauerberg:
- PSG Presseshop, Dimitroff/Prenzlauer Allee
- PSG Presseshop, Dimitroffstr.150/Ecke Bötzowstr.
- PSG Presseshop im S-Bhf. Schönhauser Allee (BGS!)

1093/1095 Berlin, Hohenschönhausen:
- PSG Presseshop im S-Bhf Hohenschönhausen, unten
- PSG Presseshop am S-Bhf. Wartenberg, vorne draußen

1020 Berlin, Mitte:
- PSG Presseshop im S-Bhf. Marx-Engels-Pl.; vordere Bhf-Halle
- PSG Presseshop im U-Bhf. Alex, Gleis U5
- PSG Treff Hans-Beimlerstr./Ecke Mollstr.
- Tabak Treff Geber, Alexanderpl. (Passage zwischen Kaufhof und Forum Hotel)

1080 Berlin, Mitte:
- PSG Presseshop im S-Bhf. Friedrichstr., hintere Bhf-Halle

1134 Berlin, Lichtenberg
- PSG Presseshop im S-Bhf. Nöldenerplatz
- Wolff Kiosk, Emmanuelstr.15/Lückstr.

1157 Berlin, Lichtenberg:
- PSG Presseshop am S-Bhf. Karlshorst, hinten draußen

1140 Berlin, Marzahn:
- PSG Presseshop am S-Bhf. Springpfuhl, draußen
- PSG Presseshop am S-Bhf. Marzahn, vorne draußen
- Wolff Kiosk im U-Bhf. Elsterwerdaerplatz, vorne unten

1130 Berlin, Lichtenberg:
- PSG Presseshop im Bahnhof Lichtenberg, Bhf-Halle (BGS!)
- PSG Presseshop, Frankfurter Allee 235 (Nähe U-Lichtenberg)
- Wolff Kiosk im Bhf. Lichtenberg, S-Bahnsteig (BGS!)
- Wolff Kiosk am Bhf. Lichtenberg, Ausgang Bushalte Weitlingstr.

1150 Berlin, Hellersdorf:
- Wolff Kiosk im U-Bhf. Hellersdorf, hinten oben

1170 Berlin, Köpenick:
- PSG Presseshop am S-Bhf. Köpenick, hinten draußen

1190 Treptow:
- PSG Presseshop im S-Bhf. Schöneweide, hintere Bahnhofshalle (BGS!)

Liste der Nazizeitungen:

"Junge Freiheit"
versuchen auf intelektuell und konservativ zu machen
Zeitung der Neuen Rechten, monatlich

"Criticon"
ebenfalls Zeitung der Neuen Rechten

"Deutscher Standpunkt"
alle 2 Wochen Dümmliches von Pape (Ehemaliger FAP-Vorsitzender)

"Deutsche Wochenzeitung"
und
"Nationalzeitung"
beide erscheinen jeden Freitag, Herausgeber ist der DVU-Vorsitzende Frey

"Deutsche Stimme"
Monatszeitung der NPD

Info zum größten Neonaziprozeß in Stuttgart

Nie Vergessen – nie Vergeben!

Seit dem 5. Februar 1991, also seit fast 2 1/2 Jahren, sind 11 führende Neonazis vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt, die seit 1984 verbotene Organisation ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten) in Form der »Bewegung« fortgeführt zu haben. Ziele der 1978 gegründeten ANS/NA waren u.a. die Forderung nach Aufhebung des NS-Verbots, »Ausländerrückführung« und der Kampf für das Vierte Reich. Die ANS/NA entwickelte sich zur größten terroristischen Naziorganisation seit dem Ende des 2.Weltkriegs in Deutschland. Nach dem Verbot der ANS/NA gründete Michael Kühnen (Gründer und Leiter der ANS/NA) mit einigen Gesinnungsgenossen das KAH (Kommitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers), das die Organisationsstruktur der ANS/NA beibehielt und als »legaler Arm« der Nationalsozialistischen »Bewegung« fungieren sollte. Deshalb ermittelt das Landgericht Stuttgart nun nach §85 (Verstoß gegen das Vereinigungsgesetz).

Die Angeklagten

Die 11 Hauptangeklagten (»Rädelsführer«) sind keine Unbekannten:

Jürgen MOSLER aus Duisburg (ANS/NA Gauleiter von NRW, danach langjähriger Generalsekretär der FAP und mittlerweile im Vorstand der Nationalen Offensive), Christian MALCOCI aus Jüchen (Aktivist der FAP, Organisationsleiter des KAH), Michael SWIERCZEK aus München (er war Landesvorsitzender der FAP Bayern, Herausgeber der »FAP-Intern« und ist seit Juni 1990 Bundesvorsitzender der Nationalen Offensive), Willy WEGNER aus Hamburg (FAP Landesvorsitzender Hamburg), Ewald ALTHANS aus Huglfing (FAP, Vorsitzender des »Deutschen Jugendbildungswerkes« und auf dem Weg zur Kultfigur der organisierten Faschoszene), Alois HOGH aus Neustetten (ehemaliger FAP Landesvorsitzender Ba-Wü, jetzt aktiv in der NO), Friedhelm BUSSE aus München (FAP Bundesvorsitzender, Drahtzieher zahlreicher terroristischer Aktionen, Führer der 1983 verbotenen VSBD/PDA), Gerald MENHORN aus Burk in Bayern (FAP), Andreas ROSSIAR aus Pfullingen (Vorsitzender der HVD, langjähriger Aktivist der FAP), Falko SCHÜSSLER aus Großostheim (aktiv im FAP Landesverband Hessen, Leiter des Ordnerdienstes der FAP, Organisator von Wehrsportübungen u.a. in Spanien), Christiane MADER aus Feuchtwangen (Deutsche Frauen Front). Der ebenfalls Angeklagte Volker HEIDEL aus Hannover (war FAP Landesvorsitzender Niedersachsen, FAP Bundespropagandaleiter, davor in der ANS/NA) konnte leider noch nie erscheinen, da er am 11.1.1991 aus dem Leben schied.

Unter den Nebenangeklagten befinden sich u.a. Dirk PLANKENHORN und Stefan JAHNEL.

Reaktion der Nazi-Szene

Schon vor dem ersten Prozeßtag bildete die Nazi-Szene eine Unterstützergruppe für das von ihnen sogenannte »Stuttgarter Bewegungsverfahren«. In ihrem »Prozeß-Info« wird laufend über jeden Verhandlungstag berichtet und über andere Aktivitäten (Solidaritätsfeste, Demos, Aktionen) informiert. Desweiteren wurde ein Prozeßtelefon eingerichtet, über das die neusten Infos zum Prozeß, Aktionen und Solidaritätsfeten mitgeteilt werden unter der Nummer 0821/437462. Kopf der Prozeßgruppe ist der Schriftführer der HNG-Nachrichten Markus PRIVENAU (FAP) aus Bremen. Desweiteren publizierten verschiedene Nazi-Gruppen eigene Flugblätter und »Grußbotschaften« zum Prozeß, z.B. der NSDAP/AO Aktivist Ernst ZÜNDEL aus Kanada, die Nationale Alternative aus Berlin, die FAP und die HNG. Als ViSdP tauchten u.a. Frank SCHOLZ von der NO aus Altena, ein D.SCHEELE aus Siegburg und ein R.MEIER aus Bremen auf. Unterstützt wird der Prozeßkampf mittlerweile von über 15 Organisationen bis ins benachbarte Ausland und Einzelpersonen in Amerika. In verschiedenen Städten, auch im Ausland, führten Nazis Öffentlichkeitsaktionen durch; u.a. wurde das deutsche Generalkonsulat in Antwerpen von flämischen Faschisten blokkiert.

Bei den Prozeßterminen sind regelmäßig zwischen 15 und 50 Nazis anwesend, teilweise aus der ganzen BRD.

Der bisherige Prozeßverlauf

Zu Beginn des Prozesses wurden beschlagnahmte Propaganda- Videofilme der Angeklagten vom Gericht vorgeführt, was unter den Faschos große Heiterkeit auslöste. Von Anfang an wurden Entlastungszeugen aus der Neonazi-Szene zugelassen, die alle beteuerten, daß es die Bewegung als Organisation nie gegeben hätte und das KAH nur das Auffangbecken für FAP Mitglieder gewesen sei, die mit dem PAPE-Kurs der FAP nichts am Hut hatten (Pape war Gründer und langjähriger Bundesvorsitzender der FAP). Am 19.Prozeßtag wurde dann auf Antrag der Verteidigung (Jürgen RIEGER) eine beschlagnahmte

Infoveranstaltung

■ Am Sonntag, den 30. Mai, 17 Uhr
■ Im Antifa-Café Wedding in der Fabrik, Osloerstraße 12

Videokassette vorgeführt, auf der Christian WORCH als FAP Vertreter in einem Interview des WDR zu sehen ist. Dies um zu zeigen, daß die politische Arbeit offen erfolgt sei und es eine illegale ANS Fortsetzung nicht gegeben habe. In genau dieses Argumentationsmuster paßt auch die Aussage des leitenden Regierungsdirektors im Landesamt für Verfassungsschutz BaWü Helmut Rannacher. Dieser sagte am 26. Prozeßtag aus, daß die »Bewegung KAH/FAP« keine vergleichbare Organisation zur ANS gewesen sei. Auch die zahlreichen von RA RIEGER beantragten Entlastungszeugen, u.a. Ernst ZÜNDEL und der NSDAP/AO Führer Gary Rex LAUCK aus Nebraska durften, obwohl mit einem Einreiseverbot belegt, in Stuttgart aussagen. LAUCK reagierte auf Fragen der Staatsanwältin, ob er die Angeklagten kenne und was er über das KAH wisse, mit »Kein Kommentar!«. Die anwesenden Neonazis nutzten seine Anwesenheit zum Infoaustausch, der normalerweise unter dem Einreiseverbot LAUCKs so nicht möglich ist.

Dennoch nimmt Gary keine allzuguten Eindrücke aus Stuttgart mit: Nach dem gemütlichen Zusammensitzen in der Gerichtskantine mußte diese internationale Kultfigur der terroristischen Naziszene Bekanntschaft mit Tränengas machen, das ihm von einem entschlossenen Antifaschisten in die Visage gesprüht wurde! Darauf erhob er samt seinen drei Leibwächtern ein ärgerliches Geschrei...

Aktueller Stand des Prozesses:

Ein Ende des Prozesses ist noch nicht abzusehen. In einem der letzten Verhandlungstage meinte Nazi-Anwalt Rieger, daß sich das Gericht »doch mal Gedanken über die Sommertermine machen solle, weil er seinen Urlaub planen müsse«. Doch selbst die Staatsanwaltschaft meint nun mittlerweile, der Verzögerungstaktik der Faschos ein Ende setzen zu müssen. Sie stellte einen Antrag auf Ablehnung von zukünftigen Beweis- und Befangenheitsanträgen der Verteidigung, dieser wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Rieger entblödete sich nicht, auf diesen Erfolg, die Ablösung der Staatsanwältin zu fordern. D.h. Rieger hat auch in Zukunft alle Möglichkeiten den Prozeß nach seinem Gutdünken zu gestalten. Ein Beispiel mit dem es Rieger immer wieder gelingt, den Prozeß zu verschleppen, war sein Antrag, den Prozeß in den Prozeßbunker nach Stuttgart-Stammheim zu verlegen, da er um seine Sicherheit und die der Angeklagten fürchtete. Anlaß dafür war ein Artikel in der Frankfurter Rundschau im Dezember 1992, in dem angeblich israelische Geheimdiensteinheiten Anschläge auf deutsche Neonazi-Führer ankündigten. Die Nicht-Verlegung des Prozesses war schließlich das Ergebnis einer zweiwöchigen Beratung des Gerichts. Desweiteren bot sich der niederländische Nazi Martyn Freling, der als Zeuge geladen war, an, eine Liste mit weiteren 140 möglichen ZeugInnen zu erstellen, auf die Rieger jederzeit zurückgreifen könnte.

Einschätzung und Antifa

Uns geht es darum, den Prozeß mit seinen laufenden Schweinereien öffentlich bekannt zu machen. In den bürgerlichen Medien wird dieser Prozeß totgeschwiegen, um eine größere antifaschistische Öffentlichkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen. Auch die Tatsachen, daß Entlastungszeugen zugelassen werden, sogar wenn sie mit Einreiseverbot belegt sind, und daß sich führende Beamte des Verfassungsschutzes auf die Seite der Faschos schlagen, zeigen eine gewisse Tendenz. Dieser Prozeß ist für die bundesdeutsche Neonaziszene das seit Jahren wichtigste Ereignis: Einerseits führt er zu regelmäßigen Zusammentreffen der verschiedenen Nazigruppen und -größen und stärkt so deren Zusammenhalt, andererseits sehen sie den Prozeß im Falle einer Verurteilung der Angeklagten als Auftakt zur Kriminalisierung der gesamten Neonaziszene. Deshalb planen sie für den Tag X (Urteilsverkündung) eine Großdemonstration in Stuttgart, zu der sie bereits mit einer Telefonkette bis ins Ausland mobilisieren.

Allerdings ist bis jetzt kein Ende des Prozeßes abzusehen. Wir rechnen mit mindestens 1000 Neonazis die nach Stuttgart kommen werden.

Kontakt in Berlin über:
IRAB, c/o Avanti, Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, 1080 Berlin

Bundesweite Antifa-Demo

Anfangs sollte zum Prozeßende eine bundesweite Demo in Stuttgart stattfinden, um den drohenden Faschoaufmarsch zu verhindern. Wir haben uns jetzt jedoch entschloßen, unabhängig vom Prozeß, eine bundesweite Antifa-Demo zu organisieren. Diese Entscheidung resultiert aus dem unabsehbaren Ende des Prozeßes, und der damit verbundenen Schwierigkeit, für etwas zu mobilisieren bzw. organisieren, was terminlich noch in den Sternen steht. Hinzu kommt noch, daß wir kein Bock mehr haben, den Faschos ständig hinterherzurennen, und zu reagieren. Wir wollen von uns aus in die Offensive gehen, und versuchen, »unsere« Inhalte rüberzubringen.

Diese Demo wird Ende Juni stattfinden, egal ob der Prozeß noch läuft oder nicht. Außer der Demo sollen am selben Wochenende noch Infoveranstaltungen, Filme, Vokü und ein Fest/Disco stattfinden.

Inhaltlich soll sich die Demo gegen die BRD-Gesinnungsjustiz, die mit dem Stuttgarter Prozeß ihren Charakter wieder einmal offenlegte, gegen staatlich-institutionellen und medialen Rassismus wenden. Denn nur wenn wir den gesellschaftlichen Hintergrund des wuchernden Rassismus und Faschismus bekämpfen, können wir Rassismus und Faschismus erfolgreich bekämpfen.

Wer genaueres über die Demo, deren Inhalte und den Prozeß wissen will, der/die wendet sich an:: »AK-Bewegung«, ZFB, Uni Stuttgart, Kepler Str. 17, 7000 Stuttgart 1, Tel.:0711/12130-54,-53, Fax: 0711/1213567 **Antifa-Prozeßgruppe Stuttgart**

Die Demo ist voraussichtlich am 12. Juni '93

"AKTIONSTAGE" IN MAGDEBURG

Am 7.und 8.Mai 1993 fanden anläßlich der Ermordung Torsten Lamprechts bei einem faschistischen Überfall vor einem Jahr in Magdeburg Aktionstage statt. Sie standen unter dem Motto "Phantasie zur Freiheit - Freiheit für Phantasie", sollten bunt und lustig werden und Jugendlichen Alternativen zu braunem Stumpfsinn aufzeigen.

Trotz der etwa zweimonatigen Vorbereitung klappte das alles nicht so ganz - die Demo endete für 43 Leute bei der Polizei und das Straßenfest war auch nicht so gelungen. An der Vorbereitung beteiligten sich MitarbeiterInnen des JZ "Knast" und von "Spielwagen", Leute vom Info-und Leseladen "Brandsatz" und vom Info-Cafe im Leseladen, einzelne Punks sowie AntifaschistInnen von Antifa-Jugend und Frauen-Antifa. Die Zusammenarbeit war teilweise recht schwierig, da Dinge wie "kein Alk" usw. ewig lange diskutiert werden mußten. Außerdem gab es immer wieder Angriffe (verbal natürlich) auf autonome AntifaschistInnen, wobei ihnen "sinnlose Steineschmeißerei" u.ä. Schwachsinn nachgesagt wurde. Daher und wegen des unmöglichen Lay-Outs und der noch schlimmeren Form des ursprünglichen Aufrufs verschickten Antifa-Jugend und Frauen-Antifa eigene Aufrufe, wo sie inhaltliche und organisatorische Bedenken gegenüber Demo und Aktionstagen zugaben, aber eben trotzdem mit aufriefen...



Transparent autonomer AntifaschistInnen

Zum Verlauf der Demo : Ab ca. 11.00 Uhr sammelten sich zwischen 500 und 700 (Meinungen gehen weit auseinander) v.a. Jugendliche vor dem Hauptbahnhof Magdeburg. Leider waren eine ganze Menge Besoffene dabei, die trotz mehrfacher Auforderung vom Alk nicht lassen konnten. Der Demozug war ein bunter Haufen wild durcheinanderrennender Leute mit einigen Sprechchören v.a. autonomer AntifaschistInnen, einem Lautsprecherwagen, der die Musik entweder zu laut oder zu leise machte und relativ vielen Transparenten. Die beiden einzigen Redebeiträge kamen von der Antifa-Jugend Magdeburg, die anderen OrganisatorInnen hatten leider keinen zustande gebracht. Während der Demo kam es zu vereinzelten Steinwürfen auf die am Rande stehenden Polizisten, die jedoch die Demo sehr zurückhaltend begleiteten.

Als die Demo dann wieder am Hauptbahnhof ankam und einige Leute im Bahnhof einzelne Faschisten bemerkten, liefen ca 60-70 Leute in das Gebäude hinein und vertrieben die Nazis bzw. verprügelten einen. Der flüchtete dann mit zwei Bahnhofspolizisten in die Damentoilette und sie verbarrikadierten sich dort bis sie von einem größeren Trupp behelmter Bereitschaftpolizisten wieder befreit wurden, der dann auch die 43 Leute festnahm. Leider riefen nur wenige Leute den extra eingerichteten EA an und teilten ihm die Namen der Festgenommenen mit, die Gefangenen selbst durften nicht telefonieren.

Zum Straßenfest ist nicht viel zu sagen, denn bis auf einige Stände und die Bemalung der "Knast"-Mauer durch halb-professionelle Sprayer war auf der Straße nichts los, was an ein Fest erinnert hätte. Aus Berlin war ein schmuddliger und ekelhafter Typ angereist, der neben "Gegen Nazis"-T-Shirts u.ä. Aufkleber mit Sprüchen wie "Trau eher einer Hure als der Justiz" verkaufte und diese nicht mal wegpackte als eher von einigen Leuten darauf angesprochen wurde. Begründung : in Berlin fände das niemand schlimm - schöne Zustände !
Konzert und übliches Besäufnis rundeten das Straßenfest ab...

Eine Woche später sollten laut Irrtum der "Interim" schon wieder Aktionstage in Magdeburg sein, waren aber nicht. In Wirklichkeit sollten nur ein Straßenfest "Eine Welt für alle" und ein Nazi-Konzert am Abend stattfinden – was mensch ja wohl kaum als Antifa-Aktionstage bezeichnen kann. Das Straßenfest wurde von PDS-nahen Gruppen initiiert und vorbereitet, die irgendwann merkten, daß der Ort für das Fest, nämlich das Neubaugebiet Olvenstedt, ziemlich gefährlich sein könnte. Daraufhin baten sie die Antifa-Jugend einen Stand beim Fest zu machen, damit das Fest nicht so leicht angegriffen werden kann. Einen Stand machten die AntifaschistInnen zwar nicht, waren aber trotzdem präsent. Es war schon ein komisches Gefühl, vor einem Club zu stehen, wo sich allabendlich ca. 20 Nazis aufhalten, von denen sich aber beim Fest keiner blicken ließ.

Randale nach Punk-Demo

43 festgenommen

Von ASTRID WESSLER

Magdeburg – „Ob Ost, ob West – Nieder mit der Nazi-Pest!" und „Lamprecht war kein Einzelfall! Kampf dem Faschismus überall!" Mit lautstarken Parolen und Plakaten demonstrierten 300 Punks aus Magdeburg, Niedersachsen und Berlin zwei Stunden in der City – begleitet von ebensovielen Polizisten.

Die Linken gedachten Torsten Lamprecht (23). Skins hatten ihn am 9. Mai 1992 auf einer Feier im Lokal Elbterrassen erschlagen. (BILD berichtete)

Nach der Demo verfolgten rund 50 Punks einen Jugendlichen im Hauptbahnhof. Sie glaubten, er sei Skinhead, schossen mit Gas-Pistolen. Dann warfen sie Steine aus dem Gleisbett am Bahnsteig 6. Drei Polizisten wurden verletzt, 43 Jugendliche vorübergehend festgenommen. Anzeige gegen elf Punks wegen Beleidigung und Körperverletzung.



Wie gesagt sollte abends im "Big Äppel", einer Kneipe neben dem PDS-Haus, eine Magdeburger Nazi-Band ("Elbsturm") spielen. Durch Aufklärung über die Band und durch persönliche Kontakte zwischen PDS-lern und Kneipenwirt gelang es, wenigstens das Konzert abzusagen, was natürlich nicht hieß, daß keine Nazis kommen würden. Daher sagten wir einigen FreundInnen in Magdeburg und anderen Städten bescheid, die uns aber teilweise ohne abzusagen im Stich ließen. Mit einigen JRE-lerInnen, die beim Juso-Bundeskongress Stände machen wollten, schützten AntifaschistInnen aus Magdeburg (und auch ein paar aus berlin) ein von Linken bewohntes Haus in dem Stadtteil, wo das Konzert stattfinden sollte. Der Stadtteil ist sonst übrigens eher links, was auch der öfters organsierten antifaschistischen Selbsthilfe zu verdanken ist.

Im "Big Äppel" waren an diesem Abend jedenfalls keine Faschisten, wie eine Gruppe von ca. 20 AntifaschistInnen feststellte, die zum Club gezogen war. Nachts um 1.00 Uhr tauchten in der Nähe des Hauses ca. 10 Nazis auf, die aber von der Polizei daran gehindert wurde, in ihr Unglück zu rennen. Als sie dann einige Antifas sahen, verschwanden auch schon einige von ihnen im Gebüsch. wenig später fanden sich dann ca.30 AntifaschistInnen am Ort des Geschehens ein, was die Polizei veranlasste, noch 3 weitere Mannschaftwagen mit Bereitschaftspolizei aufzufahren. Die Nazis brüllten dann noch aus der Ferne ein paar Parolen, bevor sie in einer Straßenbahn nach Olvenstedt flüchteten. Die AntifaschistInnen protestierten lautstark und zogen sich nach einer Weile wieder vor das Haus zurück, wo in dieser Nacht jedoch nichts mehr passieren sollte...

Antifaschist aus Magdeburg

Vier Festnahmen bei einer Demonstration von rund 400 thüringischen Kali-Arbeitern vor der Treuhandzentrale / Betriebsrat aus Bischofferode wirft Polizei Provokation vor ■ Von Severin Weiland

Polizei geht gegen Kali-Kumpel vor

Berlin/Bischofferode. Bisher folgten die Demonstrationen ostdeutscher Arbeiter vor der Berliner Treuhandzentrale einem eingefahrenen Ritual: Fahnen, Flugblätter, Reden. Als Ventil für angestaute Wut wurden hin und wieder die ein- und ausgehenden Mitarbeiter der größten Abwicklungsgesellschaft der Welt mit Buhrufen bedacht. Abweichend von dieser Norm proletarischen Protestes herrschte in der Nacht zum Dienstag jedoch an der Grotewohlstraße ein Bild, das an Kreuzberger Verhältnisse erinnerte. Rund 400 Kalibergleute aus dem thüringischen Bischofferode waren nach Berlin gekommen, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und für die Übernahme ihres Betriebes durch einen westfälischen Unternehmer zu demonstrieren. Die Kundgebung endete jedoch mit einem massiven Polizeieinsatz, bei dem vier Demonstranten festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und Blutproben unterzogen wurden.

Begründung der Polizei, die neun verletzte Beamte zu beklagen hatte: Das Treuhandgebäude sei mit Eiern, Flaschen und Büchsen beworfen worden. Später hätten Demonstranten die in unmittelbarer Nähe befindliche Kreuzung Leipziger Straße/Otto-Grotewohl-Straße besetzt. Als schließlich Treuhandpräsidentin Birgit Breuel das Gebäude verließ, sei es zu Auseinandersetzungen zwischen Kundgebungsteilnehmern und der Polizei gekommen.

Kurz vor Mitternacht wurde schließlich die Kreuzung geräumt. Für den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Kali-Grube in Bischofferode, Gerd Jütemann (41), war der Berliner Abend eine neue Erfahrung. „Wir haben schon viele Demonstrationen hinter uns, aber so ein Vorgehen haben wir noch nicht erlebt." Selbst in Kassel, wo seine Kollegen vor drei Wochen bei der Hauptaktionärsversammlung der westdeutschen Kali-Industrie „ein paar Eier" geschmissen hätten, sei ihnen die Polizei mit Gelassenheit und Sympathie entgegengetreten. Die Berliner Polizei, so sagte er gestern der taz, habe die Randale „provoziert". Bei dem Versuch, Eierwerfer aus der Menge zu holen, seien sogar Zivilpolizisten vorgegangen. Später hatten die Beamten in voller Montur auf die Arbeiter „sinnlos eingedroschen", es sei sogar ein Räumpanzer in einer Nebenstraße gesichtet worden. Einer der Festgenommenen, ein 40jähriges Betriebsratsmitglied, trug nach Angaben Jüttemanns ein blaues Auge und Abschürfungen im Gesicht davon und mußte sich ärztlich behandeln lassen.

Gegen zwei Uhr morgens konnten die Busse aus Thüringen Berlin endlich verlassen - die vier Kali-Arbeiter waren wieder auf freiem Fuß.

Wunsiedel 91 - Hoyerswerda
Wunsiedel 92 - Rostock
Wunsiedel 93 - ...

Mitte Mai haben sich in Göttingen 19 Städte/Regionen zum 1. Vorbereitungsplenum gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel im August getroffen. Wir sind gemeinsam zu der Einschätzung gekommen, daß zwischen Wunsiedel und den Pogromen der letzten Jahren ein enger Zusammenhang besteht. Wir gehen außerdem davon aus, daß diesem Tag zentrale Bedeutung für den Schulterschluß zwischen Revisionisten, Wertkonservativen und militanten Neofaschisten zukommt. Daraus ergibt sich für uns nach wie vor dringender Handlungsbedarf für den 17. August.

Zwei verschiedene Konzepte standen zur Diskussion. Auf der einen Seite die Idee von dezentralen Aktionen - in erster Linie von Antifas aus Bayern vertreten, zum Anderen das Konzept einer zentralen Aktion, um den Aufmarsch zu verhindern. Wobei letzteres Konzept zusätzliche dezentrale Aktionen nicht ausschließen würde. Der Großteil der Anwesenden sah die Dringlichkeit einer zentralen Demo/Aktion in Wunsiedel, klar war allerdings allen, daß sich die Fehler der letzten Jahre nicht wiederholen dürfen. Um genau das zu gewährleisten und das Konzept genauer auszuarbeiten und zu diskutieren bitten wir euch zum nächsten Vorbereitungstreffen zu kommen. Es ist klar, daß es nie unser Tag sein wird, aber wir können gemeinsam verhindern, daß die Faschisten ungehindert ihre Symbolfeiern durchführen.

Kommt also zum 2. bundesweiten Vorbereitungstreffen am Sonntag den 6. Juni um 12.30 Uhr (punktlicher Beginn um 13.00 Uhr) nach Göttingen

in Göttingen: Juzi, Bürgerstraße 41, Tel: 0551/74557

Falls ihr Schlafplätze braucht, wendet euch an:
Antifa im Juzi
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
W3400 Göttingen

oder telefonisch: 0551/74557 (donnerstags ab 17.00 Uhr)

Bis bald! Einige Antifas

VERGEWALTIGUNGS

DISKUSSION



ihr seid stärker
ihr beHERRscht uns durch gewalt
ich gehe an den pornoläden vorbei
männer kommen raus
vergewaltigen ihre frauen
leben durch ihren schwanz
und erzählen mir ich wäre krank
ich passe nicht in ihre machtkisten
und jedesmal
wenn ihr eine frau vergewaltigt
vergewaltigt ihr mich – verletzt ihr mich

jedesmal wenn ihr im vorbeigehen
nach mir grapscht und mich anfaßt
verletzt ihr mein dasein
ihr vergewaltigt meine zeit
ihr vergewaltigt meinen raum
ihr vergewaltigt die luft die ich atme
ihr versucht meinen geist
und meine seele zu vergewaltigen
und jedesmal
wenn ihr meine schwestern vergewaltigt
vergewaltigt ihr mich – verletzt ihr mich

eines tages werde ich ...
(in selbstverteidigung)

Ova: "selbstverteidigung"

SEXISMUS
IM AUTONOMEN ALLTAG
am beispiel az heidelberg



VORWORT

Warum eine Dokumentation über Sexismus im AZ Heidelberg ?

Wir glauben nicht, den Antisexismus mit Löffeln gefressen zu haben. Ebenso sind wir sicher nicht HERRschaftsfrei. Aber im Gegensatz zu vielen anderen versuchen wir uns, gegen Sexismus und alltägliche Männergewalt zu verhalten!

Im Autonomen Zentrum Heidelberg hat ein solches "dagegen Verhalten" sein Ende gefunden. Der HERRschaftsfreie Anspruch ist nicht mehr Voraussetzung für das AZ, und Heidelberger Frauenstrukturen haben sich völlig aus dem gemischten AZ herausgezogen. Ebenso wenige Männer. Erst langsam beginnen wieder neue Stimmen aus dem AZ, die dort HERRschenden Zustände zu kritisieren. Ein neuer Anfang? Für die Leute, die sich im AZ Gedanken über die dortige Männergewalt und patriarchale Geschichte machen sicher. Aber für den Rest?

Insgesamt wird die Männergewalt im AZ totgeschwiegen. "Ein Jahr AZ" heißt eine Doku–Wand im AZ. Daß die Frauenstrukturen raus sind, kein Wort fällt darüber.

Wir wollen die (AZ) Geschichte nicht den "Siegern" überlassen !!!

Wenn heute, insbesondere von den Leuten, die die "Fragmente" Papiere geschrieben haben, die Kritik kommt, daß das alles jetzt ja ganz anders wäre, und somit unsere Vorwürfe nicht mehr gerecht wären, dann empfinden wir das als "fadenscheinig". Die Reaktionen beim AZ reichen dabei bis zu "die können ja kommen, wenn sie was wollen". Diese Verleugnung des Umstandes, daß "die" ja erst aus politischen Gründen gegangen (worden) sind, empfinden wir als nur einen Schlag ins Gesicht von vielen anderen mehr.

IM AZ HAT SICH NICHTS GRUNDLEGENDES GEÄNDERT !!!

Wir wollen und können uns mit der "Herren"position nicht arrangieren. Wir finden es schade (kein Ausdruck), daß sich viele (zu viele?) damit arrangiert haben. Dabei ist es für uns egal, ob dies auf organisatorischer oder auf persönlicher Ebene läuft.

Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom !!!

Ein weiterer Punkt für diese Doku war das Interesse von einigen (vor allem neuen) Leuten im AZ an Flugies bzw. Positionen von früher heranzukommen um damit eine erneute Auseinandersetzung im AZ anzuleiern. Wir finden das gut und sehen diese Broschüre als einen Teil hierzu.

Letzter, doch nicht unwichtigster Punkt: Sexismus fängt nicht erst im AZ an, und hört dort auch nicht auf. Sexismus geht ALLE an. Zwar findet sich im AZ Umfeld eifriges (berechtigtes) Unverständnis vor, wenn Rassismus zur "Privatsache" erklärt wird, "aber bei Sexismus ist das ja was anderes". So zählte z.B. Sexismus im AZ beim Internationalen (europäischen) Infoladentreffen im AZ zu Internas.

Wir haben uns gefreut, daß Infoladenleute aus Berlin deshalb zuhausegeblieben sind! Letztendlich aber wollen wir mehr. Wollen wir, daß linksradikale patriarchale Mythen, Analysen und Theorien vom Sockel gehoben und hinterfragt werden. Wollen wir, daß sich ein profeministischer (auch militanter) Antirassismus gegen herkömmliche antifaschistische Männerrandale durchsetzt. Wollen wir, daß über internationale Solidarität nur mehr in Zusammenhang mit der internationalen Männersolidarität gesprochen werden kann. Wollen wir, daß Sexismus nicht nur bei Anderen wahrgenommen wird, sondern auch bei sich selbst.

Kurz gesagt, wir wollen eine Revolution, die HERRschenden Zustände zum Teufel jagen, und mit Privilegien und Leuten, die solche ausüben, brechen!
Wir wollen kein Männerbild mehr, daß sich ("schwarz,breit,stark") mehr von patriarchalen als von revolutionären, also auch männerrollenbrechenden Verhaltensweisen und Kämpfen leiten läßt!!!

WIR WOLLEN LEBEN.....

...aber ohne HERRschaft & ohne Privilegien.

...wir arbeiten dran....!!!

Bestellungen usw. an:

Freidensladen
– AZ-Doku –
Schillerstr.28
6900 Heidelberg

"VON DEN FRAUEN, MIT DENEN WIR BISHER POLITISCH ZUSAMMENGEARBEITET HABEN, HAT KEINE EIN BEDROHUNGSGEFUEHL M. A. GEGENUEBER ERKLAERT."

liebe johanna,
auf deinen brief antwortend möchten wir dich nun mal fragen, was du (ihr?) unter bedrohung verstehst (versteht?)

wir fühlen uns bedroht durch sexistische äußerungen, offensichtliche geringschätzung, einzelgängereien innerhalb einer gruppe, autoritäres auftreten. zusammengefaßt: die reproduktion patriarchaler machtverhältnisse. da hilft es nix, wenn die worte "feministisch" oder "antisexistisch" noch schnell auf ein flugi geauetscht werden oder in jedem paper groß -innen an die männlichen worte gehängt wird.
einer auseinandersetzung über seine vergangenheit und gegenwart ist M. A. (wie sooo viele szenemänner, aber auch einige -frauen) stets aus dem weg gegangen.
sein verhalten und die von ihm vertretene nebenwiderspruchsthese zeigen sehr deutlich, wie tief patriarchale denk- und verhaltensweisen sitzen!

offensive auseinandersetzung mit allen, die sexismus als nebenwiderspruch betrachten, und mit solchen "linken", die sich mit unreflektiertem (verbalen) antisexismus profilieren (wollen)!

wir brauchen nieman(n)den, der (die) uns sagt, wo's langgeht! (immer noch gilt: "unser kopf ist groß genug!")

M. A. raus aus allen LINKEN zusammenhängen!

Vergewaltiger – wir kriegen euch!

das leben ist eine frau
und ihre augen
mal zornig mal heiter
sie nimmt sich die waffe
die ihr paßt
und sagt dir
der kampf
geht weiter

wir wissen,
wohin
die spuren führen





In einer kleinen Arbeitsgruppe haben wir neben unserem politischen Alltag ein halbes Jahr über die Thesen von Robert Kurrz diskutiert. Angesichts der Auseinandersetzungen im 1. Mai-Vorbereitungsplenum über die Rolle der Gewerkschaften, der Avantgarde von irgendwelchen Kommunistischen Parteien nach altem Strickmuster, wollten wir unsere längere Stellungnahme zu der Bedeutung der Analyse von Herrn K den Interim-LeserInnen schon vor ein paar Wochen darbieten. Das Papier ist hoffentlich nicht allzu kompliziert geschrieben. Wir hoffen mit der Veröffentlichung einen kleinen Beitrag zum autonomen Selbstverständnis zu leisten und warum wir auch aus theoretischen Gründen nichts mit ML-Sekten zu tun haben wollen.

Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung

- eine autonome Würdigung -

Zum Stellenwert des Buches

Robert Kurz "Kollaps der Modernisierung" hat seit seinem Erscheinen vor zwei Jahren so viel Staub aufgewirbelt, daß weder die bürgerliche Presse (FR oder FAZ) noch "die" autonome Szene an diesem Buch vorbeigekommen ist. Es lohnt auch tatsächlich, sich mit dem Buch bzw den Inhalten auseinanderzusetzen. Unserer Meinung nach allerdings nur, wenn mensch sich davon freimacht, die vorgestellte Theorie **als Ganzes** akzeptieren oder verwerfen zu müssen. Denn auch wenn das Buch als logische Einheit erscheint, so zeigen sich doch, nicht nur im Detail, ungelöste und haarsträubende Widersprüche.
Der "Kollaps" ist natürlich keine Real-Analyse des jetzigen kapitalistischen Weltsystems, trotz der vielen Zahlen und empirischen Hinweise. Das liegt allein schon daran, daß der methodische Zugriff auf die Wirklichkeit in klassischer, vulgär-marxistischer Weise ökonomistisch verengt wird. Erkenntnisse und Errungenschaften feministischer Theorie einerseits und jahrelange Diskussionen über Eurozentrismus und Rassismus andererseits bleiben dem "Kollaps" schlicht fremd und unbekannt.
Inzwischen scheint der Gruppe "Krisis", aus der Kurz stammt, in diese Richtung ein Licht von Feministinnen aufgesetzt worden zu sein, denn in ihrer gleichnamigen Zeitschrift lautet ihre Grundthese nun: Der Wert ist der Mann. Die nächste These, darauf kann mensch wetten, lautet vermutlich dann: Der Wert ist der weiße Mann. Diese Weiterentwicklung der Theorie haben wir jedoch in unsere Diskussion nicht mit einbezogen. Wir haben uns nur auf den "Kollaps" bezogen, weil wir wissen, daß dieses Buch in der "Szene" viel gelesen und diskutiert wurde und wird.

Von Kurzs Analyse der Oktoberrevolution bis zum Zusammenbruch des Kasernensozialismus:

Die Oktoberrevolution interpretiert Kurz (im folgenden Herr K) als den staatlich gelenkten Versuch einer nachholenden, bürgerlichen Modernisierung. In der Sowjetunion wurde versucht ein Modell zu verwirklichen, daß sich laut Herrn K anlehnte an Fichtes bürgerlichen Vernunftsstaat aus dem 18. Jahrhundert. Die Hauptmerkmale wie geplanter Markt, Recht auf (und Zwang zur) Arbeit und staatliches Außenhandelsmonopol seien die gleichen!
Daran anknüpfend folgt Herrn K.s Kritik an Lenin, der Entwicklung auf eine nachholende Modernisierung reduzierte. Lenins Kritik setze nicht am Kapital an sich an, sondern allein an den Kapitalisten. Desweiteren kritisiert Herr K Lenins Bewunderung für großkapitalistische Technik und die Errungenschaften moderner Wissenschaft, die in Kombination mit seiner Begeisterung für die deutsche Post den Sozialismus als reine Organisationsaufgabe erscheinen ließ (s.u.).
Aber auch die Arbeiterbewegung kritisiert Herr K als mitverantwortlich an der Modernisierung: Abstrakte Arbeit als Form des Kapitals wurde nie hinterfragt, der Arbeitsethos wurde unkritisch übernommen und in der weiteren Entwicklung auf die Spitze getrieben.
Trotz Herrn K.s permanenter Kritik an der Übernahme der Akkumulationslogik des warenproduzierenden Systems, trotz Herrn K.s unermüdlichen Aufzeigens, daß das Denken der Arbeiterbewegung auch im Realsozialismus im Kapitalfetisch befangen blieb - trotzalledem sagt Herr K, daß nur ein Regime dieser Art in der Lage war, solch eine nachholende Entwicklung aus dem Boden zu stampfen. Genau dieses Modell einer "bürgerlichen, jakobinistischen Entwicklungsdiktatur"sei nötig gewesen, um die Modernisierung durchzusetzen.
Da für Herrn K Revolutionen im radikalen Sinne heißt: Aufhebung des Systems der abstrakten Arbeit, und diese aber weder im Westen geschweige denn in Rußland soweit entwickelt war, mußte die SU quasi diesen steinigen Weg der Modernisierung gehen. Hier liegt schon ein grundsätzlicher Kritikpunkt an Herrn K: Sein Geschichtsdeterminismus, bei dem er seine Begrifflichkeiten wie Modernisierung überhaupt nicht hinterfragt - aber dazu später mehr.
Das Verschwinden der Sowjetunion sei auf ihren eigenen Geburtsfehler zurückzuführen, zeige aber auch das Herannahen des Gesamtzusammenbruchs des kapitalistischen Weltsystems. Wie Herr K ausführt, bestehe der "Geburtsfehler" der SU darin, die kapitalistische Modernisierung auf erstarrter etatistischer Grundlage durchführen zu wollen, unter Aushebelung des Konkurrenzprinzips. Das Konkurrenzprinzip sichert in der kapitalistischen Produktionsgesellschaft die stetige Weiterentwicklung der Produktivität der Arbeit und sorgt

für das Verschwinden der für das Kapital unrentabelen Produktionsverfahren und Fabriken. Laut Herrn K mußte zwar die innere Konkurrenz ausgeschaltet werden zugunsten der nachholenden Entwicklung und aufgrund der äußeren Konkurrenz gegen den weiterentwickelten Westen. Damit drehte sich die SU auf Dauer aber selbst die Luft ab.
In der Anfangsphase war dies Dilemma nicht so offensichtlich. Zum einen konnten in der ersten Zeit intensivster wirtschaftlicher Expansion tatsächlich hohe Wachstumsraten erreicht werden, da die bäuerlichen Massen zum ersten Mal in den Vernutzungsprozeß und damit in die Warenproduktion gezwungen wurden und in Industrie und Infrastruktur mit hohen Zuwachsraten investiert wurde. Zum anderen befand sich der Westen in der 1. Hälfte des Jahrhunderts laut Herrn K selbst in einer etatistischen Phase und war tendenziell im Wachstum gebremst. Erst im Nachkriegsimperialismus nach 1945 rächte sich in der SU das Ausschalten des inneren Konkurrenzprinzips in der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion.
Durch die "Arbeitsvergottung" und den damit verbundenen Zwang zur Arbeit blieb es in den realsozialistischen Ökonomien bei sehr arbeitsintensiven Produktionsverfahren. Ohne die "innere Dynamik" der Konkurrenz konnte der Realsozialismus in dem Wettrennen um die stetige Steigerung der Produktivität der Arbeit und des Kapitals mit dem Westen nicht Schritt halten. Die realsozialistischen Staaten brachten es allenfalls zu einem "Bonsaifordismus" mit den "stinkenden Zwergmobilen" (so Herr K) - auch Trabbis genannt.
Die Analyse Herrn K.s bleibt aber auch hier bei der rein ökonomistischen Betrachtung stehen.
So treffend sein Herausarbeiten der wirtschaftlichen Problemfelder auch sein mag, so lückenhaft bleibt dieses ohne Einbeziehung des subjektiven Faktors. Widerstände oder Kämpfe gegen die Verwertungs- und Vernutzungslogik tauchen bei Herrn K nicht auf. Veränderungen, Zugeständnisse aufgrund der sozialen Kämpfe (die es auch unter Stalin gab) werden ökonomisch subsummiert oder gar nicht erwähnt. (Weiteres zur Bedeutung des "subjektiven Faktors" siehe unten)
Herr K stellt die SU als einen Teil des warenproduzierenden, kapitalistischen Systems dar, wenn auch als den schwächsten und anfälligsten Teil. Der Untergang der SU kennzeichne nur den Beginn der Krise der gesamten modernen Arbeitsgesellschaft. Das dem System zugrunde liegende "irrationale" Produktionsverhältnis orientiere sich allein am wirtschaftlichen Rentabilitätsprinzip und nicht an Bedürfnissen und Gebrauchswerten. Im Westen wird dieser "Basisirrationalismus" über den Hebel der Konkurrenz dem Zwang des Marktes unterworfen und so, zur Zeit noch, am Laufen gehalten - bzw wird der Produktionswahn durch den Zwang zur Konkurrenzfähigkeit gemildert.
Diese Kontrollinstanz (der Konkurrenz und des Verwertungszwangs auf dem Markt) fehlte in der Sowjetunion, sie war nur äußerlich-bürokratisch vorhanden und ließ sich leicht von den Produktionsbetrieben umgehen. Durch das Primat des "Wertschaffens", abgekoppelt von der Konkurrenz, entstand eine Logik, die Arbeitskraft- und Materialverschwendung zur Folge hatte, da durch den hohen Einsatz von Material und Arbeit ja auch der zu schaffende Wert sich erhöhte. Es schlich sich eine Form der Wertschöpfung ein, die sich überhaupt nicht drum kümmerte, ob und wie sie gesellschaftlich gebraucht und vernutzt wurde. Auch andere Kontrollinstanzen wie "Produktionspreise", "Knappheit der Ressourcen" und "Rentabilität" wurden durch die Umgehung des Konkurrenzprinzips außer Kraft gesetzt. Sie konnten sich auch laut Herrn K nicht herausbilden. Werte, Kosten und Preise fielen immer mehr auseinander. Bei steigenden Kosten wurden die von oben festgesetzten Preise mehr und mehr zu subventionierten, politischen Preisen, finanziert über die Notenpresse, also die Inflation.
Dieser "blinde Produktionsimperativ" galt für alle realsozialistischen Länder, auch für die DDR. Herr K zeigt eindrucksvoll auf, wohin diese "Tonnenideologie" führte. In seiner Analyse der Kommandoökonomie beschreibt er treffend Mangelwirtschaft, Konsumnotstand und Geldüberhang als daraus resultierende Konsequenzen, wobei er auch für die DDR die Hintergründe der Blockierung der Durchsetzung des Rentabilitätsprinzips herausarbeitet. Herr K verweist dabei immer wieder darauf, daß es eine Gleichheit zwischen dem Staatskapitalismus im Osten und dem Kapitalismus im Westen gibt, die in der Basislogik der Vernutzung abstrakter Arbeit zu finden ist.

Die ökonomische Analyse des Kapitalismus

Der (uns) überzeugendste Teil des "Kollaps" ist die radikale Kritik der grundlegenden Kategorien des Kapitalismus. Hier ist kein Platz mehr für Reformillusionen.
Die Basiskategorien des Kapitalismus sind **Wert - Abstrakte Arbeit - Ware - Geld.** Auch wenn diese Erkenntnisse zweifellos nicht neu sind, so ist deren besondere Betonung vor dem Hintergund des vermeintlichen Siegesgeschreis der Kapitalismusapologeten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht genug zu würdigen: Der westliche Kapitalismus hat sich eben nicht in eine "Zivilgesellschaft" verwandelt, deren Grundwerte es zu verteidigen gilt (gegen wen auch immer), vielmehr *"ist (...) zu erwarten, daß die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware, deren Logik die sogenannte Neuzeit mit immer aufsteigender Dynamik konstituiert hat, noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist." (S.257)*

Zu Kurzs Zusammenbruchstheorie

In den letzten 20 Jahren ist es dem Kapital gelungen, seine Bewegungsgesetze, seine Entwicklungsdynamik

gemäß der Rentabilitätslogik, der Verwertung des (investierten) Kapitals auf den ganzen Globus auszudehnen, einen Weltmarkt zu schaffen.
Seitdem sind alle unterentwickelten, halbentwickelten (sogenannte Schwellenländer) und realsozialistischen Staaten von der Entwicklungsrichtung und dem Entwicklungstempo der fortgeschrittensten Ökonomien der Metropolen, besonders Japans, der BRD und den USA abhängig.
Unter "Fortschritt" versteht Herr K die Dynamik der kapitalistischen Ökonomie (und das ist ein "objektives Gesetz" wie Herr K behauptet) - nämlich die stetige weitere Anhebung der Produktivität der Arbeit durch die zunehmende "organische Zusammensetzung des Kapitals".
Was ist darunter zu verstehen? - Bei Strafe seines Untergangs ist jeder Kapitalist gezwungen, unter der Bedingung der vollkommenen Konkurrenz, gegen seine Konkurrenten auf dem Markt sich durch eine immer höhere Produktivität der Arbeit und des eingesetzten Kapitals durchzusetzen. Dies bewirkt einen beständigen Automatisierungs- und Rationalisierungsdruck. Für die Kapitalseite bedeutet dies einen immer höher werdenden Anteil des Sachanlagevermögens in Form von Maschinen und einen immer geringeren Anteil von Lohnkosten - oder wie es eben Marx ausdrückte: das fixe (Sachanlagen-) Kapital wird immer umfassender während die variablen Kapitalausgaben für Löhne (relativ gesehen) sich immer mehr erniedrigen. Dieses Verhältnis zwischen fixen und variablen Kapitalkosten bezeichnet Marx als "organische Zusammensetzung des Kapitals". Wenn diese nun stets aufgrund der Konkurrenz unter den Kapitalisten zunimmt, bedeutet dies, daß der Kapitalist (oder der Konzern) immer mehr Geld investieren muß, um profitabel zu produzieren, also die eingestellten ArbeiterInnen ausbeuten zu können. Ganz platt sieht mensch das daran, wieviel heute die Investitionen für einen Arbeitsplatz in der Industrie durchschnittlich kosten im Vergleich zu vor 20 Jahren: 1992 mußten dafür die Kapitalisten ca 1 Million aufwenden, während 1970 die Investitionen pro geschaffenen Arbeitsplatz so um 300000 DM betrugen.
Herr K weist nun nach, daß dieses technologische und kapitalintensive Niveau der Produktion von den kapitalistischen Zentren aus weltweit bestimmt wird. Dieses "Weltniveau" der Produktion bedeute für die Trikontländer und die realsozialistischen Ökonomien das Aus. Ihr Produktionsnievau könne mit dem vorgegebnen Tempo der transnationalen Konzerne nicht Schritt halten und ihre mühsam hochgepäppelten strategischen Industriesektoren (wie z.B. die Petrochemie in Rumänien es eine war oder zeitweise die Autoindustrie in Brasilien) seien hoffnungslos auf der Verliererstraße - trotz hoher staatlicher Subventionen. Dasselbe gilt nebenbei für die hochsubventionierten Produktivitätsinseln in Südeuropa (z.B. Mezzogiorno).
Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder ist der Kapitalismus der nachfordistischen Ära dabei sich "totzusiegen". Mit dem Erlöschen des fordistischen Nachfragebooms in den 70er Jahren und der Entwicklung völlig neuartiger Produktivkräfte im Zuge der Rationalisierung und Automatisierung *"wurden auch neue irreversible Bedingungen der Rentabilität gesetzt, in denen zum ersten Mal logische innere Schranke der abstrakten Vernutzungsbewegung von Arbeitskraft manifest zu werden begann."(S.221)*
... *"Diese stets zunehmende und über das Fassungsvermögen der Warenproduktion hinauswachsende Produktivität konnte nicht ohne katastrophale Rückwirkung auf die nachholenden Prozesse der ursprünglichen Akkumulation bleiben."(S.221)*
Der Trikont und die realsozialistischen Länder haben und hatten also keine Chance, sich gegen diese "Logik des Rentabilitätsprinzips" durchzusetzen. Die globalen Folgen sind eine Weltbevölkerungsmehrheit aus Geldsubjekten ohne Geld. Sie alle sind auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen, nachdem das Kapital zuvor die Subsistenzökonomien zerstört hat.
Das heutige Weltkapital hat kein Interesse mehr an der Verwertung ihrer Arbeitskraft - daher sind sie zu "Geldmonaden ohne Geld"(so Herr K) geworden. Die Folge sind laut Herrn K eine explosive Zunahme der Armutsbevölkerung in allen Erdteilen, auch in den Metropolen wie z.B. in Nordengland und Süditalien. Desweiteren stark anschwellende Migrationströme in die kapitalistischen Zentren und in den Armuts- und Verliererländern eine zunehmende Radikalisierung.
Diese drückt sich aus in einer immer stärkeren Ablehnung des westlichen Zivilisationsmodells. Beispiel sind der zunehmende Einfluß des Fundamentalismus und religiösen Fanatismus in Nordafrika, Naher und Mittlere Osten wie auch in Indien. Herr K sieht die größten Gefahren für die Metropolen derzeit in den "Warlords" in China und im islamischen Fundamentalismus: *"Er wird von Atombomben und Trägerwaffen nicht absolut fernzuhalten sein und diese auch irgendwann, seiner barbarischen Selbstmord- und Racheideologie folgend, gegen westliche Zentren einsetzen."* Hier drückt sich unseres Erachtens eher die Angst des weißen Metropolenmannes vor dem Bösen, Unberechenbaren, Wilden aus. Herr K glaubt immer noch stark an die Errungenschaften und das Positive des westlichen Zivilisationsmodells und verspricht sich immer noch davon die Rettung der Menschheit vor der globalen Katastrophe.
Wichtiger und interessanter ist das von Herrn K beschriebene Krisenszenario infolge der Finanzierung eigener Exportüberschüsse. Danach können die wichtigsten und produktivisten Exportökonomien, Japan, die BRD und die 4 Tigers nur noch dadurch den Sturz in die Krise vermeiden, daß die selbst durch Kapitalexport in ihre Haupthandelspartnerstaaten ihren eigenen Warenexport in diese Länder vorfinanzieren.
Das seit einem Jahrzehnt kronische Handelsbilanzdefizit der USA mit Japan z.B. oder Italiens mit der BRD ist die Konsequenz aus der Vernichtung von Produktionskapazität in den Defizitländern durch die überlegene, weil produktivere ausländische Konkurrenz aus Japan bzw der BRD. Der Handel zwischen den betreffenden Staaten bricht nur deshalb nicht zusammen, weil die Gewinnerökonomien seit einigen Jahren dazu übergegangen sind, immer größere Kredite ihren Handelpartnern in den USA bzw Italien zur Verfügung zu stellen.
Wenn jetzt aber die wachsenden Schulden und entsprechenden Zinszahlungen nicht mehr bedient werden können, weil u.a. der Staatshaushalt (wie in den USA und Italien) vor dem Bankrott steht, purzeln auch die

beiden beherrschenden Staaten BRD und Japan in die Krise. Der Notbehelf der Exportfinanzierung durch überschüssiges Spekulationskapital greift nicht mehr, die einheimische Produktion muß zurückgefahren werden. Es kommt zu einem nationalen und globalen Kaufkraftverlust und eine neue ungeheure Welle von Produktionsstillegung und Vernichtung von Produktionskapital setzt ein (Vorboten davon sind z.B. die jüngsten Verluste bei Nissan und Toyota und Fabrikschließungen in Japan). Dieser Zeitpunkt steht laut Herrn K unmittelbar bevor.
Aber, Herr K beschreibt das Krisenszenario unter der Voraussetzung, daß das "objektive Gesetz der Rentabilität" sich voll entfalten kann - es also keine politischen und ökonomischen Beschränkungen des freien Weltmarktes gibt (S.196). Alles andere aber ist derzeit der Fall, wie es die Streitereien in der GATT-Runde um ein neues Welthandelsabkommen zwischen der EG, den USA und Japan zeigen. Die Defizitländer USA und einige EG-Staaten streiten sich immer wieder über neue protektionistische Maßnahmen und auch Japan schottet sich u.a. gegenüber den 4 Tigers ab.
Für bestimmte Wirtschaftsbereiche, so besonders in der Landwirtschaft herrscht seit der "Grünen Revolution" in den 60 er Jahren eine protektionistische Abschottung der Metropolenländer gegenüber dem Trikont. Die jüngsten Beispiele sind der "Bananenkrieg zwischen der EG und Lateinamerika oder der "Reiskrieg" zwischen Japan und den Hauptreisanbauländern Südostasiens.
Beispiele aus dem Industriesektor sind die andauernden Streits um Stahlimporte aus Trikontländern in die EG oder der eingeschränkte Textilimport in die EG aus bestimmten Trikontproduktionsländern.
Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen des Herrn K wird damit der globale Zusammenbruch in den Metropolen durch politische und ökonomische Manöver hinausgezögert.

Hohn und Spott auf die Arbeiterbewegung

Die Kritik des Kapitalismus erschöpft sich bei Herrn K jedoch nicht im Aufzeigen seiner immanenten Grenze. Völlig richtig wird Hohn und Spott über die "traditionelle Arbeiterbewegung" ausgeschüttet, insofern sie dem naiven Glauben anhing, Wert und Mehrwert auseinanderreißen zu können. Dies findet in der sattsam bekannten Ideologie ihren Ausdruck, die Arbeiterklasse bräuchte sich nur die Produktionsmittel aneignen, für eine gerechte (!) Verteilung des Mehrwerts (!) sorgen und eine Planung der Produktion organiseren. Herr K bemerkt zu Lenin deshalb völlig richtig:
"Lenins berühmte Formel vom Kommunismus als "Sowjetmacht plus Elektrifizierung" drückt (...) ein äußerliches, technologisches Verständnis von sozialer Emanzipation aus..."(S.51)
Diese Art "verdinglichter Kommunismus" muß eine **Kritik der Arbeit** nicht nur ausschließen, sondern sich im Gegenteil affirmativ zu ihr verhalten: **Die Arbeit** wird ontologisiert, d.h. für naturnotwendig erklärt und jeder spezifischen historischen Bestimmtheit entkleidet. Deshalb kann nicht nur die Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt mystifiziert werden, die "abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine"(so Herr K) und damit die Grundlage und das Wesen der kapitalistischen Produktion wird von der traditionellen Arbeiterbewegung, gerade auch den Kommunistischen Parteien kritiklos übernommen und sogar auf die Spitze getrieben: Die "Arbeitsvergottung" erklärt das sinnliche Dasein der Menschen zur Nebensache und zum notwendigen Übel für den Prozeß der abstrakten Arbeit (Mensch lese mal in den sogenannten proletarischen Romanen von Schönstaedt u.a.). So weit, so gut ...

Deutsche-Post-Sozialismus oder VW-Golf-Kommunismus - eine falsche Alternative

Aber Herr K. bleibt im "Kollaps" auf halber Strecke stehen. Er selbst ist noch den zum Teil richtig kritisierten Grundannahmen der traditionellen Arbeiterbewegung so fest verhaftet, daß ihm die immanente Widersprüchlichkeit seiner eigenen Theorie gar nicht aufzufallen scheint.
Denn so richtig seine Kritik an Lenin ist, so sehr reproduziert der doch denselben "Fehler". Um das zu verdeutlichen, müssen wir etwas weiter ausholen. Eine der zentralen Thesen von Herrn K. in dem Buch lautet:
*" Der eigentliche Basiskonflikt der Moderne ist nicht etwa der zwischen **Arbeit und Nichtarbeit**, wie es der naive Arbeiterbewegungs- und Klassenkampfmarxismus immer vermutet hat, sondern der **zwischen gesellschaftlichem Inhalt und ungesellschaftlicher, bewußtloser Form der Arbeit selbst.**" (S. 40)*
Es ist vergleichsweise einfach zu bestimmen, was unter "ungesellschaftlicher, bewußtloser Form der Arbeit" zu verstehen ist. Die Menschen treten nicht in direkten (gesellschaftlichen) Kontakt zueinander, wenn sie ihre gegenseitigen Interessen und Bedürfnisse befriedigen wollen, sondern "benutzen" als Medium ihrer "Kommunikation" die Ware bzw. das Geld. Anstatt sich also **unmittelbar** über den **konkreten Inhalt** der gegenseitigen Bedürfnisse zu verständigen, wird der Umweg über eine abstrakte Form "gewählt", die die Menschen **indirekt vergesellschaftet** (Ware, Geld, Markt). Denn die in der Ware enthaltene abstrakte Arbeit hat nicht den Zweck, einen sinnlichen Gebrauchswert für sich oder jemand anderen herzustellen, sondern sich in Wert und Geld darzustellen. Die Formulierung "abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine" (Kurz) drückt dieses gegenüber dem konkreten Arbeitsprozeß bewußtlose und gleichgültige Verhältnis treffend aus.
Was aber soll die andere Seite des Widerspruchs bedeuten? Worin soll der **"gesellschaftliche Inhalt"** der Arbeit bestehen? Im "Kollaps" finden sich dazu folgende Erläuterungen:

" ... die Arbeitsteilung hat die realen Produktionen jetzt (und darin besteht auf der stofflichen Seite der Prozeß der Moderne) zu einem System ***direkter*** *Gesellschaftlichkeit zusammengeschlossen ..." (S.80)*
" ... ebenso wie auf der anderen Seite die verwissenschaftlichte und vernetzte stoffliche, inhaltliche Produktion unmittelbar gesellschaftlich wird ..." (S.82)
" Die Menschheit ist damit konfrontiert, daß sie durch die selbst geschaffenen Produktivkräfte hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen Ebene und technischen Ebene ***kommunistisch*** *vergesellschaftet wurde (!)." (S.265)*
"Der vermeintlich gescheiterte Kommunismus ... ***ist schon da,*** *... freilich in* ***verkehrter negativer Form*** *... nämlich als verkehrter* ***Kommunismus der Sachen****, als globale Vernetzung des Inhalts der menschlichen Reproduktion ... " (ebd.)*
Mensch reibt sich die Augen, liest noch einmal, aber es wird nicht besser. Tatsächlich: Der sich selbst verwertende Wert, das Kapital, hat den Kommunismus selbst geschaffen, freilich ... in verkehrter Form (deswegen fällt es auch niemanden auf!). Und wie gelingt ihm das? Durch die notwendige Forcierung der Arbeitsteilung und der Produktivitätssteigerung entsteht eine stoffliche Vernetzung der tatsächlichen Produktion. Nun gibt es keine isoliert vor sich hin produzierenden Einheiten mehr, sondern nur noch eine (weltweit) voneinander abhängige und sich aufeinander beziehende Produktion. Ist doch schön, wie die südkorekoreanischen ArbeiterInnen in ihren Weltmarktfabriken z.B. mit den MalocherInnen von Adler **vernetzt** sind. Das Automobil, nehmen wir mal den Golf, der zu seiner Herstellung eine Vielzahl von kooperativen Betrieben, Zulieferern und Teilproduktionen weltweit benötigt, wäre für Kurz sicherlich ein anderes, sinnliches Beispiel für **direkte Vergesellschaftung** bzw. einen **Kommunismus der Sachen,** freilich in "verkehrter Form" ... (Wer mit dem Golf tanzt...).
Mit dieser **Konstruktion** des "eigentlichen Basiskonflikts der Moderne" fällt die wuchtige Kritik des Herrn K an Lenin auf seine eigenen Füße. Um dies zu verdeutlichen, zunächst zwei berühmtberüchtigte Lenin-Zitate:
" ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die ***Post*** *als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. ... der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten ... und wir haben einen von den Schmarotzern befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns ... (Lenin, Staat und Revolution, zit. nach Kurz, S. 43/44)*
"Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist ... " (Lenin, Über linke Kindereien und über Kleinbürgerlichkeit, zit. nach Kurz, S. 44/45)
Wenn Kurz nun Lenin ein "äußerliches, technologisches Verständnis von sozialer Emanzipation" vorwirft, so ist dieselbe Kritik an Herrn K **doppelt** berechtigt. Denn ein genauer Vergleich der in den Zitaten von Kurz und Lenin enthaltenen Grundgedanken zeigt, daß beide die Produktivkraftentwicklung fetischisieren, d.h. für werfrei und unantastbar erklären. Wir meinen, daß die im Kapitalismus herrschenden Gegensätze **"Gebrauchswert-Wert", "konkrete Arbeit-abstrakte Arbeit", "Arbeitsprozeß-Verwertungsprozeß"** sich eben keinesfalls weder logisch noch historisch voneinander trennen lassen bzw. einseitig aufzulösen sind:

Weder wie Lenin, der bloß an die Stelle der "Schmarotzer" den proletarischen Staat zu setzen glaubte, um die "ganze" Summe der Bedingungen zu erhalten, die den Sozialismus ergibt, noch wie Herr K , der bloß "den Wert" abzuschaffen meint, um den "verkehrten Kommunismus der Sachen" in einen richtigen zu verwandeln.
Es gibt natürlich keine "wert-freie"(!) Entwicklung der Produktivkräfte, weder der Wissenschaften, noch der Arbeitsteilung, noch der Gebrauchswerte, noch "der Sachen" etc. Sie können nichts anderes sein als ein Ausdruck der sie "tragenden gesellschaftlichen Konfiguration" (Breuer).
Deswegen können und mußten wir uns "der Technik", den Produktivkräften, der Wissenschaft gegenüber nur **negativ** verhalten, weil die Destruktion der abstrakten Arbeit, des Wertes und des Geldes ("die wahren Despoten der Moderne", Kurz) **gleichermaßen** eine Destruktion der konkreten Arbeit, des Arbeitsprozesses und der Gebrauchswerte bedeutet. Es kann also gar keinen, und sei er noch so verkehrt, "Kommunismus der Sachen" geben, von dem verdinglichtem Bewußtsein, das in diesem Begriff schon steckt, mal ganz abgesehen, sondern nur einen **"Kapitalismus der Sachen"**.
Man muß wahrlich kein verspinnerter Öko sein, um den weltweiten und gigantischen "Gebrauchswert-Unsinn" zu kritisieren. Und ebenso sagt eine "globale Vernetzung des Inhalts der menschlichen Reproduktion" (z.B. des Autos) über Kommunismus in etwa so viel aus wie die Wettervorhersage für Nürnberg für das Jahr 2050 ...
Post oder Golf - die Kurzsche Lenin-Kritik "blamiert" sich vor seinen eigenen Schlußfolgerungen. Denn im Grunde genommen besteht zwischen Lenin und Herrn K in dieser Frage keine besondere **inhaltliche** Differenz, sondern nur eine **zeitliche**: Lenin habe laut Kurz , so läßt sich jetzt logisch schlußfolgern, nur deshalb unrecht gehabt, weil er seine Analyse historisch **zu früh** verortet habe, (freilich in ...) noch gar nicht die Rede sein konnte, weil, schlicht und ergreifend, die Produktivkräfte noch nicht entsprechend weit entwickelt waren.
Der Unterschied zwischen beiden ist nur, daß das, was Lenin vor sich hatte, Herr K hinter sich hat: nämlich das mit Händen zu greifende gewaltige Ausmaß der kapitalistischen Destruktivität. Am Ende des 20. Jahrhunderts denselben "Fortschrittsoptimismus" ("die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse ..."), wenn er sich auch hinter einer radikalen Wertkritik mehr oder weniger schamhaft versteckt, ist beim besten Willen nicht mehr zu entschuldigen. Verbissen hält Herr K an der "emanzipatorischen Seite der Modernisierung" fest, verkündet vollmundig die "Krise des Marxismus", ohne jedoch die "Krise des Fortschrittsbegriffs", der obendrein noch völlig undifferenziert universalistische Gültigkeit beansprucht, auch nur im Ansatz zu bemerken.

Die Weiße Wüste des Herrn K. oder der nicht vorhandene Subjektbegriff!

Da sich das Geschichtsverständnis von Herrn K. auf die "Gesetzmäßigkeit" des Wertgesetzes reduziert, und der Ablauf der Geschichte von daher auch vorbestimmt scheint, ist jedwede Auseinandersetzung mit dem Subjekt in der Geschichte **bürgerliche Illusion.** Subjektivität gibt es für ihn nicht!
Selbst Marx würde sich im Grabe umdrehen, wenn er seinen Apologeten hören könnte. Er war ja nun wirklich kein Vertreter des Subjektiven Faktors in der Geschichte, aber zumindest Klassenkampf war für ihn nun mal vorhanden. So für Herrn K. nicht!
Der objektive Lauf der Geschichte ist folglich nicht aufzuhalten und Richtungswechsel im Zickzackkurs der menschlichen Geschichte sind vom **Wertgesetz vorgegeben** und nicht etwa politische Entscheidungen und/oder Machtkämpfe der menschlichen Spezies.

Die Arbeiterklasse, im kapitalistischen Abschnitt des Geschichtsverlaufs, ist eine vom Kapital oder Wertgesetz selbst konstituierte Kategorie und von daher, wie Herr K. schreibt, zu einer gesellschaftlichen Veränderung unfähig. Oder anders ausgedrückt: die Arbeiterklasse wird nie revolutionäres Subjekt sein und war es auch nie. Sie kann sich nicht selber aufheben und über das Kapitalverhältnis hinausweisen, folglich sind proletarische Revolutionen, nach Kurz, ein marxscher Irrtum.

Wir sind mit Herrn K. in der Kritik der **historischen Mission** der Arbeiterklasse, zugewiesen von den orthodoxen ML-Parteien, natürlich einverstanden.
Der emanzipatorische Gehalt der offiziellen Arbeiterbewegung reduzierte sich im Laufe der Geschichte auf die Übernahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter. Darüberhinausweisende gesellschaftliche Forderungen und Kämpfe, die Herr K. aufgrund seiner ökonomistischen Sichtweise nicht betrachtet, insbesondere der antipatriarchale und antirassistische Kampf, wurden entweder bitter unterdrückt, oder als Nebenwiderspruch verbal akzeptiert. Antiautoritäre und libertäre Inhalte hatten bei der offiziellen Arbeiterbewegung noch nie einen Stellenwert und gelten bis heute als Spinnerei und Ablenkung vom harten Lohnkampf. Insofern ist die historische Leistung der offiziellen Arbeiterbewegung in bezug auf revolutionäre Bewegungen eher als bremsend und unterdrückend einzuschätzen, und es überwogen die quasi **systemimmanenten Kampfziele.**

Für Herrn K. folgt aus seiner ausschließlichen analytischen Reduzierung auf das Kapitalverhältnis, daß keine revolutionäre Subjektivität aus den Reihen der Arbeiterklasse entstehen kann.

Für uns **nicht**, da es nicht nur die offizielle Arbeiterbewegung gegeben hat und gibt, sondern auch eine **"andere Arbeiterbewegung"** und Kämpfe, die weit über den offiziellen Rahmen hinauswiesen und -weisen.
Seit Ende der 60er Jahre tauchte in der marxistischen Diskussion die operaistische Variante auf, ausgehend aus Italien und den dort stattgefundenen Klassenkämpfen. Dies warf endlich ein anderes Licht auf die Auseinandersetzungen in den Fabriken und Stadtteilen, und sprengte förmlich den Rahmen des eingeengten Blickwinkels der kommunistischen Arbeiterfunktionäre und Parteien. Hier wurde der "Kampf gegen die Arbeit" zum zentralen Thema und Sabotage und direkte Aneignungsaktionen (Häuserbesetzungen, Supermarktklau, usw.) ein ädäquates Kampfmittel. Der Einfluß der Arbeiterparteien war hier gleich null. Die Gefahr für das System, ausgehend von den nicht mehr zu integrierenden Forderungen und Kämpfe, konnte nur durch eine konzertierte Aktion von Arbeiterparteien, Gewerkschaften (die ihren Einfluß wegschwimmen sahen) und dem herrschenden bürgerlichen Repressionsapparat beseitigt werden.
- Daß diese italienischen Ereignise nicht einmalig in der Geschichte sind, wurde dann nach und nach deutlich und es eröffnete sich eine völlig neue Sichtweise auf Kampfzyklen innerhalb der Arbeiterbewegung und eben jenseits der offiziellen Etappenkampfziele. Revolutionäre Subjektivität ließ sich nun in unzähligen Auseinandersetzungen verorten und sprengte den monolithischen Block der Arbeiterbewegung und ihrer selbsternannten Avangarde, den KP´s.
- Daß sich diese Auseinandersetzungen zeitweise mit Frauenkämpfen verwoben und sich antipatriarchale Kämpfe durch die Geschichte der Arbeiterbewegung hindurchziehen, soll hier zusätzlich die Ignoranz der offiziellen Arbeitergeschichtsschreibung, auf die Herr K. sich ja bezieht, verdeutlichen.
- Schließlich sei noch auf die antirassistischen Forderungen und Kämpfe von MigrantInnen und unterdrückten Ethnien hinzuweisen, die ebenfalls innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung stattfinden und auch ignoriert und unterdrückt wurden und werden.

Dies ist für Herrn K. alles **unbekannt** und paßt ja auch nicht in sein Geschichtsbild, wo Widerstand gegen die Modernisierungsgewalt nicht vorkommt.
"Die Herrschaft der Arbeiterklasse konnte sich also, gleichgültig unter welchem ideologischen Signum, immer nur in eine bürgerliche, jakobinische Modernisierungsdiktatur transformieren. Ironischerweise und im Gegensatz zu allen linksradikalen Legenden fand die proletarische Revolution im Westen ebendeswegen nicht statt, weil der Westen schon weiter entwickelt war und ihrer für den nächsten Schritt bürgerlicher Modernisierung gar nicht bedurfte." (S.51)

So waren alle bisherigen Revolutionsversuche in diesem Jahrhundert, für Herrn K., nicht nur zum Scheitern verurteilt, sie mußten sich zwangsläufig in bürgerliche Modernisierungsdiktaturen bzw. -schübe verwandeln. Und für den Westen war es eh unsinnig, Revolutionsversuche zu unternehmen, da hier die bürgerliche Modernisierung schon weit genug war. Es brauchte keinen Schub mehr, und die Novemberrevolution 1918 war überflüssig, die Kämpfe im Ruhrgebiet und in Sachsen-Thüringen etwas später erst recht. Der spanische Bürgerkrieg hatte demzufolge lediglich den Zweck, den Modernisierungsschub ein wenig zu beschleunigen. Die anarchistischen Anstrengungen, in Spanien mehr zu versuchen, mußten nach Herrn K.s Meinung logischerweise scheitern. Sie hatten einfach die Bewegungsgesetze der Geschichte nicht verstanden.

Sicherlich erscheint die Schlußfolgerung des Herrn K., daß die Revolutionen scheitern mußten, verfänglich, denn die Geschichte gibt ihm ja **recht.**
Aber die **monokausale ökonomistische Erklärung** reicht nicht aus, um das Scheitern der Revolution zu erklären. Hierzu sind viel mehr Faktoren in das Verständnis von sozialen Prozessen dieses Ausmaßes notwendigerweise mit einzubeziehen, um die Komplexität von Geschichte verstehen zu können. Den **Ausbruch** von Revolutionen kann Herr K. schon nicht mehr erklären, geschweige denn den **unterschiedlichen Verlauf** dieser gewaltigen sozialen Auseinandersetzungen. Das Scheitern von Revolutionsprozessen im Westen läßt sich nur unter dem Einbezug von militärischen Möglichkeiten, patriarchalen, rassistischen und sozialen Spaltungen, politischen Entscheidungen auf beiden Seiten der Barrikade, außenpolitische Konstellationen, verräterische Politik des Stalinismus, etc. nachvollziehen. Hier wirkt das deterministische monokausale Werkzeug geradezu lächerlich dürftig.

"Das Problem besteht letztlich darin, daß die abstrakte Rentabilitätslogik, wie sie der modernen Ware und damit dem von dieser konstituierten Weltmarkt inhärent ist, so etwas wie eine politisch induzierte, d.h. von bloßen Willensentscheidungen getragene Strategie gar nicht kennt und nicht zulassen kann. Unerbittlich muß sich früher oder später das Gesetz der Rentabilität durchsetzen, das besagt, daß nur diejenige Warenproduktion gültig und somit marktfähig ist, die dem Weltniveau der Produktivität entspricht. Da es sich hier um eine objektive Gesetzmäßigkeit innerhalb der Warenlogik handelt, kann dieser auch nicht mit Fairniß-Argumenten und Verweisen auf das Problem der nachholenden Entwicklung begegnet werden; überhaupt ist es sinnlos und absurd, mit den Strukturgesetzen der Warenproduktion richten und argumentieren zu wollen, als hätte man es mit einem bewußten Subjekt zu tun." (S. 196)

Die **Rentabilität der Warenproduktion** entscheidet nach Kurz alles, und **poltitische Willensentscheidungen** spielen auf dem Weltmarkt keine Rolle. Die Macht der Industrieländer gegenüber den trikontinentalen Ländern ist folglich eine "objektive Gesetzmäßigkeit " und nicht das Produkt politischer und militärischer Gewalt.

Wir wehren uns weiter entschieden dagegen, Geschichte als Legitimation zu begreifen. Treu der Devise, **weil es passiert ist, war es auch richtig so!** Dieses bornierte Denken läßt letztendlich alles zu, und rechtfertigt jeden Massenmord in der Geschichte. Geschichte wird zum unsichtbaren Lenker menschlichen Verhaltens, quasi Gott! Herr K. kann daher auch dem Stalinismus bzw. der "etatistischen Modernisierungdiktatur" noch positive Gesichtspunkte abgewinnen, weil die Geschichte eben nichts anderes vorsah, als diesen Typus der "nachholenden ursprünglichen Akkumulation". Wir wollen Herrn K. sicherlich kein Unrecht zufügen, aber die Art **Geschichtsdeterminismus** offenbart doch deutlich die Tradition des Autors in der seligen KABD/ML, die sich Stalin verpflichtet fühlte...

Gegen Ende des Buches verfällt Herr K. plötzlich in merkwürdige Hoffnungen und ahistorische Ängste vor seiner eigenen **apokalyptischen Vision**: es muß doch noch etwas geben, was den Zusammenbruch des warenproduzierenden Systems aufhält! Bei Herrn K. sollte mensch davon ausgehen, daß dies allenfalls Verwerfungen systemimmanenter Art sein könnten, aber nicht Subjekte mit systemverändernden Vorstellungen und Bemühungen. Aber da taucht bei Herr K. völlig unvermittelt der Subjektive Faktor auf.
*" Es ist undenkbar, daß ein partikulares Moment des sterbenden Weltsystems sich auf Dauer gegen die Mehrheit der Weltbevölkerung und gegen eine wachsende Minderheit in seinem eigenen Inneren behaupten kann. Die **Geduld der Herausgefallenen** ist nicht unbegrenzt." (S.230)*
Dies ist die einzige Stelle im Buch, wo dem Menschen geschichtsverändernde Möglichkeiten eingeräumt werden. Abgeleitet ist dies bei Herrn K. natürlich überhaupt nicht und erweckt den Eindruck, daß er mit seiner Wertgesetzanalyse micht mehr weiter wußte, bzw. der vorbestimmte Zusammenbruch des warenproduzierenden Systems in seinen Zentren ihm soviel **Angst** eingejagt hat, daß er die "Bewegungsgesetze" der Geschichte aufgeben mußte.
Er vertraut seinem eigenen Geschichtsdeterminismus nicht mehr und hofft auf die emanzipatorische Umsturzleistung der "Herausgefallenen".

Bravo Herr K.! Endlich scheinen Sie zu begreifen!



Verwendetes Material aus: (1) Die Linke, 15.1.93. (2) Khella Karam: Tor der Totenklage (So nennen die Anrainer den Ausgang des Roten Meeres), 93. (3) La Prensa, 17.12.92. (4) Lewis I.M.: Moderne Geschichte Somalias. (5) Los Angeles Times, 18.1.93. (6) Neues Deutschland, 11.12.92. (7) ND, 11.2.93. (8) ND, 14.12.92. (9) ND, 15.12.92. (10) ND, 16.12.92. (11) ND, 16.2.93. (12) ND, 17.12.92. (13) ND, 18.12.92. (14) ND, 18.2.93. (15) ND, 7.9.92. (16) New Liberation News Service, 18.1.93. (17) New York Times, 14.12.92. (18) NYT, 18.1.93. (19) New York Transfer News Service. (20) NYTNS, 17.12.92. (21) Samatar Said S.: Somalia - Eine Nation im Aufruhr, London 91. (22) Workers World, 24.12.92. (23) Workers World, 26.12.92. (24) Lenin, W.I.: Der Imperialismus ... (+ Seitenangabe). (25) Al Quds al-Arabi, 12/92. Die Daten zu den Ölmultis stammen zum größten Teil aus dem Archiv der Arbeiterkammer Wien.

Somalia: (Neue) Hoffnung – für die Reichen

Die Pentagon-Poeten haben sich wieder mal einen netten Titel für eine Invasion einfallen lassen. Nach der "Verhaftung des Drogen-Dealers" Noriega - mittels Stealth-Bomber-Einsatz gegen die Slums von Panama City, der tausende Menschenleben gekostet hat - und dem "Wüstensturm", der hunderttausende Ermordete und ein völlig ruiniertes Land brachte, marschierten die US- und andere Imperialisten im Dezember 1992 am Horn von Afrika ins strategisch wichtig gelegene Somalia ein.

Über Somalia wissen wir weniger, als das beim Irak der Fall war. Deshalb bringen wir hier einmal, was wir zu diesem Thema zusammengetragen haben. Klar ist jedenfalls, daß es sich um nichts weniger als eine "humanitäre Hilfeleistung" handelt. Die Invasion ist eindeutig eine militärische Aktion, die vielen Zwecken dient. Vom neuerlichen Herausstreichen der "einen Führungsmacht" USA, über die Interessen diverser Ölmultis, Giftmüll-Firmen bis zur strategischen Lage, die die Kontrolle über die Einfahrt ins Rote Meer sowie den Zugriff auf den arabischen Raum und halb Afrika ermöglicht.

Gesellschaft

Somalia in den Grenzen von 1960 erstreckt sich über mehr als 600.000 km2, das Land ist mehr als siebenmal so groß wie Österreich. Die 6 Millionen Einwohner sind fast ausnahmslos Somalier, sprechen eine Sprache und verfolgen eine - die sunnitisch-schafiitische - Glaubensrichtung. Es besteht eine ausgesprochene Stammesbezogenheit (sogenannter Tribalismus). Die Familienverbände waren und sind der alles bestimmende Faktor in der somalischen Gesellschaft und Politik - nicht zuletzt auch ein Produkt der klimatischen und geografischen Bedingungen am Horn von Afrika, wo 90 Prozent des Territoriums von Steppen und Halbwüsten beherrscht werden. Die somalische Gesellschaft war nie eine "demokratische" in dem Sinn, daß jede Person in Entscheidungsprozessen was zu sagen hätte. Sie ist gegliedert in Clans, Stämme und Familien, wobei die Familienältesten eine wichtige Rolle in der Beratung der Clanchefs haben. Die Clans wiederum spalten sich nach einigen Generationen in neue Clans, wobei sie einer Abstammung folgen.(4) Zudem verfügten die Somalier über eigene Organisationsformen, die es jedem Invasor schwer machte, das Volk zu unterwandern, nämlich die Geschwisterschaften. Dabei handelt es sich um stammesübergreifende Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, deren wichtigste die Quadiriyya, Salihiyya, Ahmadiyya und Rifaiyya sind.(2)

Die Clans bilden kurzfristige Allianzen: "Die Clan-Koalitionen wurden zur Abwehr einer bestimmten Gefahr gebildet, um sich genauso schnell wieder aufzulösen, wenn dieser Notfall vorüber war. Es gab keine permanente Verwaltungshierarchie, keine dauerhafte Struktur und keinen Zentralstaat mit zentraler Autorität, der das Monopol auf Gewaltausübung gehabt hätte, um seinen Willen gegenüber der gesamten Gesellschaft durchzusetzen. Jeder somalische Familienälteste mit seinem Haushalt und drei oder vier Frauen handelte unabhängig von den anderen und machte sich selbst sein Gesetz"(21). Der in Los Angeles ansässige Said Sael Samatar - sein Bruder Ibrahim ist Präsident der interimistischen legislativen Versammlung - ist der

Meinung, daß "die einzige moralische und effektive Autorität, die die Clan-Leute akzeptieren und denen sie folgen, die Clanführer sind. Deshalb ist es nötig, daß die Macht und Autorität weg von den bewaffneten Opportunisten und Selbstbereicherern zurück zu den traditionellen Ältesten kommt."

Dem widersprechen die Interessen der Invasoren. Die Absicht des Pentagons ist es, das Land unter Kontrolle zu bekommen und sich ein loyales Marionettenregime zu schaffen. Ein Artikel mit dem Titel "Die Marines versuchen, in Somalia eine Stadtregierung wiederaufzubauen"(18) beschreibt diese Bemühungen. Unter dem Deckmantel, die Somalier in "Demokratie" zu unterrichten, versuchen die Marines, Kollaborateure in einem "Sicherheitskomitee" zu organisieren, und zwar in Baidoa, einer Stadt, die jahrelang schwer von der Hungersnot betroffen war. Falls dieses "Versuchskomitee" ein "Erfolg" wird, könnten in anderen Städten ebenfalls Komitees mit den USA gegenüber loyalen Somaliern etabliert werden, die die Aktionen der Invasoren "genehmigen" würden. Diese Marionettenregierungen könnten dazu dienen, den Waffenstillstandsvertrag, der von 14 verschiedenen somalischen Gruppen bei einer von den USA initiierten Konferenz in Äthiopien unterzeichnet worden ist, im Sinne der USA zu interpretieren. Wie die Invasoren diese "Demokratisierungskampagne" verstehen - und wie rassistisch sie dabei argumentieren, abgesehen davon, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse in der somalischen Gesellschaft negieren -, veranschaulicht ein Zitat von Colonel Werner Hellmer, der den amerikanischen zivil-militärischen Operationsteams vorsteht: "Es war interessant mitzuverfolgen, wie sich die Somalier in vier Wochen entwickelt haben, Leute mit eigentlich überhaupt keiner Erfahrung in Selbstverwaltung".

Die Bewegungen und die Clans, die sie tragen

Nachdem im Januar 1991 die Diktatur des zunehmend senilen und autokratischen Siad Barre - er stammt nicht aus einem alten, traditionellen Clan und erhielt seine Ausbildung in der italienischen Kolonialpolizei - hinweggefegt worden war, begann der Kampf der verschiedenen Hauptclans um die Macht. Drei sind dabei bestimmend: die Irir, die Darod und die Saab. Zum Clan der Irir gehören die Stämme der Hawiyé an der Grenze zu Äthiopien und in Zentralsomalia, der Issak am Golf von Aden und der Dir an der Grenze zu Djibouti. Aus dem Stamm der Hawiye kommen die wichtigsten Protagonisten der fortwährenden Kämpfe: Ali Mahdi Mohamed und Mohamed Farah Aidid.

Zum Clan der Darod zählen vor allem die Stämme der Ogadeni im Südwesten Somalias, der Marehan, der Majertein und der Warsangali am Horn von Afrika. Als Militärführer der Ogadeni war Omar Jees maßgeblich am Sturz Barres beteiligt und verbündete sich zu diesem Zweck zeitweise mit den Issak in der Nationalen Somalischen Bewegung (SNM) und dem USC. Der Clan der Saab lebt vor allem im Südwesten Somalias. Zu ihren wichtigsten Stämmen, den Rahanwein und Digil, zählen besonders die zahlreichen Bauernfamilien, die sich an den Ufern des Flusses Juba niedergelassen haben.

★ SNF (**Somalische Nationale Front**). Chef ist Siad Barre vom Marehan-Stamm. Ab 1985 betraute Barre alle wichtigen Posten mit Mitgliedern seiner Familie und des Marehan-Stammes. Sie bilden heute die Speerspitze der SNF an der äthiopisch-somalischen Grenze.

★ USC (**Vereinigter Somalischer Kongreß**). General Mohamed Farah Aidid, der militärische Chef des USC, führte einst die Präsidentengarde Siad Barres. Er rekrutiert seine Kämpfer vor allem unter den Gaalkacyo-Nomaden, die zur Gruppe der Habar Gedir des Hawiye-Stammes gehören.

★ SNM (**Somalische Nationale Bewegung**). Bewegung im Norden Somalias, die sich inzwischen durch Ausrufung eines unabhängigen Somaliland, das allerdings international bisher nicht anerkannt wurde, von Somalia abgespalten hat. Basis sind die Mitglieder des Stammes der Issak.(9)

★ **SSDF**. Vertreter der Majeterin

★ **Somalische Patriotische Bewegung**, sie stützt sich hauptsächlich auf die Ogadeni.

★ **Somalische Demokratische Bewegung**, vertritt die Rahanwein

★ **Vereinigte Somalische Front** (Issa)

★ **Somalische Demokratische Allianz** (Gadaboursi)

An Stelle des Zentralstaates trat in den letzten beiden Jahren ein Dutzend kleiner "Emirate", die die zehn wichtigsten Stämme vertreten, eigene Stammesoberste und eigene Armeen haben, was in gewissem Sinne dem Zustand vor der Kolonialisierung entspricht, nur daß diese Entwicklung nicht zusammenpaßt mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes heute.

Die Stämme sind mit chinesischen, belgischen, amerikanischen und russischen Maschinenpistolen, französischen Raketenwerfern, sowjetischen 122-mm-Geschützen, amerikanischen 81-mm-Granatwerfen und sowjetischen 37-mm-Fliegerabwehrkanonen ausgerüstet. Jeder Stamm hat nach wie vor seine Quellen. Äthiopien zu Zeiten Mengistus hatte die SNM unterstützt. Die gut bestückten Arsenale Siad Barres in Mogadischu wurden vom USC geplündert. Djibouti versorgt die Miliz der Vereinigten Somalischen Front. Der Generalstab der kenianischen Armee, an dessen Spitze ein Somali steht, ist teilweise mit der SNF liiert. Die SSDF unterhält enge Kontakte zu Libyen, Ägypten, Pakistan und Sudan. und die Preise jemenitischer Waffenschmuggler sind kaum zu unterbieten ...

Bezahlt wird das alles von im Ausland geparkten Geldern, reichen Somaliern in den Golfstaaten und smarten Unternehmern im Lande. Zu ihnen gehört auch der ehemalige Hotelier und selbsternannte "Präsident" Ali Mahdi Mohamed, während sich sein Gegenspieler General Aidid der Dienste des Immobilienhais Osman Arteh bedient.

Samatar betont, daß "die verschiedenen auf den Clans basierenden Oppositionsgruppen von ehemals zu Barre loyalen Leuten geführt werden, die mit ihm gebrochen haben, weil sie der Meinung waren, ihre politischen Ambitionen würden durch den Macchiavellismus des alten Mannes durchkreuzt. Nachdem sie das Regime verlassen haben, sind sie in der Opposition als Führer anerkannt, und niemand wagt peinliche Fragen über ihre frühere Komplizenschaft mit Herrn Barres Regime zu stellen; in die Vergangenheit zu schauen hätte zur Folge, daß der Clan - und damit die Opposition - sich in seine Bestandteile nach dem Stammbaum spalten würde."

Wirtschaft

Die somalische Wirtschaft basiert stark auf Viehexport; früher waren es Kamele, heute werden hauptsächlich Rinder exportiert. Somalia exportiert jährlich Güter im Wert von 85 Millionen US-Dollar, um seine Auslandsschulden zu bezahlen. 75 Prozent des Exportvolumens sind Lebendvieh - eine der Auflagen der Weltbank -, der Rest Rohstoffe, deren Preise am Weltmarkt bekanntlich rapide verfallen. Somalia ist auch reich an leicht abbaubaren Bodenschätzen wie Gold, Silber, Nickel, Mangan und Uran, die Abbaugebiete liegen in Küstennähe. Zur Verarbeitung des Rohöls baute der Irak eine Raffinerie in Somalia.(2) Ein spezielles Problem stellt der Export von Holz dar, zu dem Somalia gezwungen ist: Holz ist nämlich in dem trokkenen Land, das immer mehr versteppt und langsam zur Wüste wird, ein knappes, aber lebenswichtiges Gut, um das immer wieder heftige Streits zwischen ansässigen Bauern, Hirtennomaden und den Insassen der zahlreichen Flüchtlingslager entbrennen. (Vgl. Andrew Buckoke, Fishing in Africa. A guide to war and corruption.)(1)

Die Pläne der UNO, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern, bieten keine Perspektive für eine

Entwicklung des Landes: Die "Zeit" (25.12.1992) berichtete, daß die Menschen in Lagern zusammengefaßt werden sollen, weil die Infrastruktur für eine andersartige Verteilung der Hilfsgüter fehle. Das hätte u.a. zur Folge, daß die Landwirtschaft weiterhin vernachlässigt wird, die Viehherden der Nomaden nicht aufgestockt werden und eine strukturelle Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln nicht in Aussicht ist.

Geschichte

Seit dem 5. Jahrhundert gab es einen intensiven Waren- und Kulturaustausch zwischen dem Niltal, Somalia und der arabischen Halbinsel. Anders als die Länder der arabischen Welt wurde Somalia in der Epoche der Expansion des arabisch-islamischen Reiches (634 - 750) nicht militärisch erobert. Trotzdem setzte sich der Prozeß der Arabisierung und Islamisierung in den Küstenstädten Ostafrikas durch. Seit dem 10. Jahrhundert ist Arabisch dominant und der Islam vorherrschend, von den Städten ausgehend verbreitete er sich im Binnenland.

1839 gelang es der englischen Marine, Aden zu besetzen. Die Besetzung der gegenüberliegenden afrikanischen Küste - um den Eingang zum Roten Meer von beiden Seiten kontrollieren zu können - scheiterte, solange Ägypten regionale Macht blieb. Die Unabhängigkeit Ägyptens endete 1879, und zehn Jahre später gab es die erste europäische Invasion in Somalia.

Somalia war wegen seiner reichen Bodenschätze und Nahrungsmittelproduktion, vor allem aber wegen seiner strategischen Lage begehrtes Ziel der Kolonialisten. Fast alle Großmächte traten in der kolonialen Phase des Landes auf: Deutschland, dessen Versuche 1880 erfolglos waren, Italien, England und später die USA. Die Kolonialisten teilten das Land in fünf Herrschaftszonen, das Sykes-Picot-Abkommen 1916 zementierte diese Teilung: Die Ogaden wurden Äthiopien zugeschlagen, eine Region Kenia angegliedert, das heutige Somalia wurde geteilt in das südliche Somalia und das nördliche Somaliland, und schließlich wurde der Stadtstaat Djibouti am Roten Meer geschaffen. Italien besetzte Somalia, Großbritannien das nördliche Somaliland. 1952 begannen sich amerikanische Ölmultis für Somalia zu interessieren.(2)

Die bewaffneten somalischen Jugendlichen, die heute die Marines verhöhnen und auf sie schießen, stehen in einer Tradition von militantem Widerstand gegen kolonialistische Vorherrschaft in Somalia. In der Epoche des europäischen Kolonialismus kämpften die britischen, die französischen und die italienischen Imperialisten permanent um eine Neuaufteilung des strategisch gelegenen Landes. Die Somalier leisteten gegen jede Kolonialmacht Widerstand:

Um die Jahrhundertwende besiegte Sheik Mohammed bin Abdullah, Führer einer revolutionären islamischen Bewegung, die Besatzungstruppen des britischen Empire in vier Schlachten. Die Kolonialmacht konnte nur Forts an den Küstenhäfen halten. Erst in den 20er Jahren, als die Briten Luftbombardements einsetzten, wurde Somalia zeitweise als "befriedet" eingeschätzt.(19) Mohammed bin Abdullah stammte aus dem Gebiet der Ogaden. Die Kolonialisten nannten ihn den "verrückten Mullah". Er propagierte den gemeinsamen Aufstand der fünf Teile Somalias und wurde zum Alptraum der europäischen Mächte. Jahrzehntelang war er Symbol für Standhaftigkeit und Durchhaltevermögen der Somalier.(2)

Die kolonialistischen Attitüden der imperialistischen Staaten haben fortbestanden. David Winterford, ein nationaler Sicherheitsberater von der "Naval Post Graduate School", USA, brachte das unlängst wieder zum Ausdruck, als er sagte: "Als Land ist Somalia nichts wert, aber seine geographische Lage ist unbezahlbar. Wer auch immer Somalia kontrolliert, könnte die südliche Einfahrt ins Rote Meer und damit den Suezkanal kontrollieren ... die Gegend ist besonders geeignet, die politische Stabilität des Mittleren Ostens zu beeinflussen." Vielleicht war der Beamte der US-Armee beunruhigt über die Geschichte des somalischen Widerstands, als er am 10.1.1993 zur New York Times sagte, "was wir nicht wollen ist, daß die Leute anfangen, uns hier für eine Kolonialmacht zu halten."(19)

Mit der Machtergreifung der Faschisten in Italien im Oktober 1922 eskalierte der Terror der Besatzungsmacht in Somalia. Die Widerstandsbewegung erlitt große Verluste.(2)

Der Aufstand des Bundes Freier Offiziere in Ägypten im Juli 1952 brachte neue Perspektiven für den somalischen Unabhängigkeitskampf. Das Nasser-Regime unterstützte die Unabhängigkeitsbewegung. Die ersten Erfolge erzielte die Bewegung in den Ogaden, auf äthiopischem Territorium. Dieses Gebiet diente als Rückzugs- und Nachschubgebiet für die Aufständischen. Sie verzichteten jedoch auf die Ausrufung eines eigenen Staates und vereinigten sich mit den anderen Widerstandsgruppen zur "Einheitsfront Groß-Somalia", die dann die erste Regierung des unabhängigen Somalia stellte.

Mit der Erlangung der formellen Unabhängigkeit am 1.7.1960 wurden die beiden ehemaligen Kolonien Somalia und Somaliland zum einheitlichen Staat Somalia zusammengeschlossen. Doch ringsum gab und gibt es immer noch die von den Kolonialmächten willkürlich gezogenen Grenzen. Unter anderem deshalb kam es zum Beispiel 1964 zu einem Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien um die Ogaden.

Am 21.10.1969 übernahm die Armee die Macht. General Mohammed Siad Barre begründete seine Machtergreifung damit, dem "politischen Zickzackkurs" ein Ende machen zu wollen. Er gründete das "Somalia Revolutionary Council" (SRC) als Staatspartei und versuchte den Aufbau eines "modernen sozialistischen Staates": Banken wurden nationalisiert, Stammesstrukturen, Berufsvereinigungen und Parteien verboten. Die somalische Mundart wurde 1972 zur Nationalsprache mit einer arabischen, lateinischen und osmanischen Schrift (der somalische Gelehrte Isman Yusuf entwickelte bereits in den 20er Jahren das Schriftsystem Osmani auf der Grundlage eines alten somalischen Alphabets(2)) und es begann eine breite Alphabetisierungskampagne. Die Frauen erhielten Gleichberechtigung. Enge Beziehungen zu den Golfstaaten brachten dem Land Petrodollars.

Im Jahr 1972 kam es zu einer Dürrekatastrophe, die 15.000 Menschen das Leben kostete, im Gegensatz zur Hungersnot 1991/92 aber relativ schnell überwunden wurde. Sowjetische Flugzeuge halfen 140.000 Menschen aus den Dürregegenden in sichere Landesteile zu evakuieren. Außerdem wurden Bewässerungsanlagen entlang der beiden größten Flüsse, Juba und Shabeele, angelegt, die neues Ackerland erschlossen. 1974 trat Somalia der Arabischen Liga bei und schloß einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, der jedoch nicht allzu lange hielt.

Somalia galt zu dieser Zeit als ein Hort der Stabilität in Afrika. Diese Periode endete 1977. Siad Barre begann einen Krieg gegen Äthiopien mit dem Ziel, die Ogaden zu erobern. 1978 verlor Somalia den Krieg, und die Widersprüche des Barre-Regimes brachen offen aus. In diesem Jahr endeten auch die guten Beziehungen zur SU, und das Barre-Regime orientierte sich hin zu den USA: "Washington war gierig auf einen strategischen Außenposten in der Nähe der arabischen Ölfelder und schloß einen Vertrag zur Übernahme der alten, sowjetischen Militäreinrichtungen. In den nächsten 10 Jahren steckten die USA hunderte Millionen Dollar in die Aufrüstung des Landes." Gleichzeitig zwang der IWF Somalia einschneidende Maßnahmen auf, gegen die die Dorfbewohner 15 Jahre lang Widerstand leisteten.

Zwischen 1978 und 1988 spielte Barre immer stärker die einzelnen Clans gegeneinander aus, um seine Herrschaft mit dem Marehan-Clan, der nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmacht, zu sichern. 1980 wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, der erst 1982 wieder aufgehoben wurde.

Das Verhältnis der USA zum Siad Barre-Regime, vor allem die massive militärische Aufrüstung, erinnert an das zu Noriega oder zum Irak vor dem August 1990. Und auch Siad Barre setzte seine Armee gegen den "inneren Feind" ein. "Die Somalier vergessen Siad Barres Massaker Ende der 80er Jahre an 150.000 Bewohnern des früheren Britisch-Somaliland im Norden nicht; oder die nahezu vollständige Zerstörung von Städten im Norden, wie z.B. Hargeysa mit Hilfe von südafrikanischen Bomberpiloten und logistischer Hilfe seitens der USA sowie unter deren diplomatischem Schutz." Mehr als eine halbe Million Somalier wurde obdachlos gemacht und gezwungen, durch die äthiopische Wüste zu fliehen.(16)

Jahrelang war Somalia Ziel von Flüchtlingen aus Äthiopien/Eritrea. Im Jahre 1990 meldete die somalische Regierung 850.000 Flüchtlinge im Land bei einer Gesamtbevölkerung von 4,7 Millionen Men-

schen (andere Quellen geben die Einwohnerzahl mit 6 Millionen an). 42 Flüchtlingslager wurden eingerichtet. Die internationalen Hilfsorganisationen feilschten mit der somalischen Regierung, sie behaupteten, in die offiziellen Flüchtlingszahlen würden die somalischen Nomaden mit eingerechnet. An die 30 Millionen US-Dollar wurden jährlich für die Flüchtlinge bezahlt. In manchen Lagern war die Versorgung besser als in den umliegenden Dörfern. Daher gelangten Lebensmittel auf den freien Markt. Neben dem erwähnten Problem der verstärkten Abholzung schufen auch diese "Märkte" strukturelle Probleme.(1)

Hungersnot und Bürgerkrieg

1988 schloß Somalia einen Friedensvertrag mit Äthiopien. Die SNM kämpfte trotzdem im Norden des Landes um den Zugang zu ihren Heiligtümern in Äthiopien. Die Folge war eine brutale Repressionswelle der somalischen Armee gegen die Issak (die den größten Teil der SNM ausmachen).(1) 1990 begannen die Hawiye den bewaffneten Kampf, der sich auch in der Hauptstadt Mogadischu ausbreitete.

In den Jahren 1991/92 erreichte die Hungersnot in Somalia einen Höhepunkt. Aber diese Hungersnot war weniger eine Folge der jahrelangen Dürre. Die Hauptverantwortung trugen die Auflagen der Weltbank, die Destabilisierungspolitik der USA und im Land ihr Verbündeter Siad Barre. Er betrieb seit Beginn der 80er Jahre auch eine "Politik der verbrannten Erde". Die Armee verübte Massaker u.a. in Boosaaso im Nordosten und Hergeysa, Burco und Erigavo im Nordwesten Somalias, Gegner waren vor allem die SSDF und die SNM, die zum Kampf gegen die Diktatur Siad Barres angetreten waren. Im Nordwesten Somalias wurden zehn Prozent der Bevölkerung ermordet, 50 Prozent vertrieben.(9) UNO-Beamte, die aus dem unkämpften Norden Somalias und der zweitgrößten Stadt Hargeysa (70.000 EinwohnerInnen) flohen, berichteten von Greueltaten der somalischen Armee. "Ein französischer Spitalstechniker berichtete, er habe 21 Exekutionen von Personen, die verdächtigt wurden, die Rebellen zu unterstützen, direkt hinter seinem Haus beobachtet", schreibt Andrew Buckoke. Einen "Krieg ohne Gefangene" nannten evakuierte Beamte die Kämpfe, Leichen würden in den Straßen der Städte herumliegen. Die UNO evakuierte nahezu alle ihre MitarbeiterInnen und brachte sie nach Nairobi in Kenya. Von ihren Vorgesetzten erhielten sie die Weisung, keine Kontakte zur Presse aufzunehmen. Nur wenige, wie der zitierte französische Techniker, durchbrachen die Anordnung, und erst Anfang 1989 berichteten MitarbeiterInnen einer australischen Hilfsorganisation über Folter und Massaker: Nach dem Tod von zwei somalischen Soldaten durch die Explosion einer Landmine exekutierte die Armee über 100 Männer, Frauen und Kinder.

Die Chance zum Sturz des Barre-Regimes war gekommen, als die USA und Saudi-Arabien, die wichtigsten Stützen des Regimes, mit dem Angriff gegen den Irak Anfang 1991 beschäftigt waren. Die USA mußten Truppen abziehen, die sie gegen den Irak einsetzten (siehe auch Info-Vert. Nr. 17).(2) Bevor Barre am 26.1.1991 nach Kenia flüchtete, ließ er - vom USC belagert - ganze Stadtviertel in Mogadischu dem Erdboden gleichmachen. In Kenia versuchte er noch einmal, seine Anhänger in der SNF zu reorganisieren.(9) Am 27.1.1991 proklamierte der USC die Befreiung Somalias und seine Solidarität mit dem Irak.(2) Bereits drei Tage nach der Flucht Siad Barres aus Mogadischu, am 29.1.1991, rief Ali Mahdi Mohamed sich selbst zum neuen Präsidenten Somalias aus, ohne die anderen bewaffneten Gruppen, die weite Gebiete im Zentrum und im Norden des Landes kontrollierten, und seine eigenen Mitstreiter innerhalb des USC zu konsultieren. Ali Mahdi bestellte Omar Arteb Ghaleb zum Premierminister, eine pro-saudische Figur aus dem Nordwesten, die allerdings von der SNM, die eben diese Region kontrolliert, abgelehnt wird. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: Gebrannt von zwölf Jahren Unterdrückung, erschreckt durch die Aussicht, daß das 1000 Kilometer entfernte Mogadischu erneut alle Macht an sich reißt, proklamierte die SNM am 18. Mai 1991 die Unabhängigkeit des Nordwestens unter seinem alten Kolonialnamen Somaliland und in den alten Kolonialgrenzen.

"Obwohl Ende der 80er Jahre von Siad Barre zerstört und obwohl es dringend Hilfe in der Versorgung und Unterstützung bei der Landwirtschaft benötigt, befindet sich Somaliland nicht in einer solchen Notlage wie der Süden, und seine wichtigste politische Organisation, die SNM, versucht das Recht auf Selbstbestimmung vorzuführen: Im Mai 1991 berief die SNM eine Versammlung von 5000 Leuten ein und wählte eine Interimsregierung mit einem Interimsparlament von 140 Leuten. Obwohl der Issak-Clan dominiert, hat die SNM auch die Minderheiten erreicht.

Samatar betrachtet die US/UN-Intervention als "John-Wayne"-Gehabe. Er sieht Interessen von verschiedensten ausländischen Mächten, darunter (UN-Generalsekretär) Boutros-Ghali (wir denken eher, Ghali agiert vor allem für die Interessen der US-Imperialisten), islamische Fundamentalisten mit Unterstützung von Saudi-Arabien und aus den Emiraten, und sogar Italien, dessen Interessen in der Entwicklung ihrer ehemaligen Kolonie genauso groß sind wie die Deutschlands in den früheren abhängigen Staaten der Nazizeit, Kroatien und Slowenien. In geheimen Überlegungen soll eine Militärintervention die Wiedererstehung von Somaliland verhindern, und im selben Atemzug die Kraft schaffen, die enormen Fortschritte, die die eritreische Befreiungsfront in jahrzehntelangem Kampf gegen Italien und Äthiopien (das militärisches Material sowohl aus der Sowjetunion als auch den USA erhielt) erzielt hat, rückgängig zu machen. Letztes Jahr erreichte Eritrea, das eine gemeinsame Grenze mit Somalia hat, endlich seine Unabhängigkeit und begann mit einem sozialistischen Kurs der Reorganisation. Es entbehrt nicht einer Logik zu vermuten, daß das US-Kommando früher oder später Ausreden finden wird, Truppen an die eritreisch-somalische Grenze zu verlegen. Bisher haben die Medien wie die meisten Beobachter es vernachlässigt, von den US-Wünschen, die eritreische Revolution rückgängig zu machen, Notiz zu nehmen, das selbe gilt für die SNM im Norden. Sie haben es stattdessen vorgezogen, die vom Pentagon vorgegebenen Skripten eines "Kampfes gegen die Warlords" (nachzubeten)."(16) Ob die USA tatsächlich ein Interesse an der Wiedervereinigung von Somalia haben, darf aber bezweifelt werden, waren es doch die Kolonialisten, die willkürliche Grenzen durch das Land gezogen haben.

Bei der "nationalen Versöhnungskonferenz" Ende März in Addis Abeba waren auch nur Vertreter der SNM (als "ausländische Beobachter") anwesend, während Gruppen aus dem Norden, die ein einheitliches Somalia fordern, nicht geladen waren. (ND, 25.3.93)

Bei Ausbruch des Bürgerkrieges evakuierten die großen (US-amerikanischen) Ölgesellschaften ihre Teams aus Somalia. Als letzte der Ölgesellschaften evakuierte Conoco Oil (siehe weiter hinten) im April 1992 die meisten ihrer Mitarbeiter. Die Zentrale in Mogadischu blieb allerdings während des gesamten Bürgerkriegs in Betrieb.(5)

Die Drohungen gegenüber Somalia begannen als Dementi getarnt: Am 7.9.1992 sagte US-Verteidigungsminister Cheney in einem CNN-Interview, die USA würden keine kämpfenden Bodentruppen nach Bosnien oder Somalia entsenden. In Bosnien-Herzegowina seien die Vereinigten Staaten sehr intensiv an der Suche nach einer friedlichen Lösung beteiligt. Er lehne es jedoch ab, kämpfende Bodentruppen in einen Bürgerkrieg zu werfen. Das gleiche gelte für Somalia, das sich "am Rande der Anarchie" befände.(15) In der selben Ausgabe meldete Neues Deutschland, daß die Hungerkatastrophe in Somalia immer schlimmere Ausmaße annähme, obwohl seit einem Monat weltweite Hilfsaktionen angelaufen seien. In der südwestlichen Stadt Baydhabo habe sich der Mangel an Lebensmitteln weiterhin zugespitzt, weil Tausende von Hungernden in der Stadt zusammengekommen seien. Nach Angaben von Helfern stürben täglich 300 Menschen den Hungertod. Die USA flogen am darauf folgenden Wochenende über ihre Luftbrücke erstmals 20 Tonnen nach Baydhabo.

Mit Winterbeginn 1992/93 nahm die Hungersnot endlich ab. Bis dahin, so wird geschätzt, waren über 300.000 Menschen verhungert. Nun setzten wieder Regenfälle ein und damit bestand Hoffnung auf eine Ernte Anfang 1993.(17) Die ehemalige Direktorin von Afrika Watch, Rakiya Omaar, berichtete: "Die Hungersnot und der Krieg sind auf die südwestlichen Regionen beschränkt. Die Hungersnot ist im Schwinden begriffen. Die Märkte in allen wichtigen Städten werden trotz der Plünderungen mit billigem Essen überschwemmt. Akute Unterernährung gibt es in verstreuten ländlichen Nestern."(23)

Genau zu diesem Zeitpunkt begann die Invasion der USA und ihrer Verbündeten.

Obwohl anfangs von einer zeitlich begrenzten humanitären Aktion zur Lebensmittelversorgung die Rede war, stellte sich rasch heraus, daß die USA eine langfristige Besetzung des Landes planten. Am 5.12.1992 erklärte der Chef des gemeinsamen Stabes der Interventionstruppen Colin Powell, "wir wollen eine Truppe schikken, die stark genug ist, daß wir das gesamte Land dominieren können". Monate vorher begannen internationale Hilfsorganisationen die US-Regierung aufzufordern, die LKW-Lieferungen und Lufttransporte, die die Lebensmittel direkt in die somalischen Dörfer bringen, zu schützen. Während eine riesige Anzahl von Somaliern verhungerte, kam keine Unterstützung.

Die US-Luftwaffe ist die bei weitem größte der Welt. Sie hätte durch Abwürfe von Flugzeugen aus die Hungernden in jedem Dorf und jeder Stadt leicht und billig versorgen können. Internationale Hilfsorganisationen, denen es an Flugzeugen mangelt, konnten nur an bestimmten wichtigen Plätzen in Somalia Lager anlegen und dann versuchen, diese Güter mittels Überlandkonvois zu verteilen. Die bürgerlichen US-Medien zeigten große moralische Empörung, daß verschiedene Milizen - die in den letzten 18 Jahren vom Pentagon bewaffnet und finanziert worden waren - diese Konvois plünderten, wenn auch weniger aus Profitinteressen, sondern zwecks Selbstversorgung.



Somalia: Sie kommen vom Lande. Dürre, Krieg und Hunger treiben sie in die Städte.

Indem es diese Ausgangslage benutzte, ist das Pentagon nun eingeschritten, um die bewaffneten Gruppen, die es selbst geschaffen hatte, zu bekämpfen und zu unterdrücken. Die Art und Weise, wie diese Operation verläuft, hat wenig mit Schutz der Hungerhilfe zu tun oder damit, die Überlebenden zu füttern. Tatsächlich hat die Hungersnot bereits Wochen vorher nachgelassen, nachdem der Regen eingesetzt hatte und neues Getreide zu wachsen begann.

Sogar heute könnten die USA bedeutend mehr Hungernde ernähren, bedeutend schneller und billiger, nämlich mit einer ausgedehnten Luftbrücke. Aber Washington hat sich für Luftwaffentransporter, Zerstörer und Panzer zur Verteilung von Nahrungsmitteln entschlossen - was beweist, daß es die strategische Lage Somalias ist, die das Pentagon am meisten interessiert.(19)

Invasoren - jeder will dabeisein

In der Nacht vom 8. zum 9.12.1992 landeten die ersten Interventionstruppen am Flughafen von Mogadischu. "Den größten Teil der Truppen stellen die USA mit 28.000 Soldaten. Dazu leitet mit Robert Johnston - im Golfkrieg enger Mitarbeiter von Kommandeur Schwarzkopf - ein US-General die Operation "Neue Hoffnung"."(9)

"Die zweitgrößten Kontingente werden mit je etwa 2000 Soldaten aus Frankreich und der früheren Kolonialmacht in Somalia, Italien, erwartet. 550 Fallschirmjäger kommen aus Belgien. Weiterhin wollen Kanada, die Türkei, Ägypten, Marokko (laut Regierungsmitteilung vom 17.12.1992 sollen 1250 Mann entsandt werden), Tunesien, Neuseeland, Australien, Schweden, Norwegen und die Niederlande Truppen schicken. Pakistan kündigte am Donnerstag die Entsendung von weiteren 2500 Soldaten an. Die schon stationierten 500 pakistanischen "Blauhelme" sollen in Somalia bleiben."(13)

Wie im Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, wo deutsche Militärs in AWACS-Flugzeugen das Flugverbot über Bosnien überwachen bzw. bei Verstößen dagegen Abfangjäger dirigieren sollen, möchte Verteidigungsminister Volker Rühe auch in Somalia deutsche Soldaten sehen. Angeblich handelt es sich nur um Pioniere, Fernmelder und Sanitäter, die zum Einsatz kommen sollen.(10) Die Regierung werde bis zu 1500 Bundeswehrsoldaten nach Somalia schicken, darunter auch militärische Einheiten. Diesen Beschluß des Kabinetts verkündete Kanzler Kohl am 17.12.1992 vorab auf einer Pressekonferenz in Bonn. Auch über Einsätze im ehemaligen Jugoslawien und anderen Gebieten der Erde müsse beraten werden. SPD-Vorsitzender Engholm wies am gleichen Tag darauf hin, daß dieses Vorhaben der Verfassung widerspreche. Er relativierte diese Aussage aber gleich wieder und verkündete erneut die SPD-Bereitschaft, vorerst über Blauhelm-Einsätze unter UNO-Flagge mit der Regierung zu reden.

Der Einsatz in Somalia soll in zwei Phasen starten. Sofort würden die Hilfsflüge von Mombasa (Kenia) durch weitere Bundeswehrmaschinen verstärkt. In zwei Monaten solle dann ein verstärktes Transport-Bataillon mit etwa 1500 Soldaten direkt nach Somalia geschickt werden. Da verfassungsrechtlich nicht erlaubt, versuchte Kohl die Bewaffnung als "Selbstschutzkomponente" zu beschreiben. (Auf eine ähnliche Idee kam ein Jahr zuvor auch der österreichische Faschist und Chef der VAPO, Gottfried Küssel: Er propagierte die "Entsendung" eines "Technischen Sanitätskorps" für den Söldnereinsatz in Kroatien, um so das Verbot für österreichische Staatsbürger, in einer fremden Macht zu dienen, zu umgehen.

Die Eierei ging weiter, als Kohl nach konkreten Angaben dazu befragt wurde. Vorgabe sei, daß der UN-Generalsekretär eine angebliche "Befriedung" von Somalia oder Gebieten des Landes feststellt. Danach würde dann die Bundeswehr eingesetzt und mit entsprechenden Waffen zum Schutz von Personen und Gerät ausgerüstet.

Noch am 15.12.1992 hatte Verteidigungsminister Rühe erklärt, frühestens im Oktober 1993 hätte er 1500 Mann so ausgebildet und ausgerüstet, daß sie zu derartigen Einsätzen geschickt werden könnten. Das hieße, die Truppen würden nicht nur gesetzlich ungeschützt sondern auch noch ungenügend vorbereitet in das Kriegsabenteuer gejagt. Die gegenwärtige Verfassung erlaubt Bundeswehreinsätze lediglich auf NATO-Gebiet. Kohl zweifelt allerdings daran, daß so das Grundgesetz richtig ausgelegt werde.

Mit angeblichen Forderungen aus der Bevölkerung und aus dem Ausland begründete Kohl einen deutschen Truppeneinsatz im ehemaligen Jugoslawien. Ein Land von der Größe und Bedeutung wie Deutschland könne sich nicht länger davor verschließen, alle Rechte und Pflichten der UNO wahrzunehmen. Solche Maßnahmen seien ungeheuer wichtig für das Ansehen Deutschlands in der Welt.(13)

Japan, das noch durch eine starke Opposition und verfassungsrechtliche Verbote von einer Truppenentsendung abgehalten wird, schickt Geld für die militärische Besetzung.(26) Am 15.2.1993 traf UN-Generalsekretär Boutros-Ghali zu einem fünftägigen Besuch in Japan ein. Im Zentrum seiner Gespräche mit der Regierung in Tokio standen die Beteiligung der Japaner an militärischen UNO-Einsätzen zur Friedenssicherung und ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat.(11) Boutros-Ghali forderte Japan bereits wiederholt auf, sich am Einsatz in Somalia zu beteiligen.

Gegen Desinformation

Von Anfang an kritisierten Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen die Invasion, z.B. die oben erwähnte Direktorin von Africa Watch, Rakiya Omaar. Sie meinte zur Feststellung Bushs, das Land schlittere in totale Anarchie: "Das stimmt nicht. Zirka drei Viertel des Landes sind relativ befriedet, mit zivilen Strukturen von größerer oder kleinerer Ausdehnung. Die Clanältesten spielen eine wichtige Rolle in der Erleichterung der Verteilung von humanitärer Unterstützung und im Abschluß von Friedensabkommen im größten Teil des Landes.

Der Großteil der Lebensmittel wird nicht geplündert. Der Fonds "Save the Children" hat 4000 Tonnen in Mogadischu verteilt, ohne daß auch nur ein einziger Sack verloren gegangen wäre. Andere Agenturen, die eng mit den Somaliern zusammenarbeiten, haben einen Verlust von 2 bis 10 Prozent, weil sie sich mit somalischen Ältesten und Leuten, die humanitäre Hilfe leisten beraten. Die Zusammenarbeit mit den Somaliern ist der Schlüssel zum Erfolg." Die UN-Agentur Care wird geplündert wegen ihrer Weigerung, mit somalischen Institutionen zusammen zu arbeiten.(20) Omaar und ihr Mitarbeiter de Waal wurden wegen ihrer Kritik an der Invasion Somalias von ihren Posten bei Africa Watch gefeuert.

Obwohl also die Hungersnot bereits am abklingen war, und obwohl der Bürgerkrieg deutlich abflaute, besetzten US-Marines und französische Fremdenlegionäre den Flughafen, den Hafen und Teile von Mogadischu. Diese Operation kostete alleine in den ersten anderthalb Monaten über 500 Millionen US-Dollar.

Präsident Bush begründete die Invasion damit, daß die US-Truppen dringend benötigt würden, weil Somalia in totale "Anarchie" schlittere. Es scheine, daß die Hungersnot sich ausbreite und Millionen daran sterben würden. Beide Erklärung sind falsch. Weil die Medien wiederholt Bilder von hungernden Menschen und zivilen bewaffneten Einheiten gesendet haben, glauben viele an Bushs Argumente. Letzte Umfragen, falls man diesen Glauben schenken kann, zeigen eine hohe Akzeptanz der Aktion des Präsidenten. Aber dies ist keine "humanitäre Aktion". Es ist eine militärische Operation zur Etablierung der imperialistischen Vorherrschaft in einer Region von strategischer Wichtigkeit.(20)

Der Marine-Leutnant-General i.R. Bernard E. Trainer schrieb unlängst eine Kolumne mit dem Titel "Bush schickt Jugoslawien eine Nachricht via Somalia". Darin argumentiert er, der "Wille (des Pentagons), in Somalia zu intervenieren, ist eine indirekte Warnung an die Serben, daß die Vereinigten Staaten das selbe am Balkan machen könnten."(20) Andere Gründe liegen sicherlich darin, daß das Land reich an Bodenschätzen ist und in seiner strategischen Lage (siehe weiter hinten).

"Hungerhilfe" & überschwemmte Märkte

Die Besetzung Mogadischus war ein rein militärisches Unternehmen. Gleichzeitig verhängte das US-Oberkommando für die ersten 48 Stunden der Invasion eine Ausgangssperre für die humanitären Hilfsorganisationen. Während die Besatzungstruppen mit dem Aufbau ihrer Infrastruktur bzw. der Nahrungsmittelsicherung für ihre Angehörigen beschäftigt waren, brachte eine einzige Hilfsorganisation in den drei Tagen vor der Invasion 2800 Tonnen Lebensmittel quer durch das Land.

Jane Perlez von der Times berichtete: "Ein Plan für die 200 Marines am Flughafen, den Ältesten in der community 30 Säcke Reis im Austausch für ihre Waffen zu geben, verlief im Sand. Die Ältesten kamen ohne die Waffen und fragten nach Arbeit statt Nahrungsmitteln. Sie waren am Reis nicht interessiert, den bekommt man zur Zeit billig auf den Märkten."

Wie das? Offensichtlich übertrifft das Angebot bei weitem die Nachfrage. Perlez berichtete auch, daß die somalischen Bauern aufgehört hätten, Getreide und andere Grundnahrungsmittel anzubauen, "weil es wegen dem ganzen Reis in den Küchen und den Trockenfutter-Verteilungen durch die Hilfsorganisationen in Mogadischu keinen Markt dafür gibt."(20) Damit werden wiederum die Strukturen zur Selbstversorgung des Landes angegriffen.

Die neuen alten Kolonialherren

Während im Dezember 1992 der UN-Sicherheitsrat tagte, und Boutros-Ghali dabei war, verschiedene afro-arabische Vorschläge zur Lösung der Krise in Somalia vorzustellen, platzte in die Sitzung die Nachricht von der US-amerikanischen und anglo-französischen Invasion. Sofort nach ihrer Ankunft in Mogadischu besetzten Marines und Fremdenlegionäre den Flughafen, den Hafen und wichtige Punkte der Stadt. Die Berichte, die über die Invasion durchsickerten, erinnerten an die Besetzung von South-Central San Francisco nach dem Urteil gegen die Folterer Rodney Kings und die darauf folgenden riots:

Die Marines errichteten Straßensperren, führten Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch, verhafteten Leute und beschlagnahmten Waffen. Wie "freudig" die "Helfer" von den Somaliern erwartet worden waren, zeigte sich bereits am Donnerstag, dem 2. Tag der Invasion. Berichte sprachen von Angriffen bewaffneter "Banden" auf französische und amerikanische Einheiten, angeblich gab es dabei keine Verletzten. Wegen der Besetzung von Hafen und Flughafen konnten die Hilfsorganisationen keine Flüge zur hungernden Bevölkerung durchführen, teilte Caritas mit.(6)

Bereits am folgenden Wochenende wurde der erste schwere Zwischenfall gemeldet: US-Kampfhubschrauber zerstörten in der Hauptstadt Mogadischu drei somalische Kampffahrzeuge, nachdem sie angeblich vom Boden aus beschossen worden waren. Dabei gab es auf Seiten der Somalier zwei Tote und drei Verletzte. UN-Generalsekretär Boutros-Ghali erneuerte daraufhin seine Forderung nach einer vollständigen Entwaffnung der "verfeindeten Banden" in Somalia. In der Stadt Kismayo im Süden nahmen bewaffnete Banden zwei Mitarbeiter einer Hilfsorganisation als Geiseln.

Am 11.12.1992 beschossen Marines und französische Fremdenlegionäre neun unbewaffnete Somalier an einer Straßensperre, als die Bremsen an deren LKW versagten. Die Medien übernahmen sofort die Pentagon-Version: der LKW sei mit Waffen beladen gewesen. Später mußten sie zugeben, daß es keine Waffen in dem LKW gegeben hatte und daß die Passagiere möglicherweise eine Familie waren. Zwei der neun Verletzten starben. Das US-Oberkommando verlautete, daß es sich für die Schießerei nicht entschuldigen werde, weil die Truppen in Übereinstimmung mit den "rules of engagements" gehandelt hätten, "die es erlauben, auf jeden zu schießen, den sie als Angreifer 'begreifen'".

Die US-Truppen waren hauptsächlich mit einer riesigen logistischen Operation zur Versorgung ihrer eigenen Leute mit

Wasser und Nahrungsmitteln beschäftigt, nicht damit, Somalier mit Lebensmitteln zu unterstützen. Um Kritik vorzubeugen, schickte das Pentagon am 11.12.1992 einen von Marines eskortierten LKW-Zug mit 20 Tonnen Lebensmitteln von einem Lager in Mogadischu zu einem einzelnen Versorgungszentrum im Norden der Stadt.(20)

Am Sonntag, dem 13.12.1992, stießen 230 US-Marineinfanteristen mit Hubschraubern ins Landesinnere vor. Sie sollten den 160 km entfernten Flugplatz Bale Dogle besetzen.(8) Am Sonntag errichteten sie in Bale Dogle einen ersten Stützpunkt außerhalb von Mogadischu, von dem aus sie den Vorstoß in Richtung der von Hungersnot und Plünderungen besonders stark betroffenen Stadt Baidoa führen wollten.

Ein aus rund 70 Fahrzeugen bestehender Militärkonvoi mit mehr als 650 US-Marineinfanteristen und französischen Fremdenlegionären verließ am Dienstag, 15.12.1992, Mogadischu. US-Militärsprecher wollten offiziell über das Ziel der Mission keine Angaben machen. Dennoch wurde aus Armeekreisen verlautet, daß der Konvoi bis Mittwoch Morgen die 250 km nordwestlich von Mogadischu gelegene Stadt Baidoa erreichen soll (Anm. Info-Verteiler: Wir fragen uns, ob Baidoa identisch ist mit der Stadt Baydhabo. Diese liegt nämlich ca. 250 km nordwestlich von Mogadischu und hat einen Flughafen). In Baidoa traf am Dienstag bereits der Sondergesandte von US-Präsident Bush, Oakley, ein, um die örtlichen Clanchefs über die Ankunft der internationalen Truppen zu informieren, und sie gleichzeitig vor feindseligen Aktionen zu warnen. Am 16.12.1992 besetzten die Invasoren den Flugplatz der Stadt. Wie der US-Militärsprecher Peck mitteilte, fielen dabei keine Schüsse. Anschließend seien 230 Infanteristen mit Hubschraubern eingeflogen worden. Der Konvoi von rund 70 Militärflugzeugen war im Schutz der Luftwaffe am frühen Morgen in Baidoa eingetroffen. Die bestellten Frontberichterstatter sprachen von "tausenden jubelnden Menschen" und zahlreichen Plakaten, auf denen die "Intervention begrüßt" wurde. Washington hatte nach Angaben von Generalleutnant Brandtner zu diesem Zeitpunkt rund 4500 Soldaten in Somalia. Bis zum Wochenende sollte das US-Kontingent im Land am Horn von Afrika auf 10.000 erhöht sein.(12)

Widerstand und Zwischenfälle gab es beim Einrücken in Baidoa nicht, allerdings waren die organisierten bewaffneten Verbände im Laufe des Dienstag aus der Stadt in Richtung äthiopische Grenze abgezogen. So trieben die Invasoren die Somalier von einer Stadt zur nächsten. Omaar und de Waal behaupten, die US-Militärs haben verfeindete Clan-Militante aus der Hauptstadt Mogadischu nach Baidoa und in andere Städte des Hungergürtels vertrieben. Mit der Ankündigung, die Gegend in Zukunft besetzen zu wollen, haben die USA eine Runde des Kampfes zwischen rivalisierenden Clans initiiert, die sich um bessere Positionen für die Zeit der Ankunft der ausländischen Besatzungstruppen schlugen.

Der Verdacht liegt nahe, daß sich etliche Kriegsfürsten noch schnell Reserven anlegen, um bis zum Abzug der "Heilsbringer" zu überwintern. Doch nicht allein dadurch versuchen sie sich ihre zukünftige Herrschaft zu sichern. Sie buhlen mittels Wohlverhalten um die Gunst der Interimsgewaltigen. Denn wer sich denen als Geeignetster präsentiert, könnte den Zuschlag erhalten.(8) Vermutlich geht es aber nicht um Wohlverhalten, sondern darum, gegnerische Clans aus den Städten zu vertreiben, um sich den Invasoren als "Ordnungsmacht" anzubiedern in der Hoffnung, so zum Zug zu kommen.

In einem Kommentar in der Washington Post vom 13.12.1992 schrieben Omaar und de Waal: "Bis letzte Woche ... arbeiten Hilfsorganisationen innerhalb der Stadt und der sie umgebenden Dörfer mit Verlusten an Plünderer von unter 5 Prozent. Die Grundvoraussetzungen: Das Essen war billig und ausreichend und die Todesraten waren um 90 Prozent gesunken. In den letzten Tagen hat sich all das in Rauch aufgelöst."

Seit die Marines landeten, "halten all die mühevoll (zwischen Ältesten und Clanführern) ausgehandelten Abmachungen nicht mehr". Das führte zur "Vertreibung von tausenden von Menschen und trieb die Hilfsorganisationen dazu, ihr Personal zu evakuieren".

US-General Joseph P. Hoar, der dem "Central Command" vorsteht, sagte am 18.12.1992, daß US-Truppen Basen in Mogadischu, Bale Dogle und Baidoa errichtet haben und beabsichtigen, sich nach Kismayo, Gailalassi, Bardera, Hoddur und Belt Uen ausdehnen wollen. Er prahlte auch, daß die US-Kräfte über ihre ursprünglichen Anweisungen, nur diejenigen Somalier, die sie bedrohen, zu entwaffnen, hinausgehen.

Die türkische Zeitung Hürriyet meldete, daß innerhalb von 25 Tagen seit Ankunft der US-Soldaten 26 Erdöl-Bohrungen eingeleitet worden seien. Eine Vielzahl von Geologen aus den USA sei in Somalia eingetroffen.

Anfang Jänner 1993 erschossen Marines in der Hauptstadt Mogadischu einen 13jährigen Jungen. Er soll, so die Darstellung der beiden Schützen, ihrem Jeep mit einem verdächtigen "Gegenstand" in der Hand nachgelaufen sein. Bei der Leiche fand sich jedoch kein "Gegenstand".(7)

Für den 6.1.1993 forderten die Vereinten Nationen 14 somalische Fraktionen auf, zu einem Treffen in Addis Abeba, Äthiopien, zu erscheinen und ein Abkommen zu unterschreiben, das zu einer "Nationalen Versöhnungskonferenz" für den 15.3.1993 aufruft. Das Treffen legte nicht einmal fest, wer sich an der Konferenz am 15.3. beteiligen wird, was diskutiert werden soll, wie der Waffenstillstand durchgeführt (verwirklicht) werden kann und wer die Interimsregierung bilden wird.(19) General Mohammed Farrah Aidid lehnte es ab zu unterschreiben. Die "Strafe" folgte auf dem Fuß:

Am nächsten Tag verkündeten Marines in der Hauptstadt Mogadischu folgende Nachricht in somalischer Sprache: "Sie haben fünf Minuten Zeit zu verschwinden, oder Sie werden verbrannt." "Einfach gesagt, haben wir sie mit einem Feuersturm geschlagen", prahlte Generalmajor Charles Wilhelm, Kommandeur der ersten Marinedivision. Er beschrieb ein Sperrfeuer, das auf ein somalisches Truppenlager losgelassen wurde. Die Marines setzten Cobra-Helikopter, Anti-Panzer-Raketen, Panzer- und Artilleriefeuer ein. Das Lager wurde in Schutt und Asche gelegt. In ihrer Beschreibung des Angriffs vom nächsten Tag konzedierte die New York Times, die Zahl der Toten und Verwundeten würde wohl nie bekannt werden.(19) Das Lager war eines der Truppen des "unwilligen" General Aidid. Ein zweiter Angriff der USA am selben Tag äscherte ein anderes Lager ein.

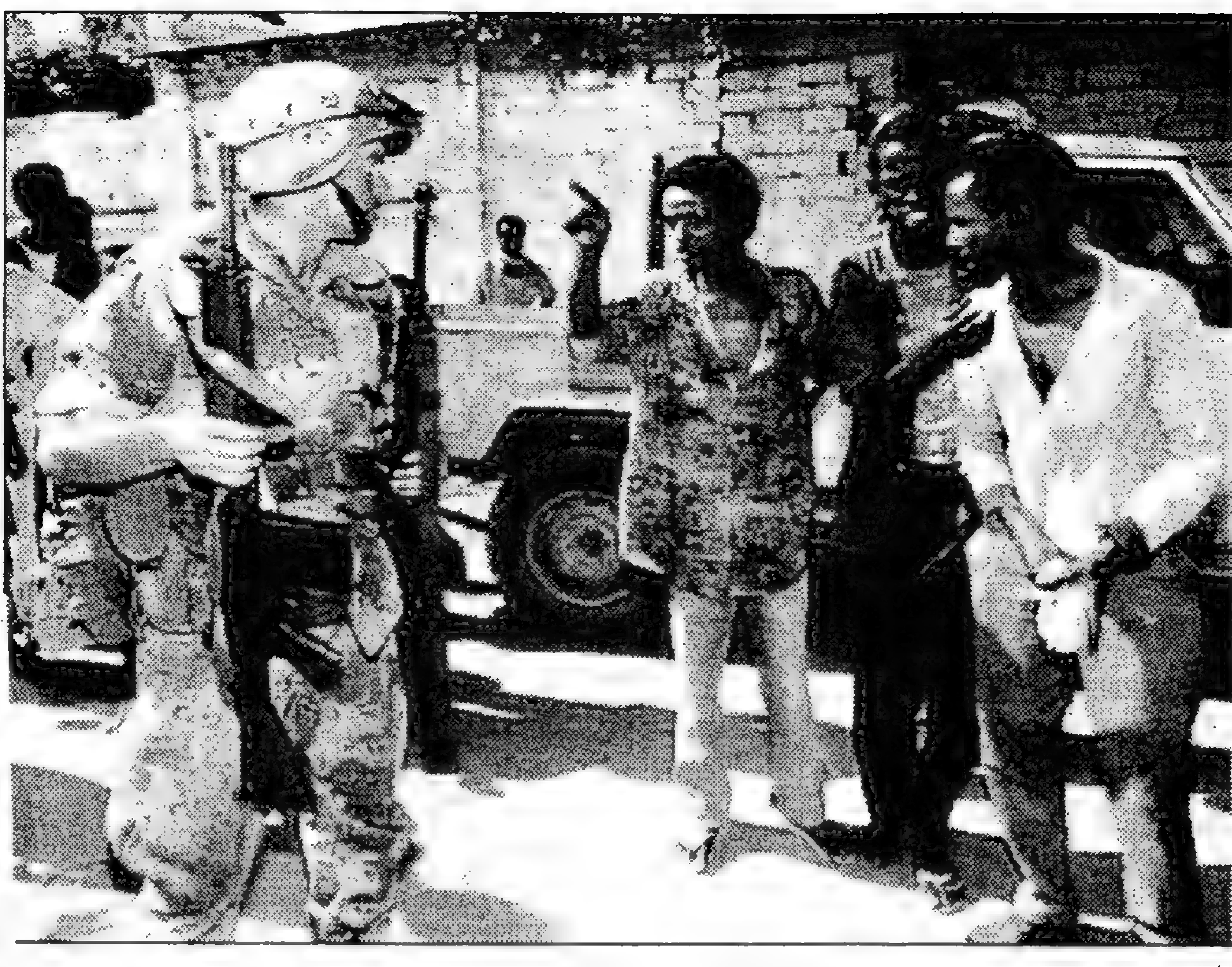
Am 8.1.1993 überfielen hunderte Marines in gepanzerten Fahrzeugen, Amphibienfahrzeugen und Kampfhubschraubern einen somalischen Markt, zerstörten Lagerräume, umzingelten somalische Jugendliche und konfiszierten Waffen.

Am 11.1.1993 belagerten mehr als 1000 Marines den Bezirk Baraka im Zentrum der Stadt und führten Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch. Diese Aktion lief unter der Bezeichnung "Operation Nußknacker", und auch sie richtete sich gegen den USC, den die USA als primären Feind betrachten.(2)

Die Somalier antworteten auf die militärischen Angriffe mit steigendem Zorn und mit wachsendem Widerstand gegen die brutale, rassistische Besetzung. Mitarbeiter offizieller westlicher Hilfsorganisationen und Journalisten, die nur drei Wochen zuvor noch geschrieben hatten, daß ihnen mit stiller Besorgnis oder mit Applaus begegnet worden sei, beklagen sich nun darüber, daß Jugendliche sie verprügeln, mit Steinen bewerfen und schreien: "Geht nach Hause! Go home!"(19) Bei einem Besuch in Mogadischu wurde der UN-Generalsekretär Boutros-Ghali von einer wütenden Menschenmenge "empfangen", worauf er sich blitzschnell in der US-Botschaft in Sicherheit brachte. Zuvor war er bereits in Sarajewo ausgepfiffen worden.

Auch in der Mannschaft der US-Soldaten, vor allem unter den Schwarzen, verstärkt sich die Opposition gegen die Rolle, die zu spielen ihnen befohlen wird. Am 9.1.1993 sagte ein Reporter in den "Nightly News" von NBC-TV: "Die Marines murren. Sie wollen raus." Viele GIs glaubten wirklich, sie würden zu einer humanitären Mission geschickt, um hungernde Somalier zu unterstützen. Nun stellen die Truppen fest, daß sie immer mehr zur Zielscheibe für Heckenschützen werden. Aber obwohl die Truppen den Druck für einen Abzug verstärken, und der somalische Widerstand eskaliert, macht die Berichterstattung der Medien hier klar, daß der Truppenaufmarsch in Afrika unbegrenzt ist. Es ist kein Ende in Sicht:

In ihrer früheren Berichterstattung waren sich die großen Medienkonzerne einig, daß diese Intervention ausschließlich eine kurzfristige Hilfsmission sei. Jetzt meinen sie ebenso einhellig, daß ein langfristiges Engagement notwendig sei. Am 10.1.1993 berichtete Associated Press, daß ein Abzug aus Somalia mit dem Ende von Bushs Amtszeit schon rein logistisch unmöglich sei. Es wäre zu viel militärisches Gerät wegzuschaffen. Am selben Tag erklärte die New York Times, daß das Problem über die Logistik hinausgehe. Es gehe darum, die politische Kontrolle über das Land zu konsolidieren.(19)



Bei Kämpfen zwischen bewaffneten Somaliern und australischen Soldaten in der Nähe der westsomalischen Stadt Baidoa wurden am 17.2.1993 ein Somalier getötet und zwei weitere verwundet. In Mogadischu beschossen nach US-Angaben Unbekannte am 16.2.1993 Abend Fahrzeuge von Soldaten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.(14)

Kismayo im Februar: "Schiedsrichter"

Um den 19.2.1993 erlangten Truppen von Siad Hersi "Morgan", einem Schwiegersohn von Siad Barre, die Kontrolle über Kismayo, eine Hafenstadt im Süden Somalias. Davor kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Truppen des Clanführers Jees. Bei den Gefechten starben 11 Menschen ("Medecines Sans Frontiers sprachen von mehreren Dutzend Toten), 21 wurden verwundet. Laut einem UNO-Sprecher flohen ca. 3.000 Anhänger von Jees aus Kismayo. Jees steht auf der Seite General Aidids und des USC.

Am 24.2.1993 kam es daraufhin in Mogadischu zu einer Demonstration gegen die Invasoren. Ihnen wurde Unterstützung von Morgan bei der Eroberung Kismayos vorgeworfen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden mit brennenden Autoreifen und blockierten so die wichtigsten Straßen Mogadischus. US-Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen, die US- und die französische Botschaft bestürmt. Die Invasoren eröffneten wiederum das Feuer auf die Demonstranten und erschossen neun von ihnen. Im Zuge der Auseinandersetzungen sollen auch zwei nigerianische UN-Soldaten getötet worden sein. Aidid drohte der internationalen Eingreiftruppe mit "heiligem" Krieg, wenn sie weiterhin Morgan unterstützen.

Die USA benutzten diese Situation als Rechtfertigung, den geplanten Abzug von 3.300 ihrer 18.000 Soldaten, die in Somalia stationiert waren zu verschieben, gleichfalls platzte der Termin für die Übergabe des Kommandos an die insgesamt 33.000 Mann starke multinationale Streitmacht an die UNO. Das US-Kommando stellte Morgan ein Ultimatum, Kismayo bis zum 25.2. Mitternacht zu räumen. Zu dieser Zeit befanden sich ca. 1.000 US- und 700 belgische Soldaten, die zum Teil bereits in die Kämpfe verwickelt waren, in der Stadt. Morgan beugte sich dem Ultimatum, am Freitagmorgen begannen die Milizen nach Angaben des britischen Senders BBC samt Waffen abzuziehen. 60 Morgan-Kämpfer ergaben sich angeblich den US-Streitkräften, die die Herrschaft über Kismayo übernahmen und nun ihrerseits begannen, Somalier zu entwaffnen. Angeblich wurde dabei u.a. auch eine Handgranate aus deutscher Produktion beschlagnahmt.

Die "Nationale Versöhnungskonferenz"

Am 19.3.93 wurden in Addis Abeba die für 15.3.93 geplanten Friedensgespräche wieder aufgenommen. Auch General Aidid, der wegen erneuter Kämpfe in Kismayo zuvor seine Teilnahme verweigert hatte, erschien nach Drohungen der Invasoren zu dem Treffen: Ein UN-Sprecher hatte die somalischen Parteien gewarnt, die Gespräche von den Ereignissen in Kismayo abhängig zu machen. (ND, 20.3.93) Inzwischen kontrollieren die UN-Truppen Kismayo. (ND, 22.3.93)

An der Konferenz nahmen 15 Milizen, Clan-Älteste sowie Frauenorganisationen etc. teil. Es fehlten aber die Vertreter der SNM. Die Konferenz in Addis Abeba dürfte ihre Position und die de-facto-Abspaltung von Somaliland gestärkt haben. Die SNM trat als "ausländische Beobachterin" auf, Gruppen aus dem Norden, die ein einheitliches Somalia fordern, waren nicht geladen. Nach zehn Tagen ging die Konferenz zu Ende. Die 300 Teilnehmer einigten sich auf die Bildung einer Übergangsregierung bis 1.7.93 und erfüllten damit die Forderungen der USA und der UNO nach Schaffung zentralistischer Strukturen. Die alte Staatselite aus Mogadischu wird also an die Macht zurückkehren. Zudem soll eine zentrale somalische Polizeitruppe gebildet werden, an deren Aufbau die BRD beteiligt werden soll. Die BRD rüstete bereits in den 80er Jahren den polizeilichen Repressionsapparat Siad Barres aus.

Außerdem steht jetzt fest, daß ab 1.5.93 die UNO das Oberkommando über die Invasionsarmee übernehmen wird. Die Kosten für diese Aktion werden mit 1,5 Mrd. US-$ angegeben, das ist mehr als zehnmal so viel, wie die UNO für "humanitäre" Hilfe ausgeben will (130 Millionen US-$).

Die Nahrungsmittelhilfe zeigt weiterhin die bereits beschriebenen Auswirkungen: In Baidoa ist der Preis für einen Sack Sorghum, die in Afrika weitverbreitete Getreideart, seit Oktober 1992 von 40 auf 11 Dollar gefallen, die Bauern im Süden lassen die besten landwirtschaftlichen Nutzflächen deshalb brachliegen.

Während sich die Lebensmittelhilfe auf die großen Städte beschränkte, ist die Versorgung in einigen Gegenden seit dem Beginn der Lieferungen noch schlechter geworden, um Bur Acaba, sechs Autostunden von Mogadischu, sterben nach wie vor Menschen an Hunger. Die Dörfer sind heute unsicherer als vor der Invasion, weil bewaffnete Gruppen vor den US-Truppen hierher geflohen sind.

Das Rote Kreuz beschloß am Wochenende vom 21./22.3.93, seine Niederlassung in Mogadischu zu schließen. Grund dafür ist ein bewaffneter Raubüberfall, bei dem die Täter 300.000 DM aus einem Safe erbeuteten. Die FAO erklärte, daß Somalia bis zur nächsten Ernte im August weiterhin Nahrungsmittelhilfe benötige. Betroffen sind 2,5 Millionen Menschen, die 200.000 Tonnen Getreide brauchen. (ND, 25.3.93)

(Militär-) Strategische Interessen

Die geografische Lage Somalias prädestiniert dieses Land als eine mögliche Basis für die imperialistischen Interessen im arabischen und nordafrikanischen Raum. Es ermöglicht einerseits die Kontrolle über die Transporte durch die Meerenge zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean (und damit den Handelsweg zwischen Asien, Ostafrika, Australien und Europa), andererseits liegt es im Zentrum der Arabischen Welt. Wie wichtig gerade das Horn von Afrika sein kann zeigte sich z.B., als beim letzten Angriff gegen den Irak auf Bagdad etc. abgeschossen wurden, von einem im Roten Meer stationierten Flugzeugträger aus Tomahawk-Marschflugkörper auf Bagdad etc. abgefeuert wurden. Die Imperialisten versuch(t)en immer wieder, in dieser Region Stützpunkte zu errichten, um die Kontrolle darüber zu behalten:

Bis zur Zerschlagung des unabhängigen Ägypten 1879 schafften die europäischen Mächte es nicht, einen Stützpunkt auf der afrikanischen Seite der Meerenge zu erobern. Auf der arabischen Halbinsel besetzte die britische Marine bereits 1839 Aden und errichtete einen Stadtstaat.

(...)

Pentagon

Daß die Invasion der USA in Somalia eine militärische Operation zur Etablierung imperialistischer Dominanz in einer Region von strategischer Wichtigkeit ist, wird auch vom Pentagon selbst "bestätigt":

"Im März 1992 sickerte ein "White Paper" des Pentagons, das einen Plan zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der USA in der Welt nach dem Kalten Krieg beschrieb, an Reporter durch. Der Plan richtete sich sowohl gegen Dritte Welt-Länder als auch gegen die imperialistische Konkurrenz in Europa und in Asien. Das Pentagon plant, jedes Machtvakuum aufzufüllen. Keine Gelegenheit klarzustellen, daß die USA die Militärmacht Nummer 1 sei, würde ausgelassen werden.

Auch der frühere US-Justizminister Ramsey Clark glaubt, daß die USA eine militärische Präsenz in Somalia etablieren wollen, weil das Land an der Einfahrt zum Roten Meer liegt. Clark sagt, Bush schicke "die Marines dort hin, um ihnen Zeit zu geben, eine (gegenüber den Vereinigten Staaten) unterwürfige Regierung zu bilden."

Ein weiterer Grund dafür, daß die Invasion in Somalia gerade jetzt stattfindet, könnte darin liegen, daß die US-Truppen auf den Philippinen von den anhaltenden Schlägen der Volksbefreiungsarmee zermürbt waren und nach dem Abzug wegen des Ausbruch des Pinatubo im Herbst 1992 und in Somalia eine ebenbürtige Alternative zu den Philippinen sehen.

Das Pentagon unterstützt nicht nur die weitreichenden Interessen der herrschenden imperialistischen Klasse als ganze. Es berücksichtigt ebenso seine eigenen politischen und ökonomischen Interessen als eine semi-selbständige Macht. Präsidenten kommen und gehen, das Pentagon-Establishment aber bleibt. Die Pentagonleute kontrollieren ein jährliches 300-Millionen-Dollar-Budget. Und sie sind eng verbunden mit den 70.000 militärischen Partnern und Subpartnern.

Der militärisch-industrielle Komplex wehrt sich gegen jede signifikante Kürzung seines aufgeblasenen Budgets nun, da der sogenannte Kalte Krieg vorbei ist. Diese Leute haben Angst vor dem lautstarken Protest, daß das Geld für Arbeitsplätze, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Wohnungen ausgegeben werden soll statt für high-tech-Waffen zur Massenvernichtung. Ohne eine Weltmacht wie die Sowjetunion als Gegner, sucht der Pentagon-Apparat neue Missionen und neue Feinde, um seine Existenz zu rechtfertigen. In diesem Sinn könnte die US-Invasion von Somalia nur das Vorspiel zu größeren Abenteuern sein."(19)

Der saubere Norden

Aus einigen Quellen ist zu erfahren, daß massenhaft Sondermüll und Problemstoffe nach Somalia, aber auch in andere afrikanische Länder, geschafft werden, um sie möglichst billig und weit entfernt endzulagern.

Monate bevor die Vereinigten Staaten Truppen nach Somalia schickten, schloß Italien Verträge, um den giftigen Sondermüll des Landes nach Somalia zu verschiffen. Anfang September hatten italienische Firmen "die Errichtung zweier Verbrennungsanlagen in Somalia für jeweils bis zu 550.000 Tonnen Sondermüll im nächsten Jahr, mit einem geschätzten Gewinn von vier bis sechs Millionen US-$ bringen" nahezu beendet. Der regionale UN-Chef Mostafa Tolba sagte, die Mülldeponierung könnte die Zerstörung des Ökosystems Somalias verschlimmern und weitere Leben in dem verwüsteten Land kosten.(17)

"Afrika", schreibt Silvia Federici, Professorin an der Hofstra Universität und Autorin des "Komitees für akademische Freiheit in Afrikas Zeitung", "wird zum chemisch/nuklearen Mistkübel der Welt, die Region, in der abgelaufene Pharmaprodukte, giftige Rückstände und Material, das in anderen Ländern verboten ist, von Medikamenten bis zu Pestiziden, abgeladen werden."

Ölmultis

In den Jahren des Siad-Barre-Regimes gelangten vier große US-Ölkonzerne, Conoco, Chevron, Amoco und Phillips in den Besitz von Exklusiv-Konzessionen zur Erforschung und Ausbeutung von 10 Millionen Acres Land, das sind fast 2/3 des Landes. In einer Studie der Weltbank 1991 wurde festgestellt, daß Somalia und Sudan die afrikanischen Länder mit den kommerziell aussichtsreichsten Ölvorkommen sind. Die Vorkommen befinden sich hauptsächlich in Nord-Somalia, wobei die der Küste vorgelagerten Regionen im Meer ebenfalls vielversprechend sind. Geologen der Hunt-Oil, die die Ölfelder im Jemen ausbeuter, behaupten, daß die jemenitischen Ölfelder Teil eines riesigen Tales sind, das sich vom Jemen bis über Nord-Somalia hinwegzieht.

Conoco scheint von den vier Firmen die mit der stärksten Verankerung in Somalia zu sein. Conoco Oil mit Sitz in Houston wurde 1981 vom Chemie-Multi Du Pont gekauft. Die Gesellschaft ist der weltweit siebtgrößte Erdölmulti. Conoco beutet seit 1952 somalisches Öl aus, an den Konzessionen in Nord-Somalia hat sie sich die vielversprechendesten gesichert. Nach dem Sturz von Siad Barre war Conoco die einzige multinationale Gesellschaft, die ein funktionierendes Büro in Mogadischu aufrechterhielt und - laut Firmensprecher John Geybauer - mit Ali Mahdi Mohamed ein 'Stillstandsabkommen' aushandeln konnte.

Die Invasion in Somalia wurde mit direkter logistischer Hilfe von Conoco durchgeführt. Die US-Botschaft wurde während des Bürgerkrieges zerstört, und Conoco stellte den Interventionstruppen sein Hauptquartier zur Verfügung. Der lokale Conoco-Mangager Raymond Marchand - ein französischer Staatsbüger, der vorher im Tschad sein Unwesen trieb - wurde von US-Militärs offiziell für seine "couragierte und selbstlose Unterstützung" belobigt, ohne diese Unterstützung "hätte die Operation scheitern können".

Chevron ist auch nicht ohne Erfahrung, wie multi-nationale Konzerne die Reichtümer der drei Kontinente plündern. Chevron - ursprünglicher Name Socal: Standard Oil of California - ist eine der Gesellschaften, die 1911 aus der Aufteilung der Standard-Oil hervorgegangen sind. Die Eigentümer von Standard Oil und ihrer Nachfolger waren und sind aber der Rokkefeller-Clan, zumindest nach unseren bisherigen Informationen.

Chevron war der erste US-Ölkonzern, der mit Konzessionen im arabischen Raum Fuß faßte (1932). 1933 schloß Chevron einen Vertrag mit Ibn Saud über die Ausbeutung der arabischen Ölfelder. Als sich herausstellte, wie riesig die saudischen Ölvorkommen waren, wurde gemeinsam mit Texaco, Standard Oil of New Jersey (heute Exxon = Esso) und Standard Oil of New York (heute Mobil) ein Konsortium zur gemeinsamen Ausbeutung gegründet. Chevron förderte bis Ende 1973 820 Millionen Tonnen Erdöl in Saudi-Arabien. Chevron war außerdem mit 7% am iranischen Öl-Konsortium beteiligt (bis 1973: 147 Millionen Tonnen für Chevron aus dem Iran). Chevron war 1980 der sechstgrößte Ölkonzern und das siebtgrößte Industrieunternehmen weltweit. Der Reingewinn betrug 1980 30 Milliarden öS, der Umsatz 300 Milliarden öS. Dieser Umsatz entspricht den Exporterlösen dieses Jahres von China, Dänemark und Neuseeland zusammen.

Über **Amoco** haben wir nur herausgefunden, daß sie eine weitere Standard Oil-Gesellschaft ist: Standard Oil of Indiana.

Phillips ist eine sogenannte "unabhängige" Ölgesellschaft, d.h. sie ist nicht mit einem der großen Öl-Konzerne verflochten. Durch die US-Anti-Trust-Gesetze müssen auch "kleinere" Gesellschaften an großen Konsortien beteiligt werden. Phillips

war z.B. 1955 an einem Konsortium zur Ausbeutung des iranischen Öls beteiligt.

(. . .)

Trotz der gewaltigen Ölförderung in den USA selbst stieg die Abhängigkeit der USA von Ölimporten kontinuierlich. Während 1920 der Inlandsbedarf an Öl 483 Mio. Barrels betrug, wovon 6% importiert wurden, betrug der Bedarf 1975 5.786 Mio. Barrells, die Importquote lag bei 37%. 1925 hatten die USA einen Weltmarktanteil an der Ölproduktion von 70%, 1965 "nur" mehr 27%. Gleichzeitig stieg jedoch der Reingewinn des "Inlandsproduzenten" Exxon von 1911: 95 Mio. $ auf 1981: 5.650 Mio $.

(Einige) Reaktionen

Bereits Mitte Dezember verurteilte Fidel Castro die Invasion in Somalia.(3)

Am 21.12. gingen Demonstranten in fünf Städten in den USA auf die Straße, um gegen die Militärintervention des Pentagon in Somalia zu protestieren und forderten den sofortigen Abzug von US- und alliierten Truppen. Die Proteste fanden statt in New York, San Francisco, Houston, New Orleans und in Washington D.C. vor dem Weißen Haus.

Zu den Demonstrationen war vom International Action Center aufgerufen worden. Es waren die ersten landesweit koordinierten Proteste gegen den Schritt des Pentagon. Auf der Demo in New York sagte die Sprecherin des IAC, Monica Moorehead, "nach einem Jahr des Nichtstuns, in dem hunderttausende somalische Menschen verhungerten, entschloß sich Bush plötzlich, Somalia militärisch zu besetzen. Sie intervenierten nicht so sehr, um hungrige Kinder zu ernähren, sondern um das Horn von Afrika zu beherrschen und es in eine weitere strategische Militärbasis im ölreichen Mittleren Osten zu verwandeln."

An diesem Abend sprach Brian Becker von Workers World vor einem Live-Forum in New York, das von Samori Marksman von WBAI-Pacific Radio moderiert wurde. Das multinationale Publikum beklatschte Beckers Denunzierung der US-Militärintervention in Afrika heftig.(25)

INFO zur Verurteilung von Stephan Waldberg

Urteil gegen kritischen Journalismus bestätigt!

Wie berichtet, war Stephan Waldberg als freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland (Freiburg) Mitte September 1992 in die Türkei gereist, um Hintergrundmaterial für eine Reportage zu sammeln, u.a. auch um Freunde wiederzusehen. Am 23.10.92 wurde er bei der Wiedereinreise aus Irakisch-Kurdistan in die Türkei am Grenzübergang Habur festgenommen und zunächst für Angehörige und Botschaft unerreichbar versteckt. Erst eine Woche später wurde in türkischen Medien über seine Verhaftung berichtet. Die Verurteilung als „Kurier" für die PKK erfolgte am 22.1.93 in Diyarbakir zu drei Jahren und neun Monaten. Der gegen dieses Urteil eingelegte Revisionsantrag wurde am 28.4.93 vom Kassationsgericht in Ankara zurückgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig. Nach Art. 169 StGB und Art. 5 „Antiterror-Gesetz" hat die türkische Justiz damit bewiesen, daß sie ein politisches Urteil gegen kritischen Journalismus fällen will. Denn nichts anderes als journalistische Arbeit hatte Stephan Waldberg gemacht: die Behauptungen der türkischen Staatssicherheit sind mit dem Zweck der Abschreckung dieser Arbeit zusammengebastelt worden. Entgegen der Meinung politischer Beobachter und sogenannter Experten wurde damit die harte Haltung einer türkischen Regierung bestätigt, die in Sachen Kurden eine differenzierte Meinung nicht anerkennt. Der internationale Protest gegen dieses Urteil hat in diesem Fall wenig geholfen, so wichtig er auch gewesen ist. Eine Teilaufhebung hätte auch der türkischen Regierung die Möglichkeit gegeben, ihr Gesicht zu bewahren und gleichzeitig einer Überprüfung des Verfahrens zuzustimmen.

Damit bleibt jetzt für die Freilassung von Stephan nur die Möglichkeit einer politischen Lösung. Ohne die könnte er nach dem üblichen Ablauf frühestens nach Verbüssung von 42% der Haftzeit, „bei guter Führung", freigelassen werden. Seit seiner Zwangsverlegung aus Diyarbakir Anfang April, befindet sich Stephan im Gefängnis von Buca bei Izmir. Die Verlegung über die Zwischenstationen Kayseri und Bursa dauerte ganze zwei Tage. Mit Stephan zusammen wurde noch ein anderer politischer Gefangenen verlegt (nach Bursa). Beide waren die ganze Zeit angekettet und wurden von acht schwerbewaffneten Militärs bewacht. Am 03.04. wurde Stephan in das Gefängnis von Buca eingeliefert. Er hat der Gefängnisdirektion in Buca klargemacht, daß er sich als politischer Gefangener versteht, und zu anderen politischen Gefangenen verlegt werden möchte. Momentan ist er mit einem Italiener, zwei türkischen Polizisten, einem 15jährigen türkischen Jungen und einem britischen NATO-Hauptmann zusammen in einer Zelle. Im Gegensatz zu der Situation in Diyarbakir, dort hatten die politischen Gefangenen ihre Situation gemeinsam organisiert, ist das Zellenleben in Izmir durch Apathie geprägt. Stephan fordert daher weiter, zu poltitischen Gefangenen verlegt zu werden. Für die Forderung tritt der Menscherechtsverein in Izmir ein, ebenso sein jetziger zweiter Anwalt. Die deutsche Botschaft verhält sich gegenüber der Forderung bisher indifferent, obwohl ihr Eintreten am ehesten eine Situationsänderung bewirken könnte. Sie scheint mit der jetzigen Situation zufrieden zu sein.

Stephans Mutter hat ihn inzwischen nach der Gerichtsentscheidung besuchen können. Sie hat erstmals eingehendere Gespräche mit ihm führen können. Dabei stellte sich heraus, daß Stephan in Diyarbakir von allen wichtigen Informationen aus der BRD abgeschnitten worden war. Er hat weder Briefe von Freunden erhalten, noch hat er eingehendere Informationen über die Entwicklung, Aktivitäten und die politischen Bewertungen in der BRD erhalten. Auch ein Paket des Freundeskreises wurde zurückbehalten. Erhalten hat er nur Briefe seiner Mutter und von einigen ihm nicht direkt bekannten Leuten. Die türkischen Justizbehörden haben damit tatsächlich alle Informationen bewusst herausgefiltert, die ihm die breite Solidarität hier gezeigt hätten. Um so schwieriger war für ihn die Einschätzung der Situation selber. Die gesamten Materialien werden jetzt vom Gefängnis in Diyarbakir zurückgefordert, darunter auch die fast 3000 Solidaritätspostkarten.

Zur Situation in den türkischen Gefängnissen!

Am 24.01.93 wurde in Brüssel von 15 Abgeordneten des kurdischen Exil-Nationalparlaments ein Hungerstreik gegen die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staats begonnen. Daraufhin traten Gefangene des Staatssicherheitsgefängnisses in Diyarbakir einen Tag später, am 25.01. wechselseitig in einen Solidaritätshungerstreik, an dem sich auch Stephan Waldberg zeitweise beteiligte. Wie wir bereits im letzten Infoblatt des Freundeskreises gemeldet haben, kam es am 04.02. und am 09.02. zu Überfällen der türkischen Sicherheitskräfte auf die Gefangenen in Diyarbakir. 202 Gefangene, u.a. auch Stephan, wurden dabei verletzt, etliche von ihnen schwer.

Den Häftlingen in Diyarbakir wurden elementare Rechte entzogen, z.B. das Recht auf die Wahl eines Gefangenensprechers, der die Gefangenen gegenüber der Gefängnisleitung vertreten und aus Sicherheitsgründen bei Besuchen dabei sein sollte. Außerdem wurde das Besuchsrecht untereinander, zwischen den Gefängniszellen und -trakten unterbunden. Das allgemeine Besuchsrecht der Angehörigen wurde auf 15 Tage im Jahr eingeschränkt. Schikaniert werden die Häftlinge des weiteren noch durch häufige Zellendurchsuchungen, bei denen Bücher und andere Materialien teilweise zerrissen werden. Bedreddin Kavak (Gefangenenvertreter) erklärte, die Gefängnisleitung in Diyarbakir foltere weiter, Gefangene werden an der Verteidigung gehindert, auf dem Transport zum Gericht werde geschlagen.

In vielen anderen Gefängnissen in der Türkei und in Kurdistan kam es zu Hungerstreiks als einziges Mittel des Widerstands gegen Angriffe auf zahlreiche Rechte von Gefangenen, die unter schwersten Verlusten in den 80er Jahren erkämpft wurden. Neben den bereits für Diyarbakir erwähnten Angriffen geht es in den Gefängnissen noch um die Abwehr anderer Schikanen, wie beispielsweise die Körperdurchsuchungen von Gefangenen auf dem Weg zum Anwalt, willkürliche Verhängung von Disziplinarstrafen, Schließung der Belüftungsklappen in den Zellen über den ganzen Tag und vieles mehr. In Mardin dauert der Hungerstreik im Wechsel bereits seit 68 Tagen an. In zehn weiteren Gefängnissen befinden sich noch Gefangene im Hungerstreik. (Özgür Gündem, 03.05.93)

Zu den politischen Maßnahmen, Widerstandsaktionen der Gefangenen zu brechen und bestehende kollektive Zusammenhänge zu zerstören, gehören u.a. Verlegungen in andere Gefängnisse. Die Hungerstreiks werden in der Regel von außen, z.B. von Angehörigenkomitees unterstützt. Bei Verlegungen von politischen Gefangenen werden solche Kontakte erschwert oder müssen neu aufgebaut werden.

Das kurdische Volk fordert:

Frieden, Freiheit und national-demokratische Rechte!

Die türkische Koalitionsregierung unter dem Ministerpräsidenten Demirel, die im November 1991 mit zahlreichen Versprechungen zur Demokratisierung und zur Lösung der Kurdenfrage angetreten ist, hat jedoch konsequenter als ihre Vorgängerinnen der Militärlogik den Vorrang gegeben. Die angebliche Anerkennung der "kurdischen Realität" ist mittlerweile zu einer Farce geworden. Die staatliche Kurden-Politik, die auf Assimilation, Unterdrückung, Vertreibung und Vernichtung beruht, wurde seit Herbst letzten Jahres unter der Bezeichnung "Innere Operation", auch mit deutschen Waffen, verstärkt fortgesetzt.

In Kurdistan, wo die elementaren Menschenrechte seit August 1990 offiziell suspendiert sind, operieren Todesschwadronen (Konterguerilla), die aus Angehörigen der Sondereinheiten, der Polizei und des türkischen Geheimdienstes (MIT) bestehen. Seit dem Amtsantritt der Regierung wurden über 800 kurdische Politiker, Journalisten und Patrioten Opfer dieser staatlich gelenkten Morde. Kurdische Parteien und Organisationen sind weiterhin verboten. Radio- und Fernsehsendungen sowie Erziehung in kurdischer Sprache sind nicht erlaubt. Die offiziell geduldete kurdische Presse wird erbarmungslos verfolgt.

Allein in den letzten Jahren wurden in Kurdistan über 500 Dörfer dem Erdboden gleich gemacht, nahezu vier Millionen Menschen sind durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen sowie durch ständige staatliche Repressalien zum Verlassen ihrer angestammten Heimat gezwungen worden. Der Terror gegen das kurdische Volk erreichte inzwischen auch den Westen der Türkei. In Urlaubsorten wie Antalya, Alanya, Fethiye oder Izmir kam es infolge der staatlichen Politik und des durch die aufhetzerische Berichterstattung der türkischen Medien systematisch geschürten Hasses zu Übergriffen gegen die kurdische Bevölkerung.

Durch die Verkündigung des einseitigen, unbefristeten Waffenstillstandes der PKK und durch das zwischen der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK) und Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) am 19. März 1993 unterzeichnete Protokoll und das folgende zweite Protokoll zwischen der PKK und der Demokratischen Partei Kurdistan-Einheit (PDK-Hevgirtin) am 16. 4. 1993 sowie durch die gemeinsamen Bestrebungen zur Bildung einer Front aller kurdischen Parteien, ist die Hoffnung auf einen friedlichen und politischen Dialog gewachsen. Nun ist der türkische Staat am Zuge. Er ist gefordert auf dieses positive Angebot der kurdischen Parteien einzugehen.

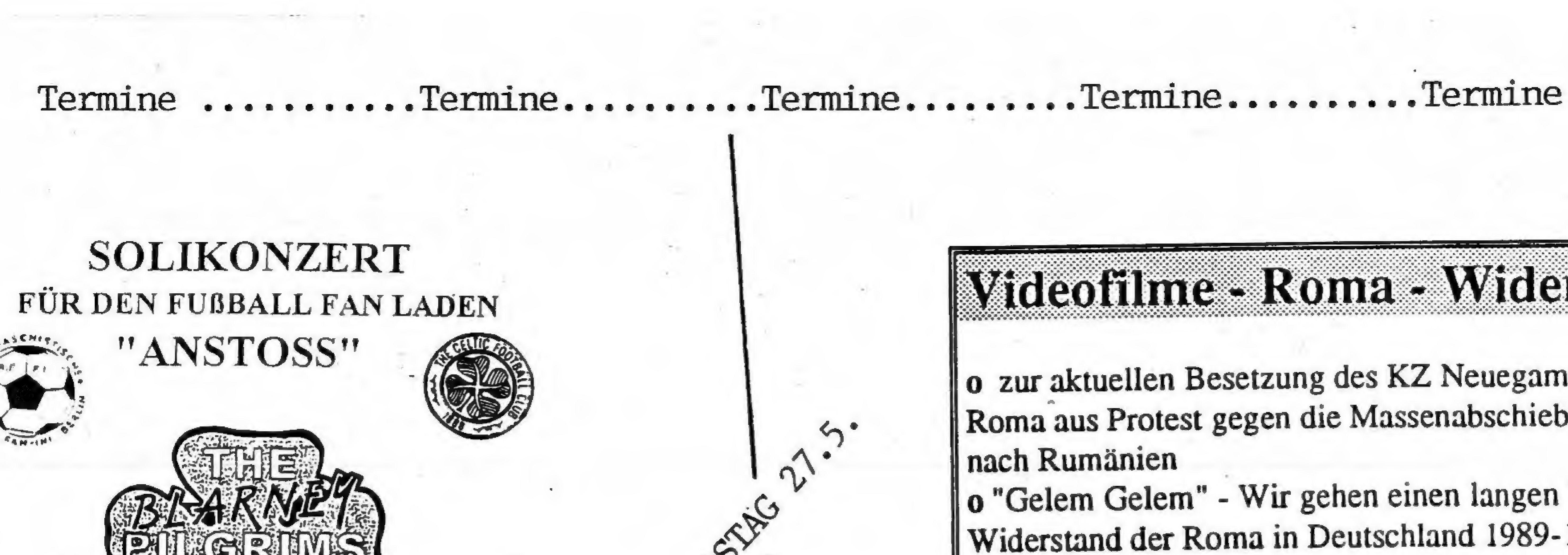
Wir Kurden setzen uns nach wie vor für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben mit dem türkischen Volk in einer demokratischen Föderation ein. Für die Verwirklichung eines menschengerechten Lebens in Frieden und Freiheit brauchen wir heute mehr denn je auch die Unterstützung der demokratischen Kräfte und Öffentlichkeit im Ausland. In diesem Zusammenhang fordern wir die nationalen Regierungen, internationale Organisationen und die Völkergemeinschaft auf, auf die Türkei einzuwirken, damit die von kurdischer Seite eingeleitete Phase des friedlichen Dialogs auch von türkischer Seite ernstgenommen und die im Protokoll aufgeführten Forderungen der kurdischen Parteien erfüllt werden.

Wir rufen alle friedliebenden, humanitären und demokratischen Parteien, Organisationen, Initiativen und einzelnen Menschen auf, unsere Forderungen für eine gerechte und friedliche Lösung der Kurden-Frage zu unterstützen, und als Zeichen der Solidarität mit dem kurdischen Volk an der Demonstration und Kundgebung in Bonn teilzunehmen.

Demonstration:
29. Mai 1993 um 12 Uhr in Bonn - Hofgarten
Sammelpunkte:
Josefshöhe / Südfriedhof / Schlachthof Emdenich

Veranstalter
PKK * PSK * Hevgirtin-PDK * YEKBÛN * RNK (KUK) * TSK * PRK (Rizgari) * KAWA

Kurdistan - Großdemo
zur Unterstützung der Waffenstillstandsinitiative
der kurdischen Arbeiterpartei PKK.
Wer fährt mit nach Bonn ? Fahrkarten
im Kurdischen Kulturzentrum "Botan",
Kottbusser Str. 8, W-1000 Berlin 36,
Abfahrt Freitag, 28.05.1993 um 23 Uhr,
Preis 50 DM



DONNERSTAG 27.5.

Videofilme - Roma - Widerstand

o zur aktuellen Besetzung des KZ Neuegamme durch Roma aus Protest gegen die Massenabschiebungen nach Rumänien
o "Gelem Gelem" - Wir gehen einen langen Weg Widerstand der Roma in Deutschland 1989-1991
o Anschließend Diskussion und *aktuelle Information* über *weitere Aktionen* in diesem Sommer

Donnerstag, 27. Mai, 20.00 Uhr
Heilig-Kreuz-Gemeinde, Nostitzstr. 6-7
W-1000 Berlin 61
veranstaltet von antirassistischen Gruppen aus Berlin

FREITAG 28.5.

Vom 24.6.bis zum 3.7. findet in Spanien eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Armut statt die von Valencia nach Madrid gehen wird. Leute aus Valencia, Sevilla und Euskadi erzählen über Idee und Inhalte der Demo und über die aktuelle Situation im spanischen Staat.
Um 21 Uhr im Versammlungsraum, Mehringhof!

Ab 22 Uhr ist im EX dann Konzert mit "Parada de Blus"(Rock de Euskadi) und "Monstruación" aus Barcelona.

Wunsiedel

VV: FR. 28.5. 18⁰⁰ IM MEHRINGHOF

FREITAG 28.5.

Veranstaltung:
20.00 BAZ, Oranienstr.159, 1/36
Neokolonialismus und Migration am Beispiel Naher Osten

SAMSTAG 29.5.

ab 22.00
SOLI- Fete (Disco) für Yusuf's Prozeßkosten.
Im SO 36, Oranienstr. 190, 1/36

KNASTKONZERT

SAMSTAG 29.5.



15⁰⁰ FRAUENPLÖTZE
(Friedrich-Olbricht-Damm)

SONNTAG 30.5.

Verhindert die Nazidemo in Dresden !

Anläßlich des zweiten Todestages ihres Dresdner Führers Reiner Sonntag wollen die Rechten in der Elbestadt aufmarschieren.
Es ist eine GegenDEMO angemeldet und es wird zu einem breiten Bündnis um 13Uhr30 vor dem Rathaus (Goldene Pforte) aufgerufen - anschließend ist eine Kundgebung in der Prager Straße (unmittelbare Hbf- Nähe) geplant.

SONNTAG 30.5.

Info zum größten Neonaziprozeß in Stuttgart

Infoveranstaltung

■ Am Sonntag, den 30. Mai, 17 Uhr
■ Im Antifa-Café Wedding in der Fabrik, Osloerstraße 12



DIENSTAG 1.6.

Video-Film: **Powaqqatsi** (USA, 88, 99min)
Fortsetzung von Koyaanqatsi: ein kommentarloser Bilderbogen über die Zerstörung der Welt, begleitet von sinfonischer Musik.

Clash, Uferstr.13 1/65
21.00 und 23.00 Uhr

MITTWOCH 2.6.

21[00] Uhr, Clash: "Die Zerstörung"; ein Film über Tschernobyl

CLASH
Uferstr. 13 / Wedding
U-Bhf Pankstr. od Nauener Pl.

MITTWOCH 2.6.

20 Uhr im blauen Salon: Treffen gegen die Meldepflicht bei Arbeitsämtern.

20 Uhr Veranstaltung zu Sinti und Roma
Film "Gelem,Gelem" mit anschließender Diskussion.

Antifa-Café Friedrichshain
im "X-b-liebig", Liebigstr. 34

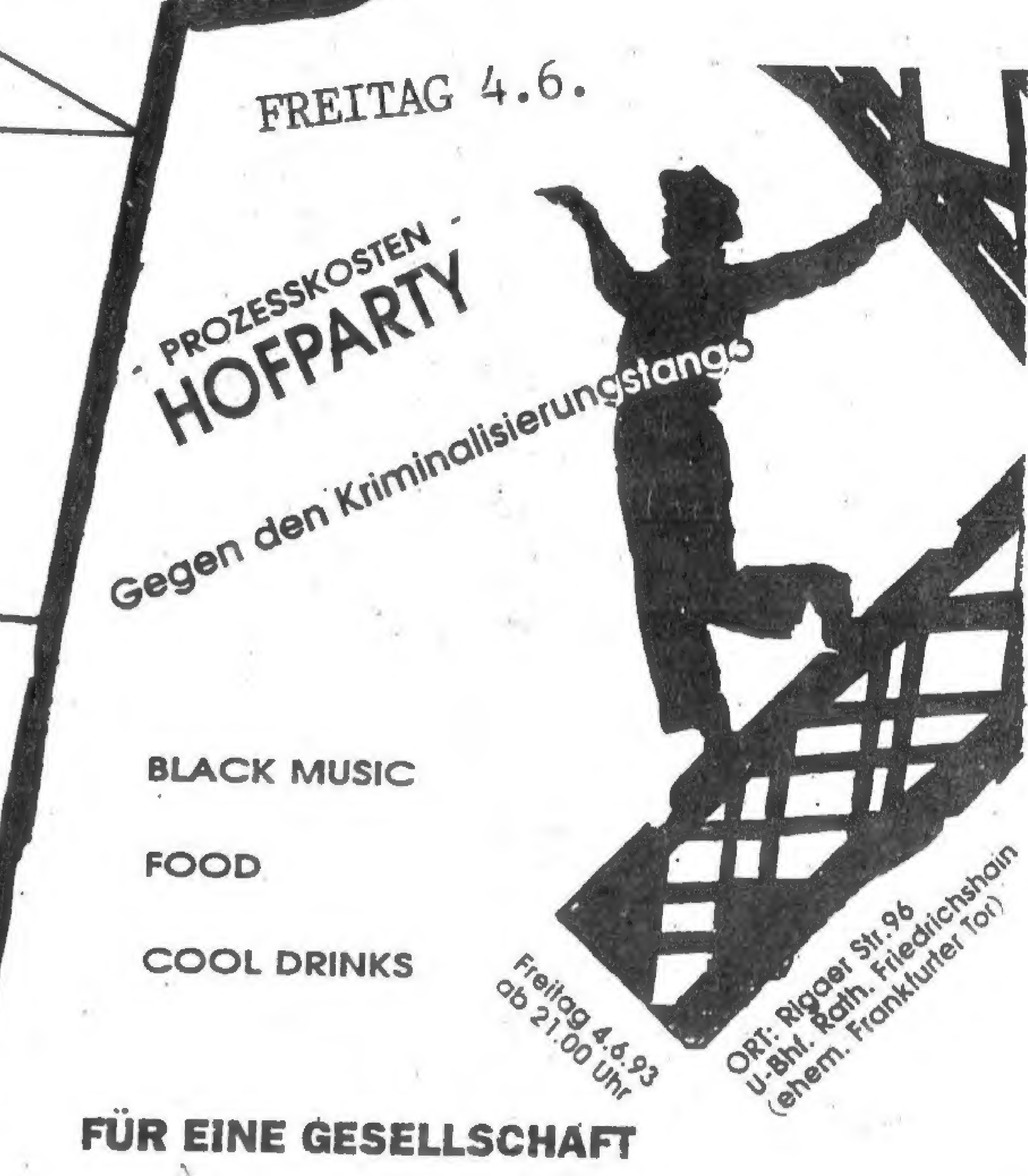
MITTWOCH 2.6.

HALLO LEUTE

Wir sind linke fans von TENNIS BORUSSIA und wollen präsens im fußballstadion zeigen. Das nächste spiel findet gegen UNION BERLIN statt, eine mannschaft die sehr viele fascho-hools hat. Das spiel ist am mittwoch, den 2 juni, im mommsenstadion in der waldschulallee in berlin grunewald. Wir brauchen eure hilfe, denn schon beim letzten spiel waren wir zahlenmäßig den hoolschweinen von union unterlegen.

KOMMT ALLE, WIR ZÄHLEN AUF EUCH.

FREITAG 4.6.





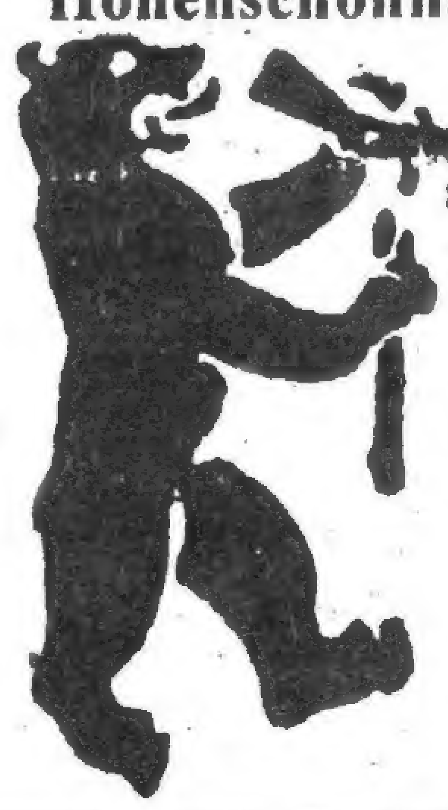
BERLIN SAGT: NEE - WEHRPFLICHT ADE!

Benefiz-Open air

Konzert gegen die Wehrpflicht

am 5. 6. 93
ab 14.00 Uhr

Am Heinrich-Grüber-Zentrum Hohenschönhausen



ab 16.00 Uhr:
Konzertfete mit
AAARGH!!!
THE PULP
LAGNAF
Horfehler
Routh called
Einweihung des Denkmals für den Unbekannten Deserteur

ANMERKUNG DER USK LEUTE

DA DAS KONZERT HINTERM CAFE STATTFINDET UND AN DIESEM TAG DAS DISCOZELT GEOFFNET HAT IST ES KLAR DAS MIT FASCHOANGRIFFEN GERECHNET WERDEN MUß.WIR WERDEN UNS DESHALB FREUEN,WENN AUCH EINIGE LEUTE AUS DER INNENSTADT KOMMEN.
ALLERDINGS WOLLEN WIR NICHT,DAß DIE LEUTE NUR WEGEN DEN FASCHOS KOMMEN UND FALLS NICHTS PASIERT,FRUSTRIERT WIEDER ABZIEHEN.

DIE USK CREW

Veranstaltet von "SPiK" e.V. Hohenschönhausen, Am Berl 17, 1090 Berlin, Tel 9226051, Nähe S-Bhf Wartenberg / Straßenbahn 24, 28, 16, 7?

1. MAI: LAßT DIE LEUTE FREI!!

- Noch über 9 1. Mai - Demonstranten in Haft
- Über 160 Festnahmen
- Viele teils schwer Verletzte
- BGS - Nazichöre

STOP JUSTIZ & BULLENTERROR

29.5. SA. 15[00]

JVA PLÖTZENSEE
F. OLBRICHT DAMM 17 BERLIN 13

FAHRRÄDER + TRILLER

KNASTKONZERT

PFEIFEN MITBRINGEN!

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!